



Horst Krebs:

Glückwünsche zum 60. Geburtstag

Weit mehr als 200 Gäste gratulierten dem Töginger Bürgermeister zu seinem Ehrentag. Seit zehn Jahren lenkt er die Geschichte seiner Stadt. **Seite 15**



Max Strehle:

Schwäbischer Politiker mit Leib und Seele

Zahlreiche Projekte angeschoben hat der Augsburgers Vizelandrat und Landtagsabgeordnete. Seine Arbeit wurde vielfältig gewürdigt. **Seite 14**



Johann Ziegler:

Viel Wissenswertes über Bieberbach

Kenntnisreich und liebevoll schildert der 90-jährige Altbürgermeister die Geschichte seiner Heimatgemeinde und ihrer Menschen. **Seite 14**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 21. Dezember 2006

57. Jahrgang / Nummer 24

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Weihnachtliche „Appetithäppchen“

Die Neuregelung der Lebensmittelüberwachung sowie die Situation der Energieversorgung in Bayern standen im Zentrum der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Vorsitzender Luitpold Braun konnte hierzu hochkarätige Gäste - Umweltminister Dr. Werner Schnappauf und den Vorstandsvorsitzenden von E.ON Bayern, Dr. Peter Deml - willkommen heißen.

Vor ziemlich genau einem Jahr rückte der Begriff „Gammelfleisch“ in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Beginnend zunächst in Nordrhein-Westfalen und dann in Bayern in Deggen-dorf, zog der Skandal um Schlachtabfälle weitere Kreise in Passau, in München, im niederbaye-rischen Metten und schließlich in Fürstenfeldbruck. Rund ein halbes Dutzend Fälle wurden aufgedeckt, wobei nach Auffas-sung von Minister Schnappauf mit zweierlei Maß gemessen wird: „Wenn die Polizei eine Tonne Rauschgift entdeckt, ist das ein großer Erfolg der Inneren Sicherheit, wenn allerdings eine Tonne Gammelfleisch gefunden wird, ist es Anlass, den Kopf des zu-ständigen Ministers zu fordern.“

Im übrigen sei in keinem einzi-gen Fall eine Gesundheitsge-fährdung festzustellen gewesen.

Riesiger Imageschaden

Von insgesamt gut 200.000 Lebensmittelunternehmen in Bayern seien in den vergangenen zwölf Monaten zwischen ein und zwei Dutzend auffällig geworden, berichtete der Minister. „das heißt, mit krimineller Energie in Form von Umetiket-tierungen und der Änderung von Haltbarkeitsdaten wurde alles getan, um die Kontrollen des Staates zu übergehen.“ Dies sei glatter Betrug. Dem Lebensmit-telstandort Bayern, letztlich auch der Lebensmittelkontrolle, sei dadurch ein „Riesenimagescha-den“ entstanden. Schnappauf kritisierte in diesem Zusammen-(Fortsetzung auf Seite 4)

Schaidinger und Zellner:

Ortsnähe nutzt Betroffenen

Verlagerung der Hilfe zur Pflege auf Städte und Landkreise

Die Städte können und wollen die Hilfe zur Pflege überneh-men, kommentierte der Vorsitzende des Bayerischen Städte-tags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, die Diskussion um die Verlagerung dieser Sozialhilfeleistung von den Bezirken auf die kreisfreien Städte und Landkreise. „Wir stellen uns die-ser neuen zukunftsweisenden Aufgabe, deren Bedeutung mit Blick auf die demographische Entwicklung erheblich zuneh-men wird“, erklärte der Präsident des Bayerischen Landkreis-tags, Landrat Theo Zellner.

Schaidinger: „Mit dieser Ver-lagerung würden die Leistungen für die Pflegebedürftigen in einer Hand zusammengefasst, denn die Städte und Landkreise haben sich ja schon bisher um die am-bulanten Hilfsleistungen geküm-mert. Es macht doch Sinn, wenn Pflegebedürftige, die das Haus ohnehin kaum mehr verlassen



Tradition und Atmosphäre ...

Bereits um 1800 gab es in Würzburg einen Weihnachtsmarkt. Dessen Tradition führt die Stadt fort. Heute gilt er - vor histo-rischer Kulisse mit der gotischen Marienkapelle und dem Fal-kenhaus - als einer der stimmungsvollsten Weihnachtsmärkte Deutschlands. Beim Bummel über die Alte Mainbrücke sind die Gäste verzaubert vom malerischen Blick auf Festung und Wallfahrtskirche Käppele.

Kerze möchte ich sein

*Kerze möchte ich sein; von Gottes Liebe entzündet
Hoffnung tragen in die Atemlosigkeit unserer Tage,
in fragende Augen
und in das Schneckenhaus der Einsamkeit.*

*Kerze möchte ich sein; Vertrauen wagen
trotz Enttäuschung und Zweifel, Maske und Schein,
trotz Sorge, Not und Zerbrechlichkeit.*

*Kerze möchte ich sein; sanftes warmes Licht,
in dem sich flatternde Gedanken sammeln,
Aggressionen verebben, Gespräche wesentlich werden
und Verständnis wächst.*

*Kerze möchte ich sein, von Gottes Liebe entzündet,
und brennen, eh sich meine Kräfte verzehren.*

Emmy Grund

*Liebe Leserinnen und Leser,
Verlag, Redaktion und Anzeigenabteilung
wünschen Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest
und für das neue Jahr Gesundheit, Glück und Erfolg.
Ihre Bayerische Gemeindezeitung*

Vorbildliche Beiträge zur lokalen Nachhaltigkeit:

Bundesaktion fördert bayerische Projekte

Wie kann in einer älter werdenden Gesellschaft ein Umgang mit dem Thema „Demenz“ ohne Tabus angegangen werden? Wie kann durch gemeinschaftliches Bauen innerstädtisches Wohnen gefördert werden? Wie kann die Infrastruktur einer dörflichen Gemeinde gestärkt werden? Für diese und weitere zukunftsweisende Fragen fanden Bürgerinnen und Bürger vorbildliche Lösungen, die nun im Rahmen der Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet wurden und entsprechend gefördert werden.

An dem inhaltlich vom Deut-schen Institut für Urbanistik (Di-fu) betreuten Wettbewerb betei-ligten sich Bürgerinnen und Bür-ger, die in ihrer Stadt, Gemeinde oder Region vorbildliche Beiträ-ge zur lokalen Nachhaltigkeit leisten. Der von der Bundesre-gierung bereits zum zweiten Mal ausgelobte Wettbewerb geht auf eine Initiative des Nachhaltig-keitsrates zurück. 184 Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet hatten sich für diese zweite Aus-schreibungsrunde beworben.

2030 soll der Landkreis unab-hängig von fossilen und anderen endlichen Energieträgern wer-den. Dazu werden Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Nutzung einer breiten Palette er-neuerbarer Energien getroffen.

Aktiv im dritten Lebensalter

Mit dem Pilotprojekt „Kultur für alle! - Aktiv im dritten Lebensalter für eine nachhaltige Gesellschaft“ des Evangelischen Bildungswerks München soll ab 2007 erkundet werden, wie ältere Menschen in neue Rollen als „Keyworker“ hineinwachsen können, um als Brückenbauer zwischen Kultureinrichtungen und bestimmten sozialen Grup-pen zu wirken.

Die heute lebende Generation 50plus hat die Aufgabe, ihre Rol-le in der Gesellschaft selbst zu definieren. Für sich selbst und für nachfolgende Generationen. Dazu gehört eine aktive, gestal-tende Rolle in der Gesellschaft (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerische Wettbewerbsteilnehmer

Zwei erfolgreiche Wettbe-werbsteilnehmer kommen aus Bayern: der Landkreis Ebersberg sowie die Landeshauptstadt München. Das Projekt „Energie-sparen und Wärmedämmung“ im Landkreis Ebersberg des Bundes Naturschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Ebersberg, steht unter der Schirmherrschaft des Landratsamts. Bis zum Jahr

auch die stationäre Hilfe zur Pflege zuständig sind, die je-weils passenden Hilfsangebote für die unterschiedlichen Le-benssituationen der pflegebe-dürftigen Menschen entwickeln können.

Gewohntes Umfeld

Dies beginne beim mobilen Pflegedienst, geht über ambulant betreute Wohngruppen, Kurz-zeit- und Tagespflege hin bis zum Pflegeheim. Ein weiterer Vorteil ist in den Augen des Städtetagschefs, dass die hilfsbe-dürftigen Menschen unabhängig (Fortsetzung auf Seite 4)

können, nur mit einem Amt zu tun haben. Gerade diesem Perso-nenkreis fällt jeder Gang zu einer Behörde schwer“.

Passende Hilfsangebote

Der Städtetagsvorsitzende ar-gumentiert, dass die Städte, wenn sie sowohl für die ambulante wie

Neu von Sabina

Auch wenn Psychologen und Personalberater die betriebliche Weihnachtsfeier als Ort für Persönlichkeitsstudien und Kompetenzbeurteilungen entdeckt haben, meint die Vorzimmerperle: „Man muss auch mal Fünfe grade sein lassen können, ohne den Leuten gleich aus allem einen Strick zu drehen.“ Dies habe mit Menschsein zu tun. **Seite 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Das Podium bei der KPV-Hauptausschuss-Sitzung (v. l.): Landrat Hanns Dorfner, E.ON Bayern Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Deml, Umweltminister Dr. Werner Schnappauf, KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun, Bürgermeister Maximilian Gaul und KPV-Geschäftsführer Florian Hahn.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bayern will Spitze bleiben	2
Eissporthallen bleiben Unsicherheitsfaktoren	2
Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden und Restaurants	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Seriosität in der politischen Auseinandersetzung angemahnt	3
Wer wird künftig die Hilfe zur Pflege leisten?	3
Engagement von und mit Migranten	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfinancen	5 - 9
Kommunaler Bau	10/11
Technik rund um die Kommunalverwaltung	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Haushalt 2007/2008 verabschiedet:

Bayern will Spitze bleiben

Perspektiven bis 2020 - Ausgeglichener Etat ohne Neuverschuldung bleibt
Grundlage - Partnerschaft mit den Kommunen bestätigt

Nach einem Beratungsmarathon im Haushaltsausschuss und im Plenum hat der Bayerische Landtag den Doppelhaushalt 2007/2008 mit einem formalen Volumen von 35,8 bzw. 36,3 Mrd. Euro mit den Stimmen der CSU verabschiedet. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser haben vor der abschließenden Lesung des Haushalts- und Finanzausgleichsgesetzes nochmals die großen Linien der Landespolitik bis zur Landtagswahl im Herbst 2008 gezogen. Bayern soll mit langfristigen, investiven Millionenprogrammen ohne Neuverschuldung seinen Spitzenplatz im Kreis der deutschen Länder sichern und ausbauen, wobei Bildung und Familie, Arbeitsplätze und globale Wirtschaftsentwicklung die Kernpunkte sind. Die Kommunen sollen dabei die Partner des Staates sein.

In einer kleinen Regierungserklärung bei der Beratung des Etats der Staatskanzlei bezeichnete der Ministerpräsident den Freistaat als Motor des Auf-

schwungs in Deutschland. Nach dem harten Sparkurs der letzten Jahre gebe es Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Sie sollen ab 2008 im Programm „Bayern 2020“ mit voraussichtlich rund 760 Mio. Euro genutzt werden.

**Sonnige
Festtage genießen!**

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Die Einzelheiten will Stoiber im nächsten Sommer im Landtag nach Kabinetts- und Fraktionsberatungen verkünden. In der Finanzierung der Zukunftsaufgaben werde sich der Freistaat als „Vorreiter einer neuen Stabilitätskultur“ beweisen.

In diesem Sinne sprach sich

Stoiber dafür aus, die Subventionierung finanzschwacher deutscher Länder bei aller Solidarität zu begrenzen. Bayern zahle mehr als acht Prozent seiner

Stoiber dafür aus, die Subventionierung finanzschwacher deutscher Länder bei aller Solidarität zu begrenzen. Bayern zahle mehr als acht Prozent seiner

„Chancenland Nr. 1“

Wirtschaftsminister Erwin Huber stellte fest, Bayern sei und bleibe wirtschaftliches „Chancenland Nr. 1“. Im Interesse nicht zuletzt der weniger entwickelten Gebiete kündigte er für die nächsten Monate ein breitgefächertes Angebot für schnelle Internetzugänge an.

Gemeindetagspräsident Uwe Brandl hat ein Förderprogramm für die mehr als 2.000 Gemeinden zum raschen Ausbau der Breitbandtechnologie gefordert.

Leistungen für Kommunen

Die Leistungen des Staates für

Eissporthallen bleiben Unsicherheitsfaktoren

Alle im Herbst überprüft - Eigentümer zum Dauer-TÜV verpflichtet
Keine Gesetzesänderung nach Reichenhaller Katastrophe

Aus dem Einsturz der Bad Reichenhaller Eissporthalle am 2. Januar dieses Jahres hat die Bayerische Staatsregierung die Erkenntnisse schnellstmöglich umgesetzt und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Die breite Diskussion über Sicherstellung der Standsicherheit insbesondere großer, öffentlich zugänglicher Gebäude hat ergeben, dass Nutzung und Wartung künftig stärkerer Aufmerksamkeit der Gebäudeeigentümer, vielfach Kommunen, bedarf. Das gilt auch für die Finanzierung. Eine Gesetzesänderung ist nicht erforderlich.

So hat Innenstaatssekretär Georg Schmid im Kommunalausschuss des Landtags die Ergebnisse der Untersuchungen der Katastrophe zusammengefasst, die vielerorts Unruhe und Besorgnis ausgelöst hatte. Der Einsturz des Daches der Eissporthalle sei nicht auf eine Einzelursache, sondern auf die Verkettung vieler Mängel und Schäden zurückzuführen. Der Staatssekretär nannte als Ursachen u. a. wesentliche Fehler in der statischen Berechnung sowie bei der Instandhaltung. Allein wegen der Schneelast hätte das Gebäude nicht einstürzen dürfen.

Verpflichtung zum Dauer-TÜV

Schmid verwies ausdrücklich auf Artikel 3 der Bayerischen Bauordnung, wonach der Eigentümer von Eissport- und anderen Hallen zu einem Dauer-TÜV verpflichtet sei. Dieser Artikel habe

auch bundesweit Akzeptanz erfahren. Darüber hinaus habe die Oberste Baubehörde Hinweise für die Überprüfung der Standsicherheit durch die Eigentümer bzw. Verfügungsberechtigten erarbeitet. Sie sind als Hilfe für den Unterhalt der Gebäude gedacht. Veranlasst wurde die Überprüfung aller rund 80 Eissporthallen in Bayern noch vor Beginn dieses Winters. Der Staatssekretär empfahl, die Grundlagenforschung, insbesondere im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit von Bauprodukten und Bauarten sowie die Erkennbarkeit und Vorankündigung von Bauschäden zu intensivieren.

Christine Kamm (Grüne) begrüßte den Bericht grundsätzlich. Sie verwies jedoch auf die Problematik der Finanzierung von Sanierungsmassnahmen. In Bayern gebe es über 900 Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt. Dies dürfe nicht zu Risiken für die Bevölkerung führen. Überprüfung und Wartung dürften aber nicht nur auf Freiwilligkeit beruhen. Sinngemäß ähnlich äußerte sich Florian Ritter (SPD).

Schmid betonte, Sicherheit habe Vorrang. Die Überprüfungsmaßnahmen bewegten sich in einem finanziellen Rahmen, den die Kommunen übernehmen müssen. In diesem Sinne müssten sie Prioritäten setzen und dürften sich nicht auf staatliche Hilfe verlassen. Ausschussvorsitzender Dr. Jakob Kreidl (CSU) dankte dem Staatssekretär und resümierte, Bayern habe hier vorbildliche Arbeit geleistet. **rm**

Stoiber: Auf jedem Fall im Interesse der Gesundheit handeln

Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden und Restaurants

Bayern strebt gemeinsame Lösung mit anderen Ländern an

Nachdem eine bundesweite Regelung zum Nichtraucherschutz in Berlin gescheitert ist, will der Freistaat Bayern eine eigenständige Regelung zum Schutz der Gesundheit erlassen. Darauf verständigte sich das Bayerische Kabinett. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber will bei der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten der anderen Länder für eine gemeinsame Haltung zum Nichtraucherschutz in Deutschland werben.

Stoiber: „Unser Ziel sollte sein, möglichst eine gemeinsame Linie in dieser Frage des Gesundheitsschutzes zu erreichen. Nachdem monatelang über diese Frage diskutiert worden ist, muss es jetzt auch Ergebnisse im Sinne des Gesundheitsschutzes geben.“

Verständigung der Koalitionsparteien

Stoiber erklärte, Grundlage für das weitere Vorgehen der Länder sollte die politische Einigung von CDU/CSU und SPD über den Nichtraucherschutz sein. Stoiber: „Diese Verständigung der Koalitionsparteien ist ein ausgewogener Kompromiss, der den Grundsatz des Nichtraucherschutzes festschreibt, aber auch vernünftige Ausnahmen zulässt. Diese Verständigung sollte Richtschnur für die Gespräche der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten und das Handeln in den Ländern sein.“ Stoiber erklärte, Ziel sei eine mög-

lichst gemeinsame Lösung aller Länder. Falls dies allerdings in einem überschaubaren Zeitraum nicht möglich ist, werde Bayern auf jeden Fall selbstständig im Interesse des Gesundheitsschutzes handeln.

Ausnahmen möglich

Stoiber erklärte nach der Verständigung, die in der Großen Koalition bereits erreicht wurde, sollten künftig alle öffentlichen Gebäude sowie Restaurants rauchfrei sein. Ausnahmen von diesem grundsätzlichen Rauchverbot sollten möglich sein, zum Beispiel in Bierzelten. Nach der Koalitionseinigung sollte es auch Ausnahmen vom Rauchverbot auch in Gaststätten mit abgetrennten Räumen geben können.

Gesetzeskompetenz der Länder für den Gesundheitsschutz

Gesetzliche Grundlage für ein bayerisches Landesgesetz zum Nichtraucherschutz ist nach den Worten Stoibers die Gesetzeskompetenz der Länder für den Gesundheitsschutz und das Gaststättenrecht. Stoiber: „Wir haben die Kompetenz zum Handeln und wir werden im Interesse der Bürger handeln.“

Beispiele Italien und Frankreich

Gesundheitsminister Werner Schnappauf wies darauf hin, dass in den vergangenen Jahren in zahlreichen anderen europäischen Ländern wirksame Regelungen zum Nichtraucherschutz ohne größere Probleme eingeführt wurden. Schnappauf: „Wer sich erinnert, wie noch vor einigen Jahren in Italien oder Frankreich in den Gaststätten geraucht wurde und heute sieht, wie problemlos der Nichtraucherschutz dort funktioniert, sollte auch in Deutschland mit Optimismus an diese Frage herangehen.“ **□**

Europa sucht bayerische Bewerber

Insbesondere Bewerber aus Unterfranken und Südbayern sucht die Europäische Kommission in einer Nachausschreibung für das Netz von Europe Direct-Informationszentren. Darauf haben der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Dr. Gerhard Sabathil und der Leiter der Regionalvertretung München, Dr. Henning Arp, hingewiesen.

Derzeit bestehen in Deutschland 47 dieser Informationsstellen mit dem Ziel, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Region über die EU und ihre Maßnahmen zu informieren und zur Diskussion über Europa anzuregen.

Um die Lücken in diesem Netzwerk insbesondere in den Regierungsbezirken Oberbayern, Schwaben, Unterfranken, Tübingen, Giessen, Koblenz, Trier und Kassel zu füllen, hat die Europäische Kommission in Deutschland jetzt eine Nachausschreibung für Europe Direct-Informationszentren für den Zeitraum 2007-2008 veröffentlicht. Jedoch können im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel auch Bewerbungen aus anderen Regionen berücksichtigt werden. Die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 31.12.2006.

Informationen: Europäische Kommission, Erhardtstr. 27, 80469 München, Tel.: 089/242448-48, Fax.: 089/242448-15, Internet: http://ec.europa.eu/deutschland/index_de.htm. **□**

die Kommunen wurden im Landtag quer durch die Einzelhaushalte der Ministerien von CSU und Opposition konträr beurteilt. Innenminister Dr. Günther Beckstein hatte sich darauf berufen, dass deren Haushaltslage in Bayern deutlich günstiger sei als in den meisten Ländern. Er räumte jedoch ein, bei einzelnen Kommunen sei die finanzielle Situation weiterhin schwierig. Maget entgegnete, die staatlichen Mittel für Gemeinden und Städte als „das Herz Bayerns“ seien in der Vergangenheit massiv gekürzt worden. Die Kommunen seien unterfinanziert, gemessen an ihrer besonderen Servicefunktion für die Bürgerinnen und Bürger.

Höchste Investitionsquote

In seiner Zusammenfassung betonte Finanzminister Falthäuser, Bayern sei in allen Bereichen der Haushaltsstruktur klar führend: Geringste Pro-Kopfverschuldung und mit Abstand die höchste Investitionsquote in

von 2,16 Mrd. Euro, rund 97 Mio. Euro mehr als 2006.

Kommunalfreundlichkeit

Diese Zahlen wertete Haushaltsausschussvorsitzender Manfred Ach (CSU) als Zeichen der Kommunalfreundlichkeit von Staatsregierung und CSU-Fraktion, was auch durch die Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände bestätigt worden sei. Die kommunalpolitische Sprecherin der SPD, Helga Schmitt-Bussinger, begrüßte zwar auch den erhöhten Finanzausgleich, die Erhöhung des Kommunalananteils am allgemeinen Steuerverbund von 11,6 % auf 11,7 % sei jedoch ungenügend. Bei der Forderung, den Anteil auf mindestens 15 % zu steigern, berief sie sich gleichermaßen auf die kommunalen Spitzenverbände.

Maximale Einnahmen

Zur Steuerpolitik unterstrich der Minister die Verpflichtung, zu maximalen Einnahmen zu

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Günder
97249 Eisingen
am 13.1.
Bürgermeister Josef Sehofer
84032 Altdorf
am 14.1.
Bürgermeister Alfons Kramer
92554 Thanstein
am 15.1.
Bürgermeister
Herbert Apfelbeck
94527 Aholming
am 22.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Reiter
83677 Reichersbeuern
am 7.1.
Bürgermeister Franz Zannoth
85662 Hohenbrunn
am 12.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Kaspar Rager
87656 Germaringen
am 4.1.
Bürgermeister Michael Kandert
91631 Wettingen
am 4.1.
Bürgermeister Heinz Petterich
96220 Burgkunstadt
am 10.1.
Bürgermeister Franz Kukla
89423 Gundelfingen
am 29.12.
Bürgermeister Michael Reindl
85253 Erdweg
am 31.12.
Bürgermeister Alois Brunhuber
89362 Offingen
am 31.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Hasl
91792 Ellingen
am 1.1.
Bürgermeister
Siegfried Ständecke
97531 Michelau i. Steigerwald
am 19.1.
Bürgermeister
Karl-Heinz Schöffner
97907 Hasloch
am 19.1.
Bürgermeister Sebastian Winkler
84494 Niedertaufkirchen
am 21.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Wolf
91322 Gräfenberg
am 28.12.
Bürgermeister Harald Krug
96173 Oberhaid
am 5.1.
Bürgermeister Johann Wiesmaier
85447 Fraunberg
am 7.1.
Bürgermeister Wolfgang Kilian
86655 Harburg (Schwaben)
am 12.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Zachmayer
93354 Biburg
am 6.1.
Bürgermeister Peter Dreier
84098 Hohenthann
am 29.12.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Bußjäger
85630 Grasbrunn
am 4.1.

Die Neuverteilung der Sozialhilfezuständigkeit:

Wer wird künftig die Hilfe zur Pflege leisten?

Von Dr. Georg Simmacher,
Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Im kommenden Jahr wird der Bayerische Landtag durch eine Neufassung des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches die Zuständigkeiten der Hilfgewährung für die Eingliederungshilfe der Behinderten und die Pflege zwischen den örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträgern neu regeln. Die bisherige Trennung der Kompetenz nach ambulanten Hilfen, derzeit bei den örtlichen Trägern und stationären Hilfen, für welche die Bezirke als überörtliche Träger zuständig sind, soll nach weitgehend übereinstimmender Auffassung der Betroffenen aufgegeben werden.

Aus Gründen der synergetischen Sparsamkeit soll diese bisherige Trennungslinie fallen. Alle Hilfen sollen aus einer Sozialhilfehand gewährt werden. Damit sollen übertriebene Abschiebungen Pflegebedürftiger in Heime vermieden werden nach dem Grundsatz: „Mehr Heimat, statt Heime.“

Hilfgewährung aus einer Hand

Der menschlichen Personwürde soll auch durch die menschliche Mithilfe aus familiä-

rer und nachbarschaftlicher Nähe entsprochen werden. Der Grundsatz der Hilfgewährung aus einer Hand scheint einmütig von den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen akzeptiert zu sein. Die Eingliederungshilfe für Behinderte zeichnet sich als ganzheitliche Aufgabe für die Bezirke als überörtliche Sozialhilfeträger ab. Den Behinderten sind nach der Art und dem Grad ihrer Behinderung differenzierte Hilfsangebote einzuräumen, was regelmäßig die Gebietsgrenzen der Bezirke und Städte überspringt. Schwieriger wird es bei der

Hilfe zur Pflege. Die kommunalen Spitzenverbände vertreten unterschiedliche Auffassungen. Ohne Zweifel können sowohl Landkreise bzw. kreisfreie Städte aber auch die Bezirke diese zukunftssträchtige Sozialhilfgewährung mit starkem Steigerungstrend qualitativ in gleicher Weise garantieren.

Wer erhebt die geringere Umlage?

Nachdem aber sowohl Landkreise als auch Bezirke ihre Umlagen von den letztlich zahlungspflichtigen Gemeinden erheben, kommt es im Ergebnis darauf an, welcher Träger der Aufgabe aus Gründen der Verwaltungskosten die geringere Umlage von den Gemeinden beanspruchen muss. Die bisher bekannt gewordenen Berechnungen kommen zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen, weil die Bewertung des

zentralen Verwaltungsbereiches - zum Beispiel Grundsatzregelungen und Kostenträgervereinbarungen - eine beachtliche Rolle spielen. Die Rechnung ist bislang nicht abgeschlossen.

Unterschiedlicher Belastungsgrad

Eine noch wichtigere Rolle spielt die bisherige Umlagebeanspruchung der Kommunen im Verhältnis zur Neuregelung durch den unabdingbar unterschiedlichen Belastungsgrad der einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise. Die Pflegehilfe für stationäre Leistungen fällt je nach örtlicher Pflegedichte höchst unterschiedlich aus. Dies gilt auch für die Landkreise untereinander, aber noch mehr zwischen den kreisfreien Großstädten und dem ländlichen Raum.

Ausgleichseffekt

Die bayerischen Großstädte haben eine entscheidend höhere Pflegedichte als das Land. Bisher wurde in der Argumentation weitgehend übersehen, wie viel Geld über den Ausgleichseffekt der Bezirksumlage den Großstädten zugeflossen ist. Die Bezirksumlage hat nämlich einen starken regionalen Nivellierungseffekt. Der Belastungsausgleich muss in Zukunft bei der Neuverteilung der Kompetenzen entscheidend stärker in den Mittelpunkt rücken. Für nicht wenige Landkreise, selbst solche mit bereits überdurchschnittlicher Kreisumlage, werden erstaunliche Mehrbelastungen entstehen. Die stationäre Pflegedichte, auch in den Landkreisgebieten, kann unterschiedlicher nicht sein als derzeit. Bei der Aufgabenverlagerung der Pflegehilfe nach unten geht es um keine Kleinigkeit, sondern immerhin um 270 Millionen Euro jährlich mit zunehmender Tendenz.

Essenzielle Änderung des Finanzausgleichs

Die Aufgabenverlagerung kann nicht ohne essenzielle Änderung des Finanzausgleichs zwischen Staat und Kommunen erfolgen. So wird die Streitfrage zu einer kommunalen Grundsatzfrage.

Verständlich ist deshalb, dass der Landkreistag Bayern einen neuen landesweiten Kommunalverband zum Ausgleich der ungleichen Belastungen verlangt. Was bedeutet dies? Ohne Zweifel hat die bisherige Zuständigkeitsverteilung zu einer einigermaßen gerechten gleichmäßigen Belastung und zu einer ausgewogenen Hilfeleistung auf Bezirksebene geführt. Der jetzige doppelte Ausgleich, regional durch die Bezirksumlage, landesweit durch den Sozialhilfeausgleich des Staa-

GZ Kolumne
Luitpold Braun

liebe Leser



die Freien Wähler in Bayern haben sich bisher durch Seriosität ausgezeichnet. Dies gilt auch und besonders für den früheren Landesvorsitzenden Landrat Armin Grein.

Dies gilt natürlich auch für die Vielzahl von Mandatsträgern, insbesondere in den kleineren Gemeinden. Dort ist die politische Grundlage der Freien Wähler, nämlich parteienferne Kommunalpolitik zu betreiben, ja besonders ausgeprägt.

Neuerdings scheint sich jedoch ein anderer Stil durchzusetzen. Der neue Landesvorsitzende Hubert Aiwanger be-

nem Folgeartikel vom 17. 11. 2006.

Aiwangers Attacken sind wahrscheinlich auf den im Jahr 2008 sich wiederholenden Versuch gemünzt, in den Bayerischen Landtag einzuziehen. Die Chancen dafür

Seriosität in der politischen Auseinandersetzung angemahnt

zeichnete laut „Allgäuer Zeitung“ vom 15. 11. 2006 die Politik der CSU als „korrupt und gekauft“! Diese Diffamierungsattacke des Herrn Aiwanger ist unverzeihlich. Politische Auseinandersetzungen können und müssen vielleicht sogar in manchen Fällen hart sein. Aber sie sollten so ablaufen, dass sich die Kontrahenten nachher wieder in die Augen sehen können.

Selbst die Allgäuer Landräte der Freien Wähler kritisierten Aiwangers Tiraden und nannten sie als „im Ton maßlos vergriffen“. Dies berichtete die Allgäuer Zeitung in ei-

stehen vermutlich nicht besonders gut. Sollten die Freien aber mit Aiwanger an der Spitze den Sprung in den Landtag schaffen, kann man sich wohl auf Diskussionen gefasst machen, die jeder Beschreibung spotten.

Es bleibt nur zu hoffen, dass die Wähler sich diese ungeheuerlichen und unerhörten Eskapaden merken.

Heinrich Müller

Bürgerschaftliches Engagement von und mit Migranten:

Ressource für Partizipation und Integration

Fachtagung in Augsburg mit Sozialministerin Christa Stewens

Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, dass eine aktive Mitwirkung von Migranten für den Integrationsprozess von großer Bedeutung ist. Unter anderem muss ein Bewusstseinswandel stattfinden, dass bürgerschaftliches Engagement nicht nur Mitarbeit im Sinne von Hilfsarbeit bedeutet, sondern auch eine aktive und konstruktive Beteiligung und ein Mitspracherecht beinhaltet. Fachleute aus Politik, Verwaltung und Praxis trafen sich in Augsburg, um Hintergründe, gelungene Praxisbeispiele, Strategien und notwendige Rahmenbedingungen vorzustellen und zu diskutieren.

Bewegen lässt sich hier nur etwas, wenn die Themen strategisch vernetzt, gemeinsam angeordnet und bearbeitet werden. Deshalb schlossen sich als Veranstalter für diese Tagung Vertreter der verschiedenen Ebenen in Bund, Land und Kommune - Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Civitas-Botschafter, Landnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern und Bündnis für Augsburg - zusammen.

Dialoge initiieren

„Um sicherzustellen, dass alle Bewohnergruppen gleichberechtigt an der Gestaltung der Lebensbedingungen eines Stadtteils partizipieren können, gilt es Dialoge zu initiieren und zu moderieren, d.h. dafür zu sorgen, dass alle mitreden und mitmischen können“, betonte in ihrem Einführungsvortrag Prof. Dr. Gaby Straßburger von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB). Dafür sei es notwendig, auf die Bewohner zuzugehen, eine persönliche Beziehung zu ihnen aufzubauen und Hindernisse zu beseitigen, die es einem Teil der Stadtteilbevölkerung schwer machen, ihre Interessen zu artikulieren. Es gelte, die Stärken von Bewohnern und die Ressourcen des Stadtteils sichtbar zu machen, sie miteinander zu verknüpfen und sie für gemeinsame Belange zu aktivieren. Wichtig sei auch, „dass Aktionen in Gang kommen und Erfolge erzielt werden“.

Insgesamt gehe es um eine „intermediäre Tätigkeit“, d.h. darum, Brücken zu schlagen. Brücken zwischen den verschiedenen Milieus, Kulturen und Lebenswelten innerhalb des Stadtteils und Brücken zwischen den

Realitäten der Bewohner auf der einen und den Realitäten von Verwaltung, Politik und Wirtschaft auf der anderen Seite. „Patentrezepte gibt es hierbei allerdings nicht“, so Gaby Straßburger.

Republikanisches Verständnis

Der Augsburger Sozialreferent Dr. Konrad Hummel legte seinen Erläuterungen zum Augsburger Prozess ein republikanisches Verständnis von Bürgerschaftlichem Engagement zugrunde, das an den Werten der Französischen Revolution ansetzt und nicht am Konzept des klassischen Ehrenamtes. Dazu braucht es nach seiner Ansicht eine Neustrukturierung der kommunalen Sozialpolitik, um Mitsprache und Mitgestaltung der Bürger erst richtig zu ermöglichen (Bürgerorientierte Kommune) und eine neue Balance zwischen Vereinen/Verbänden, Kommunalpolitik, Wirtschaft und Verwaltung hinsichtlich der Mitgestaltungsmöglichkeiten des Gemeinwesens.

Querschnittsaufgabe

In Bezug auf die Integration von Migranten geht es Hummel zufolge darum, diese als eine Querschnittsaufgabe zu begreifen und auf allen Politikfeldern Eigenverantwortung und Solidarität zu stärken: „Wir haben noch nicht begriffen, dass Integration nur mit bürgerschaftlichem Engagement im republikanischen Sinne geht. Ich möchte Mut machen, dass wir differenziert vorgehen und nicht moralisch, dass wir Strategien entwickeln zur Veränderung der Strukturen der Teilhabe und der Integration in unserer Stadtgesellschaft.“

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Ihm gehört die Zukunft“, hob Sozialministerin Christa Stewens hervor. 3,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger bzw. 34 Prozent aller Bayern ab 14 Jahre engagierten sich ehrenamtlich. Um das freiwillige ‚Mitmachen‘ zu unterstützen, habe die Staatsregierung 2003 das ‚Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Bayern‘ eingerichtet. Als Servicestelle, in der wichtige Informationen gebündelt und weitergegeben werden, soll es den Kommunen, den Vereinen und Organisationen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Neben der Geschäftsstelle mit Sitz in Nürnberg bestehe das Netzwerk aus der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, dem Netzwerk der Mütter- und Familienzentren, der Selbsthilfekoordination Bayern sowie der Landesstelle der Seniorenbüros.

Wechselseitiger Prozess

Integration bedeute in erster Linie Begegnung zwischen Menschen verschiedener Kulturen und Einbeziehung der Zuwanderer in die vorhandenen Strukturen. Bürgerschaftliches Engagement müsse - wie auch die Integration selbst - als wechselseitiger Prozess stattfinden: freiwilliges Engagement von Migranten ebenso wie auch freiwilliges Engagement für Migranten“, sagte die Ministerin.

Die Staatsregierung sei ein verlässlicher Partner der ehrenamtlich Engagierten, die einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft leisteten. Im August hatte der Ministerrat beschlossen, eine Landesversicherung abzuschließen, um ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger gegen Unfall- und Haftpflichtrisiken abzusichern. „Damit geben wir ein klares Signal der Anerkennung und der aktiven Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements“, so Stewens abschließend. DK

tes, hat einigermaßen funktioniert.

Neuer Kommunalverband

Die verständliche Forderung nach einem gleichzeitigen neuen landesweiten Kommunalverband zur Milderung des Ausgleichseffektes macht das Problem überdeutlich. Er beinhaltet gewissermaßen einen zusätzlichen Aufgabenträger auf halber Ebene. Bisher sind die Zuständigkeiten für den Sozialhilfebezug zwischen örtlichen und überörtlichen Trägern klar nach deren Leistungsfähigkeit und dem allgemeinen Subsidiaritätsprinzip geregelt.

Prinzip der Subsidiarität

Ein neuer Kommunalverband steht im Widerspruch zu den Kommunalprinzipien der Bayerischen Verfassung. In der vom Bundesrecht vorgegebenen Gesamtsregelung soll die Sozialhilfe

nach Leistungsfähigkeiten örtlich oder überörtlich erfolgen. Die neue „Halbregelung“ führt einen zusätzlichen „halbüberörtlichen“ Sozialhilfeträger ein. Das würde weder dem deutschen Sozialhilferecht, noch den bayerischen kommunalen Verfassungsprinzipien entsprechen, die alle vom Prinzip der Subsidiarität und der subsidiären Leistungsfähigkeit ausgehen.

Durchbrechung der Grundsätze

Sollte eine Ebene aus unterschiedlichen Gründen in der Aufgabenwahrnehmung überfordert sein, muss die nächst höhere zuständig werden. Der zusätzliche Kommunalverband wäre eine Durchbrechung der Grundsätze. Der Gesetzgeber hat bewusst die Trennung zwischen örtlichem und überörtlichem Sozialhilfeträgern nach deren Leistungsfähigkeit vorgegeben.

Ein Splitting auf halber Ebene bleibt dem Landesgesetzgeber verwehrt. Es bliebe nur eine Anpassung im Rahmen eines neuen Finanzausgleiches, wobei schon jetzt erkenntlich ist, wohin die Gelder hauptsächlich fließen werden. Ein neuer landesweiter Kommunalverband wäre ein großer Irrweg! Die Aufgabenträger nach jeweiligem Leistungsvermögen müssen dem kommunalen Grundaufbau Bayerns mit seinen drei Kommunalebene entsprechen. Die Neuregelung der Zuständigkeiten im Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches wirft letztlich entscheidende Grundsatzfragen auf, deren Bedeutung noch gar nicht genug abgeschätzt werden können.

Nach den in unserer Bayerischen Verfassung definierten kommunalen Grundlagen sind die sieben Bezirke als Gemeindeverbände garantiert. Zwischen den jeweiligen kommunalen Ebenen gilt das kommunale Subsidiaritätsprinzip ganz besonders. Die kommende Neuregelung braucht ein neues Verfassungsbekanntnis. □

Pressemitteilung des Bayerischen Gemeindetags:

Gemeindeschlüsselzuweisungen zeigen Bedürftigkeit der kreisangehörigen Kommunen

Erfreut zeigte sich der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, über die Zahlen der Schlüsselzuweisungen 2007. Eine erste Analyse habe ergeben, dass der Zuwachs fast ausschließlich in den kreisangehörigen Bereich fließt. „Das zeigt sehr deutlich, dass die kreisangehörigen Gemeinden, Märkte und Städte bei der Entwicklung ihre eigenen Steuereinnahmen hinterher hinken. Wenn also die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden steigen, so heißt das, dass auch ihre Bedürftigkeit gewachsen ist“, stellte Brandl fest.

Regional betrachtet fließen die höchsten Schlüsselzuweisungen pro Kopf der Bevölkerung in die Regierungsbezirke Oberpfalz (165 Euro), Niederbayern (157 Euro) und Oberfranken (150 Euro). Das sind auch gerade die Landesteile Bayerns, die bekanntermaßen die größten Strukturprobleme haben. Mit durchschnittlich 48 Euro je Einwohner erhalten die Gemeinden in Oberbayern einen klar unterdurchschnittlichen Betrag.

Brandl stellte anhand der Zahlen fest, dass der Kommunale Finanzausgleich in Bayern im Grundsatz funktioniert. Allerdings ist es nach seinen Worten damit nicht getan. Um die finanzschwachen Gemeinden nicht von der Entwicklung abzukoppeln, müssen die Kriterien zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen auf ihre Zielgenauigkeit überprüft werden. □

Weihnachtliche „Appetithäppchen“ ...

(Fortsetzung von Seite 1) hang auch die Opposition, die nicht davor zurückgeschreckt habe, zu behaupten, dass die Kontrollen bei den Landräten und Oberbürgermeistern falsch angesiedelt sind. Damit sei „eine Art genereller Komplizenschaft“ unterstellt worden, so der Minister.

Schwachstellen erkannt

Tatsache sei, „dass wir bereits nach den ersten Vorgängen in Deggendorf und Passau unsererseits alle Schwachstellen erkannt haben“, fuhr Schnappauf fort. Dazu gehörte der Umstand, dass die Veterinäre, die ihre Tätigkeit „engagiert und korrekt“ ausübten, vorhandene Rechtsmöglichkeiten wie das Erteilen von Anordnungen oder die Vergabe von Bußgeldern aber nicht immer hinreichend ausgeschöpft hätten.

Entwicklung des Europäischen Binnenmarkts

Die genannten, höchst unappetitlichen Vorfälle seien letztlich Ausdruck einer durchaus kritisch zu betrachtenden Entwicklung des Europäischen Binnenmarkts, hob Schnappauf hervor. Im Binnenmarkt herrsche der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr vor, doch stimme der EU-Kompass nicht. Bei der Urproduktion regle Europa das letzte Detail - Stichwort cross compliance -, was zu einer Häufung von Klagen durch die Landwirte geführt habe. Unter cross compliance werden all jene

Regelungen zusammengefasst, die seit 1. Januar 2005 kontrolliert werden, damit ein Landwirt in den Genuss von Direktzahlungen kommt. Die Prämienzahlung wird an die Einhaltung von Auflagen zum Verbraucher-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz geknüpft. Bei einem Verstoß werden die Prämienzahlungen gekürzt.

Schweizer Vorbild

In Rücksprache mit dem Lehrstuhl für Lebensmittelchemie an der TU München habe sein Ministerium der EU den Vorschlag gemacht, Schlachtabfälle nach schweizerischem Vorbild zu kennzeichnen, betonte Schnappauf. Die Eidgenossen kennzeichnen Schlachtabfälle in den drei Farben k1 (rot), k2 (gelb) und k3 (grün). Vor dem Hintergrund, dass jährlich 14 Millionen Tonnen Schlachtabfälle im europäischen Binnenmarkt frei gehandelt, transportiert und verwertet werden dürfen, „wäre diese Empfehlung sehr sinnvoll gewesen“.

Rückverfolgbarkeit

Die EU habe sie allerdings abgelehnt, doch werde Bayern den Vorschlag neu einbringen, „um unserer Überzeugung Nachdruck zu verleihen, dass man den Kontrolleuren auch ein verbessertes Handwerkszeug an die Hand geben muss“. Um eine effektive und zügige Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel zu gewährleisten, fordere der Freistaat eine einheitliche EU-weite

Codierungspflicht für verpackte Lebensmittel. Die Herausforderung laute also, den zunehmend internationalisierten Lebensmittelhandel zu kontrollieren, bemerkte Schnappauf, der im Anschluss daran einen umfangreichen Katalog an bereits durchgeführten Maßnahmen bzw. noch zu ziehenden Konsequenzen vorlegte.

Spezialeinheit

Nach den Vorkommnissen in Passau sei eine Spezialeinheit beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit gebildet worden, die interdisziplinär besetzt ist, berichtete der Minister. Die Spezialeinheit soll die örtliche Behörden unterstützen, z.B. bei der Kontrolle der Rückverfolgbarkeitssysteme. Schnappauf machte deutlich, dass die in Bayern dezentral vorhandene Kontrollstruktur aufrechterhalten werden soll: „Es gibt keinen Grund, einen Generalverdacht gegenüber Landwirten, Oberbürgermeistern und Veterinären auszusprechen.“

Risikoorientierte Kontrolle

Gemäß eines Ministerratsbeschlusses vom 24. Oktober wird die Kontrolle der Lebensmittelunternehmen im Freistaat noch stärker risikoorientiert durchgeführt. Das Personal wird um 65 Planstellen aufgestockt. Die Regelzuständigkeit für die Lebensmittelüberwachung bleibt bei den Kreisverwaltungsbehörden. Danach bleiben die Landratsämter grundsätzlich zuständig für alle Aufgaben der Lebensmittelüberwachung und der Veterinärverwaltung.

Kontrollliste

Maßgeblich für die Abgrenzung ist Schnappauf zufolge eine Kontrollliste, die von der Spezialeinheit „Lebensmittelsicherheit“ aufgrund einer Risikoanalyse erstellt wird. Betriebe mit erhöhtem Risikopotenzial werden künftig von den Regierungen kontrolliert und einer umfassenden Prüfung unterzo-

gen. Die Außendienstmitarbeiter der Spezialeinheit erhalten die Kompetenz von Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft und können landesweit hinzugezogen werden oder auch selbst eingreifen. Damit soll, so der Minister, der Kontrollruck weiter erhöht und die Entdeckungsgefahr für die kriminellen Elemente vergrößert werden. Die Regierungen werden auch einheitliche Zulassungsbehörde für alle Betriebe, die Lebensmittel tierischen Ursprungs be- oder verarbeiten. Die Aufgaben des Fleischhygienerechts sollen auf den Freistaat Bayern übertragen werden. Danach werden künftig die amtlichen Tierärzte in Bayern nicht mehr von den Landkreisen, sondern von den staatlichen Landratsämtern bestellt. Die Lebensmittelüberwachung erfolgt somit künftig aus einer Hand, und zwar in den Landkreisen Bayerns durch den Staat.

Vereinheitlichung der Zuständigkeiten

Auch für die kreisfreien Städte sollen die Zuständigkeiten bereinigt und vereinheitlicht werden. Künftig soll die kreisfreie Stadt im übertragenen Wirkungskreis zuständig sein sowohl für die Veterinärfachaufgaben als auch für die Lebensmittelüberwachung und deren Vollzug. Nach dem Konnexitätsprinzip rechnet die Staatsregierung nach ersten Schätzungen mit Kosten von insgesamt mehr als 2,5 Millionen Euro jährlich. Mit den kommunalen Spitzenverbänden wird dazu das vorgesehene Konsultationsverfahren eingeleitet. Auf Grund zahlreicher Gesetzesänderungen sollen die angestrebten Neuregelungen bis Ende 2007 verwirklicht sein.

Qualitätsmanagement

Bis Mitte 2007 wird das zwischen Ländern und Bund abgestimmte Qualitätsmanagementsystem in Kraft gesetzt. Gleichzeitig wird ein Auditsystem für die Kontrollbehörden eingeführt, erklärte Schnappauf. Das hiermit kompatible EDV-System namens Tizian für den gesamten Bereich des gesundheitlichen

Handbuch zur Wahlkampf vorbereitung

Die Vorbereitungen für die Kommunalwahl 2008 laufen bereits jetzt auf Hochtouren, wie KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun berichtete. Noch einmal rief er die Kommunalwahlen 2006 ins Gedächtnis, die folgende Ergebnisse erbrachten:

Bei insgesamt 90 Wahlen wurden 13 OB-Wahlen durchgeführt, wobei die CSU 6 mal, die SPD 4 mal und die Freien Wähler 3 mal als Sieger hervorgingen. Bei 3 Landratswahlen gewann die CSU 1 mal und die FW 2 mal. 74 Bürgermeisterwahlen brachten folgendes Resultat: CSU 35 / SPD 26 / FW 23. Insgesamt konnte die CSU also 42 Siege für sich verbuchen, die SPD 20 und die FW 28.

Ein Handbuch für CSU-Verbände soll bei der Vorbereitung der Wahlen 2008 und des Wahlkampfes ein hilfreicher Wegbegleiter sein. Der erste Teil ist bereits fertig gestellt; er gibt für die nächsten Monate wichtige Hinweise zur Vorbereitung der Wahl in den Verbänden - von der unerlässlichen Analyse der Situation vor Ort und den organisatorischen Vorarbeiten bis zur Aufstellungsversammlung. Teil II der Handreichung mit Tipps, Hilfen und Anregungen zum Wahlkampf sowie die Werbelinie mit den Vorlagen für die Öffentlichkeitsarbeit folgt im März 2007. **DK**

Verbraucherschutz habe seinen Probelauf bereits in der Landeshauptstadt München, in den Landkreisen Nürnberger-Land und Bayreuth sowie der Regierung von Oberfranken begonnen. Über ihren Computer sollen Bayerns Kontrolleure Zugriff auf alle relevanten Daten über Besonderheiten der Firmen, Auffälligkeiten, eventuelle frühere Verstöße gegen Auflagen oder laufende Bußgeld- oder Strafverfahren haben. Dadurch werde der Informationsfluss wesentlich verbessert und beschleunigt. Nach erfolgreicher Testphase soll das Datenbanksystem bis Ende 2007 der Lebensmittelüberwachung flächendeckend zur Verfügung stehen.

Rotation beim Personal

Dem mit Kontrollaufgaben betrauten Personal wird künftig nach Ablauf von fünf, spätestens aber nach sieben Jahren, ein anderer Aufgabenbereich zugewiesen, fuhr Schnappauf fort. Die Rotation soll gesetzlich verankert werden. Darüber hinaus werden Lebensmittelüberwachungsbeamte im Lauf der nächsten beiden Jahre einer intensiven Schulung unterzogen, insbesondere zur Warenstromanalyse und Rückverfolgbarkeit. Um die Ermittlungskompetenz zu stärken, werden Spezialisten von Innen- und Finanzministerium befristet abgeordnet. Für die Neuausrich-

tung und Ausweitung der Fortbildung werden in den Jahren 2007 und 2008 zusätzlich insgesamt rund 700.000 Euro, für die technische Ausstattung weitere 800.000 Euro bereit gestellt.

Energieversorgung ein europäisches Thema

Zwar ist Strom eine vergleichsweise saubere Sache, doch wirft auch das Thema Energieversorgung eine Menge Fragen auf, wie E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Deml eindrucksvoll vermittelte. Wie beim Gammelfleisch-Skandal ist auch die Situation der Energieversorgung nicht nur mit der bayerischen Brille zu betrachten. Die Preisentwicklung der vergangenen Jahre sei ein eindeutig europäisches Phänomen. Am Beispiel eines durchschnittlichen Haushalts machte Deml deutlich, dass der Anteil des Staates seit 1998 von 10 auf 22 Euro angewachsen ist und sich damit mehr als verdoppelt hat: „Hätte der Staat seinen Anteil am Strompreis nicht erhöht, wäre dieser heute noch günstiger als vor acht Jahren.“ Fakt sei, dass die reale und gefühlte Preisentwicklung auseinander fallen. Dasselbe gelte für die Preisentwicklung bei Erdgas: Trotz Preisanstiegs liege die Preisentwicklung unterhalb jener der Lebenshaltungskosten.

Stromerzeugungsstruktur

Wie nun werden sich die Energiepreise entwickeln? Die deutsche Stromerzeugungsstruktur wird laut Deml 2030 wie folgt aussehen: Die Kernenergie wird beendet sein, ihren Platz werden Erdgas und Kohle einnehmen, regenerative Energien werden deutlich zunehmen. Da insbesondere die Abhängigkeit von russischem Erdgas immer größer werden wird, und dies mit Risiken verbunden sei, werde der E.ON-Konzern folgende Schritte unternehmen:

1. E.ON sichert sich eigene Erdgasvorkommen in Russland.
2. E.ON investiert in die LNG-Technik, d. h. den Transport von verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas). LNG eröffnet neue Versorgungsoptionen.
3. E.ON investiert in die Technologie Biogas. Sobald Biogas in das bestehende Erdgasnetz eingespeist werden kann, kann Erdgas substituiert werden.

In punkto Regulierung wies Deml darauf hin, „dass diese einen tiefen Einschnitt in das System der Energieversorgung darstellt“. Eine überzogene Regulierung könne dazu führen, dass das hohe Niveau in der Versorgungssicherheit nicht zu halten ist. Der Vorstandschef: „Wie abhängig wir von einem funktionierenden Stromnetz sind, hat uns der europaweite Stromausfall am 4. November vor Augen geführt.“ Langfristig könnten die wachsenden Netz-Anforderungen nur durch einen Ausbau der Hoch- und Höchstspannungsnetze erfüllt werden. **DK**

Ortsnähe nutzt ...

(Fortsetzung von Seite 1) vom jeweiligen Pflegebedarf weiterhin im gewohnten Umfeld leben können. Schaidinger: „Durch die kurzen Wege zum Rathaus oder zum Landratsamt wird mehr Bürgernähe erreicht, als die bisherige Aufsplitterung der Zuständigkeit zwischen Stadt und Bezirk bieten kann.“

Durch die Beratung der Pflegebedürftigen vor Ort aus einer Hand, erhöht sich die Chance, die passende Form der Hilfsleistungen für die Betroffenen zu finden.“ Der Städtetagsvorsitzende verspricht sich von der Zusammenlegung der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege auch Synergieeffekte. Schaidinger: „Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird in Bayern in den nächsten Jahren von 300.000 auf 450.000 steigen. Wir müssen alles unternehmen, der mit dieser Zunahme verbundenen Kostensteigerung zu begegnen. Deshalb halte ich es für sinnvoll, wenn die Kostenverantwortung und die zu erbringende Leistung in einer Hand zusammengefasst werden“.

„Bezirke betreiben Panikmache“

Den von den Bezirken vorgebrachten Einwand, 96 örtliche Sozialhilfeträger (25 kreisfreie Städte und 71 Landkreise) wären mit den Entgeltverhandlungen mit den Heimträgern überfordert, hält Schaidinger für „reine Panikmache“. Bestes Beispiel für ein funktionierendes System seien die seit dem Jahr 2001 abgeschlossenen Entgeltvereinbarungen der Sozialhilfeträger mit den Heimen für die Kinder- und Jugendhilfe.

Damals wurden vier professionelle Verhandlungs-teams aufgebaut, die diese Verhandlungen für ganz Bayern mit Erfolg bewältigt haben. Solche Teams könnten genauso für den Bereich der Pflege eingerichtet werden. Schaidinger: „Im Übrigen genügt ein Blick über die Grenze nach Baden-Württemberg. Dort

wird u.a. die Hilfe zur Pflege mit Erfolg komplett von den kreisfreien Städten und Landkreisen geleistet.

Unabhängbare Voraussetzung für die Verlagerung der Zuständigkeiten ist aber, dass ein angemessener Ausgleich für die finanzielle Mehrbelastung gewährleistet wird“.

Voller Ausgleich der Mehrbelastungen

Das Präsidium des Bayerischen Landkreistags hat sich ebenfalls für die Verlagerung der ambulanten Leistungen im Bereich der Eingliederungshilfe auf die Bezirke sowie die Verlagerung der stationären Leistungen im Bereich der Hilfe zur Pflege von den Bezirken auf die Ebene der örtlichen Sozialhilfeträger, d. h. die kreisfreien Städte und Landkreise, ausgesprochen. Die Zustimmung klar an die Forderung gebunden, dass finanzielle Mehrbelastungen vom Staat komplett ausgeglichen werden.

Umstrittene Entscheidungen

Insbesondere die Entscheidung hinsichtlich der Zuständigkeitsänderungen im Bereich der Hilfe zur Pflege war bei den bayerischen Landräten umstritten. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags verwies darauf, dass die ständig steigenden Kosten im Sozialbereich effiziente und wirtschaftliche Lösungen verlangen. Zur Gestaltung des finanziellen Ausgleichs schlägt der Bayerische Landkreistag u.a. Folgendes vor:

- Senkung der Bezirksumlage entsprechend der Entlastungssituation in den jeweiligen Bezirken,
- Berücksichtigung der Nettoausgaben für die Pflege im Sozialhilfefeansatz der örtlichen Träger bereits ab dem Zeitpunkt der Aufgabenverlagerung,
- ggf. Ausweitung des Belastungsausgleichs Hartz IV auf die stationäre Pflege. **□**

Bundesaktion fördert bayerische ...

(Fortsetzung von Seite 1) und ein Beitrag zu deren sozialem Kapital. Das Projekt „Kultur für alle!“ soll dazu beitragen, die Rolle der Generation im dritten Lebensalter nachhaltig zu definieren und neue, attraktive Handlungsfelder zu entwickeln, an der Schnittstelle von Sozialem und Kultur.

Indikator für die Verteilungsgerechtigkeit

Die Zugangsmöglichkeiten zu Kultur sind ein Indikator für die Verteilungsgerechtigkeit einer Gesellschaft. Schließlich ist Kultur meist öffentlich finanziert. In Anlehnung an Hilmar Hoffmanns Devise „Kultur für alle“ sollen diese Chancen für alle Bevölkerungsteile verbessert werden, hier insbesondere für Migranten sowie für alte und behinderte Menschen. Das Projekt wird aus Fortbildungsanteilen, gemeinsamen Planungsworkshops mit allen Beteiligten sowie begleiteter Praxis bestehen. Um die Möglichkeiten des Keywork-Ansatzes zu erkunden, wird es auf zwei verschiedenen Erprobungsfeldern, mit verschiedenen Zielgruppen und Kooperationspartnern durchgeführt.

Planungsworkshop

Die Kulturaktionen werden in einem gemeinsamen Planungsworkshop mit Kooperationspartnern, Migranten und Älteren ent-

wickelt. Als Aktionsmöglichkeit ist zunächst denkbar, dass ältere Deutsche und junge Migranten biografische Texte über das Thema „Freiheit“ schreiben. Sie lesen die Texte einander vor und sprechen darüber. In einem zweiten Schritt werden die Texte im Rahmen einer offen ausgeschriebenen Veranstaltung gelesen, und die Zuhörer werden zum Gespräch eingeladen. Darüber hinaus könnten freiwillig Engagierte älteren Migranten München zeigen, seine Plätze und seine Museen, und dort Gespräche anzetteln. Dies kann zum lustvollen Konversationskurs werden, der gleichzeitig die Integration in die Stadt unterstützt.

Das Projekt wird gemeinsam mit Migranten und einer Einrichtung aus der Migrationsarbeit entwickelt. Kontakte zu Kulturinstitutionen folgen.

Mobile Kulturmodule

Auch alte und behinderte Menschen haben ein Recht auf Zugang zu Kultur, denn das bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Und wenn sie nicht zu Kultureinrichtungen gelangen können, muss die Kultur zu ihnen kommen. So könnten mit professioneller Beratung kleine Kulturmodule entwickelt werden, die dann als „mobiler Kulturdienst“ beispielsweise von Alten- und Servicezentren, Altenheimen oder dem Blinden- und Sehbehindertenbund angefragt werden können.

Verabschiedung des Doppelhaushalts 2007/2008 im Bayerischen Landtag:

Dritter ausgeglichener Haushalt in Folge

„Mit diesem Doppelhaushalt werden wir im Jahr 2008 zum dritten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können. Keine neuen Schulden mehr, keine zusätzlichen Zinslasten und deshalb mehr Spielraum zur Zukunftsgestaltung – so lautet Bayerns finanzpolitische Rechnung!“, erklärte Finanzminister Kurt Faltthäuser bei den Schlussberatungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 im Plenum des Bayerischen Landtags in München.

Faltthäuser bekräftigte seine Ablehnung eines nationalen Entschuldungsfonds, mit dem einzelne Länder ihre Schulden einfach auf die Ländergemeinschaft abwälzen können. Ein solches Gebaren widerspreche der Eigenstaatlichkeit und der finanzpolitischen Verantwortung der Länder.

Nationaler Stabilitätspakt

Vor dem Hintergrund des „Berlin-Urteils“ des Bundesverfassungsgerichts habe die Bayerische Staatsregierung ein Drei-Punkte-Programm für einen Nationalen Stabilitätspakt und weniger Schulden in Deutschland vorgeschlagen. Mit Blick auf die Verantwortung ge-

genüber zukünftigen Generationen und eine verfassungsgemäße Finanzordnung sei es in Deutschland „höchste Zeit zum Handeln“, betonte Faltthäuser.

300 Millionen für den staatlichen Hochbau

Bayern dagegen habe bereits gehandelt und das Fundament für nunmehr drei ausgeglichene Haushalte in Folge in einer Zeit gelegt, die finanzwirtschaftlich betrachtet alles andere als rosig gewesen sei, hob Faltthäuser hervor. Inzwischen ermöglichten es die mittlerweile eingetretenen Verbesserungen bei den Steuereinnahmen, Privatisierungserlöse zu schonen und Vorkehrungen zur Absicherung künftiger Haus-

haltsjahre zu treffen. So könnten 2007 staatliche Hochbaumaßnahmen für 300 Mio. Euro, deren Finanzierung ursprünglich aus Privatisierungserlösen erfolgen sollte, jetzt aus Steuereinnahmen finanziert werden. Auch die für 2006 veranschlagte rückzahlbare Grundstockablieferung in Höhe von 760 Mio. Euro werde nicht in Anspruch genommen.

Makelloser Glanz

„Damit glänzt der Haushalt jetzt noch makelloser“, stellte Faltthäuser fest. Gleichzeitig mahnte Faltthäuser mit Blick auf die künftige Einnahmentwicklung zur Vorsicht: Die Verbesserung bei den Steuereinnahmen stünde im Kontext einer niedrigen Ausgangsbasis. Darüber hinaus gehe der Großteil der prognostizierten Mehreinnahmen auf die Anhebung der Umsatzsteuer zurück. Zudem bestünden für die Entwicklung der Steuereinnahmen einige Unwägbarkeiten wie die Auswirkungen der

Sparkassen-Finanzgruppe:

Gesellschaftliches Engagement voller Vielfalt

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat im vergangenen Jahr insgesamt 351 Mio. Euro für das Gemeinwohl in Deutschland ausgegeben. Die Förderschwerpunkte ihres gesellschaftlichen Engagements sind die Bereiche Kultur, Soziales und Sport. Aber auch in der Forschung, in der Wirtschaft und in der Wissenschaft unterstrichen die Institute 2005 ihre gesellschaftliche Verantwortung.

Menschen sind in einer Zeit mit großen sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen auf Unterstützung angewiesen, um ihre Ideen und Projekte verwirklichen zu können. Diese Herausforderung übersteigt heute die Möglichkeiten des Staates: Um so mehr ist das Engagement von Unternehmen, ebenso aber von Bürgerinnen und Bürgern gefragt, um den Menschen eine unterstützende Hand zu reichen. Verantwortung für die Gesellschaft gehört für die Sparkassen schon seit ihren Gründungen zur Identität. Die meisten von ihnen sind selbst vor über 200 Jahren aus einer bürgerlichen Initiative entstanden und haben diese historischen Wurzeln in ihrer Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl nie verlassen. So ermöglichen die regional verankerten Institute den Menschen die Teilnahme an einem aktiven gesellschaftlichen Leben und tragen zugleich zur sozialen Balance bei.

Voraussetzung wirtschaftlicher Erfolg

Der wirtschaftliche Erfolg der Sparkassen bildet die Voraussetzung für dieses Engagement. Die Förderung erfolgt dabei unmittelbar durch die Sparkassen sowie durch deren Stiftungen. Allein die 619 Sparkassenstiftungen verfügen dafür über ein Stiftungskapital von rund 1,3 Mrd. Euro.

Die Sparkassen-Finanzgruppe überlässt die Verantwortung für die Gemeinschaft und insbesondere für schwächere oder bedürftige Mitbürger nicht allein den staatlichen Institutionen: Soziale Einrichtungen, Projekte und Initiativen förderte sie im Jahr 2005 mit rund 84 Mio. Euro. Ob Kinder, Jugendliche und Senioren, ob soziale Beratungsstellen, Nachbarschaftshilfe oder Integrationsprojekte für Zuwanderer – viele gesellschaftlich relevante

Gruppen und Bereiche profitieren von der Förderung der Sparkassen. Als Partner der Initiative „für mich, für uns, für alle“ trägt sie überdies zu einer stärkeren öffentlichen Anerkennung derjenigen Bürgerinnen und Bürger bei, die ehrenamtlich Verantwortung für Andere übernehmen.

Bildungschancen

In keinem anderen Industriestaat entscheidet nach aktuellen Studien die soziale Herkunft so sehr über den Schulerfolg und die Bildungschancen wie in Deutschland. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setzt die Förderung der Sparkassen auf ein breit gefächertes Programm: Die Bandbreite reicht dabei von der Schulung von Pädagogen und der Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien über das Angebot von Zusatzunterricht für benachteiligte Jugendliche, der gezielten Unterstützung bei der Berufsorientierung und qualifizierende Maßnahmen bis hin zur Vermittlung und Schaffung von Ausbildungsplätzen.

Wissenschaft und Forschung

In einem weiteren Aktionsfeld unterstützt die Sparkassen-Finanzgruppe den Bereich Wissenschaft und Forschung. Zusammen mit ihrer bundesweiten Gemeinschaftseinrichtung, der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e.V., knüpft sie Netzwerke des Wissens und bringt Unternehmen mit Hochschulen an einen Tisch. Aus diesem Verbund entwickeln sich starke Bildungszentren, die ihrer Region neue wirtschaftliche Impulse geben. Insgesamt engagiert sich die Sparkassen-Finanzgruppe mit einem jährlichen Beitrag von rund 22 Mio. Euro im Bildungsbereich.

Die Sparkassen und ihre Stiftungen fördern vielfältige Um-

welt- und Naturschutzprojekte: Sie tragen zur Lösung ökologischer Fragen bei, die mit der Lebens- und Standortqualität einer Region eng verknüpft sind. Im Jahr 2005 gaben sie dafür über fünf Millionen Euro aus. Die Förderung reichte dabei von Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen über konkrete Projekte zur Entsorgung von Altlasten bis zur Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien.

Mit einem Engagement von 122 Mio. Euro ist die Sparkassen-Finanzgruppe der größte nichtstaatliche Förderer von Kunst und Kultur in Deutschland. Die Bandbreite der Förderung ist dabei so vielfältig wie das kulturelle Leben selbst: Sie reicht von der Sicherung und dem Erhalt bedeutender regionaler Bauwerke über die Förderung einer lebendigen Bühnen-, Museums- und Orchesterlandschaft bis hin zur Förderung regionaler Künstler ebenso wie bis zur Unterstützung internationaler Ausstellungen wie der documenta in Kassel. Durch ihr langfristiges Engagement trägt die Sparkassen-Finanzgruppe wesentlich zum vielfältigen Kulturangebot überall im Land bei.

Sportförderung

Sport ist ein wichtiges und identitätsförderndes Bindeglied der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund unterstützte die Sparkassen-Finanzgruppe den Sport im Jahr 2005 mit rund 62 Mio. Euro und ist damit der größte nichtstaatliche Sportförderer in Deutschland. Der Hauptteil der Fördermittel fließt dabei in den Vereins- und Breitensport und zielt mit besonderem Augenmerk auf die Nachwuchsförderung. So unterstützen die Sparkassen Projekte an Kindergärten, fördern die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen und ermöglichen jungen Talenten an den Eliteschulen des Sports optimale Voraussetzungen für eine Zukunft als Spitzensportler. Darüber hinaus stellen sie Ausbildungs- und Arbeitsplätze für erfolgreiche Sportler bereit. **DK**

Umsatzsteuererhöhung auf die Binnenkonjunktur.

Oberste Priorität für die Bildung

Eine Kernbotschaft des ausgeglichenen Doppelhaushalts 2007/2008 laute, so Faltthäuser: „Bildung hat in Bayern oberste Priorität!“ Im Rahmen des Sonderprogramms „Investieren in Bayerns Zukunft“ würden deshalb Bayerns Schulen und Hochschulen zusätzliche Mittel von insgesamt 291 Millionen Euro erhalten. Zudem würden zur Verstärkung der personellen Kapazitäten an den Schulen 784 neue Lehrerstellen geschaffen. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Förderung von Lehre und Forschung. Dass Bayern mit seiner Hochschulpolitik richtig liege, zeige sich schon daran, dass über ein Drittel der Gesamtförder-summe der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern nach Bayern gehe. Auch sei das Betreuungsverhältnis zwischen wissenschaftlichem Personal und Studenten mit 1 zu 15,4 in Bayern mit am Besten.

Faires Verhältnis zu den Kommunen

Darüber hinaus würden auch die Innere Sicherheit und der ländliche Raum als Schwerpunkt im Haushalt gestärkt. Im Rahmen des Sonderprogramms „Investieren in Bayerns Zukunft“ seien für die Innere Sicherheit knapp 200 Millionen Euro und für den ländlichen Raum über 180 Millionen Euro vorgesehen. Das faire Verhältnis zu seinen Kommunen spiegle sich in den Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich wider. Diese sollen erstmals im

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser gibt bekannt:

Schlüsselzuweisungen für 2007

2,16 Milliarden Euro sind 4,7 Prozent mehr als im Vorjahr

„Die bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise erhalten im nächsten Jahr Schlüsselzuweisungen in Höhe von 2,16 Milliarden Euro und damit rund 97 Millionen Euro oder 4,7 Prozent mehr als 2006. Dies zeigt, dass die Bayerische Staatsregierung ein verlässlicher Partner und Förderer der bayerischen Kommunen ist“, stellte Finanzminister Kurt Faltthäuser fest.

„Dieser beachtliche, weit überdurchschnittliche Anstieg bedeutet eine weitere Stärkung der Kommunalhaushalte“, hob Faltthäuser hervor. „Die kreisfreien Städte erhalten 2007 insgesamt 381,5 Millionen Euro. An die kreisangehörigen Gemeinden fließen 997,6 Millionen Euro. Für die Landkreise sind 777,3 Millionen Euro vorgesehen.“

Um den Städten, Gemeinden und Landkreisen die Haushaltsaufstellung zu erleichtern, wurden nach Faltthäusers Angaben

kommenden Jahr die sechs Milliarden-Grenze übersteigen. Mit 6,068 Milliarden Euro würden sie im Jahr 2007 den Vorjahreswert um fast 358 Millionen Euro übersteigen. Die reinen Landesleistungen steigen um 7,6 Prozent.

Sparen, reformieren, investieren

Der Doppelhaushalt sei ein gelungenes Beispiel dafür, dass sparsames Haushalten und kraftvolle landespolitische Schwerpunktsetzungen zusammengehen. Richtig dosiert seien sie die Zutaten für eine gelungene Landespolitik aus einem Guss: Sparen, reformieren, investieren. „Auf diesem erfolgreichen Kurs bleiben wir“, betonte Faltthäuser abschließend. **□**

die auf sie entfallenden Schlüsselzuweisungen 2007 bereits in diesem Jahr vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung berechnet.

Grundlage war der Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 und des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2007 jeweils einschließlich der Nachschubliste. Bis zur Entscheidung des Bayerischen Landtags über den Doppelhaushalt 2007/2008 und das Finanzausgleichsgesetz 2007 jeweils stehen die Schlüsselzuweisungen 2007 allerdings noch unter Vorbehalt.

Finanzkraft stärken

Schlüsselzuweisungen stärken die Finanzkraft der Kommunen und mildern Unterschiede in der Steuerkraft der Kommunen ab. Die Schlüsselzuweisungen an finanzstarke Kommunen sind daher stets höher als diejenigen für finanzschwache Kommunen sind daher stets höher als diejenigen für finanzstarke Kommunen vergleichbarer Größe und Aufgabenbelastung. Mit Ausnahme einiger weniger, besonders steuerstarker Kommunen erhalten alle bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise Schlüsselzuweisungen. Für die Empfänger gehören die Schlüsselzuweisungen zu den freien Deckungsmitteln, über die sie selbstständig und ohne staatliche Einflussnahme verfügen können. **□**



Wir bleiben bayerisch. Versprochen.

Kundennähe hat auch etwas mit Entfernung zu tun. Viele bayerische Kommunen und kommunale Unternehmen wissen das. Deshalb bleiben wir von der BayernLB auch in Zukunft Herr im eigenen Haus – und die Geschäftsstellen unserer Sparkassenpartner überall in Bayern für Sie erreichbar. Versprochen. Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern: Ihr Partner im Kommunalgeschäft.

Finanzgruppe Bayern

Bayern LB

Eröffnung des Gewerbeparks „Markfeld“ in Bad Aibling:

Aufschwung aktiv gestartet

Am 30. Oktober 2006 konnte die Stadt Bad Aibling im Rahmen einer Einweihungsfeier den Gewerbepark „Markfeld“ seiner Bestimmung übergeben. Ein ehrgeiziges Projekt fand damit nach vielen Jahren kontroverser Diskussionen seine Vollendung. Der knapp 15 ha große, im Westen der Kurstadt gelegene Gewerbepark beweist eindrucksvoll, dass sich kommunale Entwicklung und Bewahrung der Natur nicht entgegenstehen. Mit einer optimalen Verkehrsanbindung und vielen weiteren Standortvorteilen bietet er Gewerbetreibenden und Beschäftigten optimale Investitions- bzw. Arbeitsbedingungen.

Von der Projektierung bis zur Fertigstellung des Gewerbeparks gingen etliche Jahre ins Land, in denen viele Hürden zu meistern waren, aber die Anstrengungen haben sich in jeder Hinsicht gelohnt.

Treuhänder BayernGrund

Nachdem sich die Stadt mit den Grundstückseigentümern über die Ankaufmodalitäten geeinigt hatte, wurde BayernGrund beauftragt, die Flächen als Treuhänder für die Stadt zu er-

werben. In dieser Funktion wickelt BayernGrund sämtliche Grundstücksgeschäfte ab und stellt als Grundstückseigentümerin auch die Finanzierung des Projektes sicher.

Umlegungsverfahren

Um die Flächen im Gewerbepark effizient und kostengünstig den Planungsvorgaben anzupassen, wurde das Vermessungsamt Rosenheim mit der Durchführung eines Umlegungsverfahrens beauftragt,

das von BayernGrund aktiv mitgestaltet wurde.

Beharrlichkeit war Trumpf

Zur Lösung von Problemen, die sich aus der Bauleitplanung ergaben, galt es, Grundstücksfragen zu klären und Vorgaben der Fachbehörden umzusetzen. Unter anderem erforderte die Anbindung an die Staatsstraße 2078 eine aufwändige Brückenkonstruktion. Doch mit Beharrlichkeit und viel Engagement konnten alle Schwierigkeiten wirtschaftlich gelöst werden.

Auch bei der Umsetzung des Bebauungsplanes konnte Bad Aibling von der Kompetenz der

Versicherungskammer Bayern:

Von Standard & Poor's im Erstrating mit „A“ bewertet

München. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat zum ersten Mal die Versicherungskammer Bayern bewertet. Sieben Kerngesellschaften des Konzerns wurden als „A“ (sehr gut) eingestuft. Der Ausblick ist stabil.

Folgende Unternehmen wurden in das Rating einbezogen: Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG, Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG, Bayerische Landesbrandversicherung AG, Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG, Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, Union Krankenversicherung AG und Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts.

Starke Wettbewerbsposition

Mit dieser Bewertung würdigt Standard & Poor's die starke Wettbewerbsposition der Gruppe, die hohe Ertragskraft und die sehr gute Kapitalausstattung. „Wir fühlen uns durch das Rating in unserer Strategie bestätigt. Es zeigt uns, dass wir sowohl auf der Kosten- wie auf der Ertragsseite gut für die Zukunft gerüstet sind. Und es betont unsere solide Kapitalposition, die uns Sicherheit für die Zukunft gibt,“ so Friedrich-Schubring-Giese, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern.

Die Versicherungskammer nimmt aus der Sicht von Standard & Poor's unter den deutschen Erstversicherern eine starke Wettbewerbsposition ein. Bezogen auf die Regionen, in denen die Gruppe tätig ist, beurteilt die Ratingagentur die Position sogar als sehr stark. Gemeinsam mit der größten regionalen Bankenorganisation, den bayerischen und pfälzischen Sparkassen, hat

BayernGrund profitieren. Das seit über 30 Jahren für die Kommunen tätige Unternehmen wurde im September 2005 beauftragt, die Erschließungsanlagen im Gewerbepark Markfeld als Erschließungsträger herzustellen.

In enger Abstimmung mit der Stadt, den privaten Grundstückseigentümern, den Planern und den Versorgungsträgern hat BayernGrund die notwendigen vertraglichen Grundlagen geschaffen, Kosten- und Zeitrahmen definiert, Ausschreibungen durchgeführt und Aufträge vergeben.

Rekordzeit

Am 1. März 2006 war es dann soweit: Der Startschuss für die Erschließungsarbeiten konnte gegeben werden. In der Rekordzeit von nur acht Monaten stellten die beauftragten Unterneh-

men unter Leitung der BayernGrund die Erschließungsanlagen im Gewerbepark Markfeld sowie die Unterführung der Staatsstraße 2078 mit der damit zusammenhängenden Einschleifung her. Als verlässlicher und kompetenter Partner für die technische Planung und die Bauaufsicht bewies sich das Ingenieurbüro INFRA aus Rosenheim.

Trotz einiger widriger Ereignisse, wie z.B. die notwendige Entsorgung von Kampfmitteln, konnte BayernGrund sowohl den Zeit- als auch den Kostenrahmen einhalten. Dies ist bei einem veranschlagten Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 7,7 Mio. Euro sicherlich keine Selbstverständlichkeit.

Hohe Attraktivität

Insgesamt stehen im Gewerbepark Markfeld nunmehr 82.650 qm erschlossene Gewerbeflä-

chen zur Verfügung. Davon hält BayernGrund 56.131 qm als Treuhänder für die Stadt Bad Aibling vor. Aufgrund der hohen Attraktivität wurden bereits zum aktuellen Zeitpunkt mehrere Parzellen an Investoren veräußert.

Zuverlässiger Partner

Das Beispiel Bad Aibling dokumentiert eindrucksvoll, wie positiv sich die Kooperation mit BayernGrund für ein kommunales Projekt auswirkt. Die Schnelle, rechtssichere und wirtschaftliche Umsetzung sind nur einige der Vorteile. BayernGrund erweist sich mit öffentlich-rechtlichen Gesellschafterhintergrund und über 40 Mitarbeitern bei der Umsetzung von Erschließungsprojekten und bei anderen kommunalen Investitionsvorhaben als kompetenter und zuverlässiger Partner der bayerischen Kommunen. □



V. l.: Jürgen Riese, Johannes Rieger, Gudrun Grieser, Harald Leitherer, Robert Nernosi, Jürgen Wagenländer. □

Kreissparkasse und Städtische Sparkasse Schweinfurt:

Fusion zum 1. Januar

Die Verträge sind unterzeichnet: Zum 1. Januar 2007 fusionieren die Kreissparkasse Schweinfurt und die Städtische Sparkasse Schweinfurt zu einem gemeinsamen Kreditinstitut.

Schweinfurts Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser, Landrat Harald Leitherer sowie die je zwei Vorstandsmitglieder von Kreissparkasse Schweinfurt und Städtischer Sparkasse haben den Vereinigungsvertrag, die Sparkassensatzung und die Vereinbarung über den neuen Zweckverband zwischen Landkreis und Stadt Schweinfurt unterschrieben.

Künftiger Name

Der Name des künftigen Instituts, das ab 1. Januar 2007 offiziell seine Geschäfte aufnehmen wird, lautet „Kreis- und Städt. Sparkasse Schweinfurt“. Bis Mai 2007 wird der technische Zusammenschluss vollzogen.

Die künftige Zweckverbands-

versammlung ist entsprechend der eingebrachten Bilanzsumme (1,2 Milliarden Euro bei der Kreissparkasse und 800 Millionen Euro bei der Städtischen Sparkasse) im Verhältnis 60:40 besetzt: zwölf Kreisvertreter und acht Vertreter der Stadt. Der Verwaltungsrat wird paritätisch besetzt.

Jürgen Riese an der Spitze

Vorstandsvorsitzender der Gesamtsparkasse wird ab Januar 2007 bis zu seiner Pensionierung im April 2009 der bisherige Vorstandsvorsitzende der Städtischen Sparkasse, Jürgen Riese. Dann rückt der jetzige Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse, Johannes Rieger, auf diese Position nach. □



Seit über 30 Jahren begleiten wir Kommunen, Landkreise und Zweckverbände bei der Realisierung von Projekten. Informieren auch Sie sich über die Vorteile des BayernGrund-Finanzierungsservice.

Innovative Finanzierungslösungen für kommunale Baumaßnahmen

Telefon (089) 21 71-2 19 25

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

der größte öffentliche Versicherer ein Vertriebssystem aufgebaut, mit dem es gelungen ist, führende Positionen in seinen Marktgebieten zu erlangen, und zwar in nahezu allen Geschäftssegmenten. Die wichtigsten Zielgruppen sind Privatkunden, kleine und mittelständische Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe sowie öffentlich-rechtliche Institutionen.

Erfolgreiches Modell

Standard & Poor's bewertet die Fortführung der Traditionsmarken, unter denen die Gruppe in Bayern, der Pfalz, im Saarland und in Berlin operiert, als ausgesprochen positiv für das Image und die Kundenbindung. Bei einem Beitragsvolumen von 5,4 Mrd. Euro (Rang 9 unter den deutschen Erstversicherern) weist die Gruppe aufgrund ihres erfolgreichen Geschäftsmodells überdurchschnittliche Kostenvorteile auf. Diese werden in Zukunft das Geschäftsmodell nachhaltig sichern, erklärt Standard & Poor's.

Die Kapitalausstattung der VKB Gruppe ist, so die Ratingagentur, sehr stark, und reflektiert sowohl die ausgezeichnete Ausstattung mit risikobezogenem Kapital (capital adequacy ratio) als auch die hohe Qualität der Kapitalstruktur. Die Gruppe hat ihre solide Ertragskraft im Laufe der Zeit nutzen können, um ihre Kapitalausstattung und ihre Reserven kontinuierlich zu stärken.

Finanzielle Flexibilität

Im Einvernehmen mit ihren Eigentümern, die neben ihrer Gewinnbeteiligung vor allem auch von Provisionszahlungen für die Vermittlung von Versicherungen an die Versicherungskammer Bayern profitieren, strebt die Gruppe weniger den kurzfristigen Ausweis von hohen Gewinnen an, sondern will eher langfristig ihr Wachstum und ihre Finanzkraft absichern, erläutert Standard & Poor's. Da ferner nahezu kein Fremdkapital in der Bilanz ausgewiesen ist, verfügt die Gruppe insgesamt über eine starke finanzielle Flexibilität und kann diese auch im Markt für Expansionsmöglichkeiten einsetzen.

Der stabile Ausblick reflektiert die Erwartung von Standard & Poor's, dass das Management der Versicherungskammer Bayern seine ertragsorientierte Strategie und sein konservatives Finanzmanagement fortsetzen wird. Standard & Poor's erwartet, dass die Gruppe auch in Zukunft in der Lage sein wird, ihre führende Wettbewerbsposition zu behaupten. □



Offizielle Eröffnung - v. l.: Stadtrat und MdL Sepp Ranner, Bürgermeister Felix Schwaller, Landrat Dr. Max Gimple und Norbert Kellermann von der BayernGrund GmbH. □

„Vereinigte Sparkassen i. Lkr. Weilheim i. OB“:

Award für ausgezeichnete Personalarbeit

Professionelle Personalarbeit im Mittelstand - unter dieser Leitidee prämiert der traditionsreiche BestPersAward der Universität des Saarlandes alljährlich ausgezeichnete Personalarbeit mittelständischer Unternehmen. In einem Kopf-an-Kopf-Rennen siegten in diesem Jahr die „Vereinigten Sparkassen i. Lkr. Weilheim i. OB“.

Seit einigen Jahren vergleichen sich renommierte mittelständische Firmen (20 bis 5000 Mitarbeiter) in den zehn Kategorien Strategie und Vision, Personalbeschaffung, Personaleinsatz, Personalentwicklung, Personalführung, Work-Life-Balance, Kommunikation, Entlohnung, Computerisierung und Zukunftsfähigkeit. Gewertet wird einerseits, wer die beste Personalarbeit in der jeweiligen Kategorie leistet und zum anderen, wer der beste Arbeitgeber insgesamt ist. Neben dem Benchmarking besteht hier auch die Möglichkeit, aus BestPractice-Ansätzen zu lernen.

„Professionalisierung mit Herz“

Mit dem stimmigen Motto „Professionalisierung mit Herz“ konnte der Weilheimer Allfinanzdienstleister die Jury überzeugen. Dass diese Philosophie auch gelebt wurde, belegte die Vereinigte Sparkassen beispielsweise über einen hohen Ausbildungsstand, über eine starke interne Rekrutierung der Führungskräfte und die lange zeitliche Bindung der Mitarbeiter im Unternehmen. Dazu kommt, dass die Unternehmensphilosophie klar kommuniziert und so transparent für jeden Mitarbeiter wird. Gerade mit dieser Stimmigkeit zwischen Anspruch und Umsetzung konnte die Sparkasse punkten.

Individuelle Produkte

Die „Vereinigten Sparkassen i. Lkr. Weilheim i. OB“ mit

ihren etwa 450 Mitarbeitern betreten unter der Firmenphilosophie „Profi-Banking mit Herz“ in 23 angeschlossenen Filialen ca. 50.000 Kunden mit über 160.000 Konten. Zusätzlich unterhält die Bank eine Internet-Filiale im WorldWideWeb. Neben der kompletten Produktpalette der Sparkassen-Verband-Partner bietet der Allfinanzdienstleister seinen Kunden individuelle Produkte wie den Hypothekarkredit für den Wohnungsbau oder Fremdwährungskredite. Die betreute Bilanzsumme liegt bei 1,4 Milliarden Euro.

Orientierung am Kunden

Im Gruppenrating der Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen erhielt die Sparkassen-Finanzgruppe von der Ratingagentur Moody's Investors Service nach 2005 erneut die Note A1, unter anderem begründet durch die genaue Kenntnis der lokalen Märkte sowie ihrer Orientierung an den Bedürfnissen der Kunden. Im Zuge der ersten Teilnahme am BestPersAward im Jahr 2005 verpassten die Vereinigten Sparkassen in der Sparte „Kommunikation“ den ersten Platz nur knapp.

Bestätigung und Ansporn

Wie die Vereinigten Sparkassen in einer ersten Stellungnahme betonten, empfinden sie die Auszeichnung als Bestätigung ihrer bisherigen Personalarbeit, aber auch als Ansporn, sich noch weiter zu entwickeln. □

Sparkasse Bayreuth:

Kommunalforum für Bürgermeister

Losgelöst vom hektischen Alltag absolvierten 18 Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen aus dem Landkreis Bayreuth auf Einladung der Sparkasse Bayreuth ein Kommunalforum in der Porzellanstadt Meißen. Auf der Tagesordnung standen Themen wie „Leasing als wichtige Finanzalternative“, „Finanzausstattung und Rating der Kommunen“ oder „Public Private Partnership (PPP)“.

„Die Verbindung der Kommunen zu den Sparkassen ist eine ganz Besondere, denn der Landkreis Bayreuth, die Stadt Pegnitz und die Stadt Bayreuth sind der Eigner unserer Sparkasse“, erklärte Sparkassenvorstand Reinhard Schwappach. „Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, mit diesem Forum neue Wege aufzuzeigen, die in Zukunft für die Kommunen richtungsweisend sein können“, so Schwappach weiter.

Sparkasse Bayreuth - Gut für unsere Region

Die Sparkasse Bayreuth unterstützt die wirtschaftliche Struktur der Region als wichtiger Arbeitgeber und gleichzeitig Ausbilder von jungen Menschen. Seit 2001 wurden 3,19 Millionen Euro Gewerbesteuer und 3,57 Millionen Euro Körperschaftsteuer an den Fiskus bezahlt. Das Kreditinstitut verleihe etwa 85 Prozent des gewerblichen Kreditvolumens an kleinere und mittlere Unternehmen. Durch Investitionen verbessere die Sparkasse die Auftragslage der Firmen vor Ort und stärke somit die Wirtschaftskraft in der Region.

Public Private Partnership

Dr. Martin Kornek, Bayern-Grund München, führte in die Thematik des PPP ein. „Im Public Private Partnership sehen wir eine langfristige, vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft zur wirtschaftlichen Erfüllung der öffentlichen Aufgaben - charakterisiert durch eine lebenszyklusübergreifende Übertragung von Aufgaben und Risiken“, erklärte Kornek.

Leasing als wichtige Finanzalternative

Arno Städtler vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München, betonte: „Die Leasing-Entwicklung der Öffentlichen Hand dümpelte mit einem Anteil von zwei bis drei Prozent am gesamten Leasingvolumen vor sich hin.“ Dies aber habe sich mittlerweile geändert. Impulsgeber seien große Leasingprojekte bei der Bundeswehr, aber auch bei Ländern und Kommunen, die in wachsendem Umfang auf das Finanzierungsinstrument Leasing setzen, so der wissenschaftliche Mitarbeiter.

Transparenz schaffen und Potenziale heben

Laut Stefan Bogenberger, Real I.S. AG, München, stehen in den nächsten Jahren aktuelle Herausforderungen für die Kommunen an. Durch die Senkung der Betriebskosten (Haushaltsentlastung und Stärkung der Handlungsfähigkeit) müssten Finanzmittel freigesetzt werden. Durch Modernisierung und Optimierung der Gebäude und Prozesse würden Einsparpotenziale realisiert. Gleichzeitig sollten die Ressourcen der Kommunen geschont werden.

Intelligentes Modell

Real I.S. bietet seit 2004 die Benchmarking-Initiative Rea-



Vordere Reihe von links: Sparkassenvorstände Reinhard Schwappach und Hans Riedel, Bürgermeister Manfred Thümler, Richard Müller und Herrmann Hübner. □

beschäftigen die Kommunen in den nächsten Jahren

Finanzausstattung und Rating der Kommunen

Wie Dr. Johann Keller vom Bayerischen Gemeindetag er-

läuterte, sind die bayerischen Kommunen finanziell sehr unterschiedlich ausgestattet. Im Jahr 2006 werden die Steuereinnahmen auf etwa 11.000 Millionen Euro hochgerechnet (in 2005: 10.016 Mio., in 2004 9.428 Mio. Euro). Das Gewer-

besteueraufkommen soll für 2006 rund 4.600 Mio. Euro (hochgerechnet) betragen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein Plus von 332 Mio. Euro.

Sozialausgaben steigen

Auf der anderen Seite steigen Keller zufolge aber auch die Ausgaben im sozialen Bereich. Während die Kommunen im vergangenen Jahr 4.571,5 Mio. Euro dafür verbuchten, werden für soziale Ausgaben 4.800 Mio. Euro aufgebracht werden müssen.

Deutliche Entspannung

„Wir sehen eine deutliche Entspannung der kommunalen Finanzlage insgesamt“, erklärte Johann Keller. „Gleichzeitig zeichnet sich eine sehr unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Märkten und Gemeinden ab. Die Schere zwi-

schen 'arm' und 'reich' geht weiter auseinander“, so Keller weiter. Deshalb komme die Frage „Brauchen wir ein Rating der Gemeinden?“ immer wieder auf. Was aber ist Rating? Darunter versteht man, so der Gemeindetagsvertreter, ein Bewertungsverfahren und Bewertungsergebnis zur Überprüfung - insbesondere von Bonität, Zukunftschancen, Stärken/Schwächen sowie Gefahren und Potenzialen.

Blick in die Zukunft

Insgesamt zeigten die Teilnehmer großes Interesse an den vermittelten Inhalten. Erste Ansatzpunkte zum Thema „Transparenz der Energiekosten vergleichbarer Kommunen“ sehen die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen bereits jetzt. Auch das Managen des Zinsrisikos soll als eines der nächsten Aufgaben forciert werden. □

Senken Sie mit uns Ihren Energieverbrauch.

Das Energie-Mobil von E.ON Bayern kommt zu Ihnen. Werden Sie EnergieSpar-Detektiv und lassen Sie sich von unseren Experten beraten, wo und wie Sie im Haushalt jede Menge Energie und Geld sparen können.

EnergieSpar-Tour 2006

- In rund 300 Kommunen in Bayern – also mit Sicherheit ganz in Ihrer Nähe
- Persönliche Analyse
- Individuelle Beratung
- Wertvolle EnergieSpar-Tipps
- Attraktives Gewinnspiel

Mehr Informationen unter:
www.eon-bayern.com/energiespartour



e-on | Bayern

Aktualisiertes DSGVO-Faktenpapier:

„Sparkassen und der Bankenmarkt in Deutschland“

Zehn Behauptungen - zehn Tatsachen

Zehn häufig vorgetragene Behauptungen zum Bankensektor in Deutschland und zu den Sparkassen greift das aktualisierte Faktenpapier „Sparkassen und der Bankenmarkt in Deutschland“ auf und stellt ihnen die Tatsachen entgegen. Wie der Herausgeber, der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, betont, zeichnet sich das dreigliedrige deutsche Bankensystem durch eine hohe Leistungsfähigkeit aus. Es bietet Verbrauchern und mittelständischen Unternehmen ein flächendeckendes Angebot moderner Finanzdienstleistungen zu günstigen Preisen. Eingriffe in die dreigliedrige Struktur würden den Bankenmarkt grundlegend verändern und diese Vorteile für Verbraucher und Unternehmen gefährden.

Behauptung 1: Es gibt in Deutschland zu viele Banken. Tatsache ist: Deutschland liegt bei der Bankendichte im europäischen Mittelfeld.

Mit rechnerisch 26 Instituten pro eine Million Einwohner hat die Bundesrepublik im Verhältnis zur Einwohnerzahl weniger Banken als beispielsweise die Niederlande, Österreich, Dänemark und Finnland. Sogar in den USA gibt es deutlich mehr Banken pro Einwohner. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass die statistische Gesamtzahl der Banken in Deutschland - derzeit rund 2.380 - irreführend ist. Denn jede der rund 460 Sparkassen und etwa 1.300 Volks- und Raiffeisenbanken werden in der Statistik als einzelne Bank geführt. In Wirklichkeit bilden Sparkassen und Genossenschaftsbanken jeweils einen Verbund, der in Deutschland wie ein Marktteilnehmer auftritt. Zudem ist die Kreditwirtschaft in Deutschland produktiver als in vielen anderen Ländern Europas.

Gesamtwirtschaftlicher Nutzen

Behauptung 2: Durch eine weitergehende Konsolidierung würde sich die Leistungsfähigkeit des deutschen Bankenmarktes erhöhen.

Tatsache ist: Der deutsche Bankenmarkt erbringt einen hohen gesamtwirtschaftlichen Nutzen, denn er ist leistungsfähig, stabil und wettbewerbsintensiv.

Darüber hinaus hebt der IWF in seinem Bericht zum „Financial Sector Assessment Program“ aus dem Jahr 2003 neben der Wettbewerbsintensität des deutschen Bankenmarktes dessen hohe Stabilität hervor. Eine zu weit gehende Konsolidierung könnte damit

möglicherweise sogar negative Folgen auf den intensiven kreditwirtschaftlichen Wettbewerb haben, da Mitbewerber vom Markt genommen würden.

Drei-Säulen-Struktur

Behauptung 3: Der deutsche Bankenmarkt ist wegen seiner Drei-Säulen-Struktur ineffizient. Tatsache ist: Das Produktivitätswachstum des deutschen Kreditgewerbes ist weit höher als das der Gesamtwirtschaft und höher als in anderen Volkswirtschaften.

In einer umfassenden Studie hat die KfW-Bankengruppe im Juli 2005 nachgewiesen, dass die deutsche Kreditwirtschaft mit einem jährlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität von 4,1 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft (alle Branchen: plus 1,7 %) und der Dienstleistungsbranche (plus 1,1 %) liegt. Auch im internationalen Vergleich ist die Produktivität im deutschen Bankensektor sehr stark gestiegen.

Rentabilität

Behauptung 4: Sparkassen müssen nicht profitabel arbeiten. Tatsache ist: Sparkassen gehören seit Jahren zu den rentabelsten Kreditinstituten.

Die durchschnittliche Eigenkapitalrentabilität der Sparkassen in Deutschland belief sich 2005 auf gut 10 Prozent. Die guten Werte für die Eigenkapitalrentabilität sind sogar trotz einer Ausweitung der Eigenkapitalbasis erreicht worden. Während die privaten Großbanken in den letzten Jahren ihr haftendes Eigenkapital deutlich verringert haben, wurde es bei den Sparkassen seit 2000 von 58,7 auf

74,6 Milliarden Euro im Jahr 2005 ausgeweitet.

Marktanteile

Behauptung 5: Nur wenn deutsche Großbanken Sparkassen kaufen dürfen, sind sie international wettbewerbsfähig.

Tatsache ist: Die relativ geringen Marktanteile privater Großbanken in Deutschland sind das Resultat eigener strategischer Entscheidungen.

Die privaten Großbanken haben - gemessen am Geschäftsvolumen - inzwischen in Deutschland nur noch einen Marktanteil von weniger als einem Fünftel. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass diese Institute in der Vergangenheit sehr stark auf das internationale Kapitalmarktgeschäft, vor allem das Investmentbanking, gesetzt haben. Aus dem breiten Privatkundengeschäft (Retailgeschäft) und der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen haben sich die deutschen privaten Großbanken sehr weit zurückgezogen. Inzwischen wird dies als Fehler erkannt und wieder deutlich korrigiert. Da die Erfahrung zeigt, dass es

schwer ist, einmal verlorene Kunden wieder zurückzugewinnen, steigt das Interesse der Großbanken, nicht den mühevollen Weg des schrittweisen Aufbaus von Marktanteilen zu beschreiten, sondern Finanzdienstleister zu kaufen, die sich schon seit jeher erfolgreich auf die Privatkunden und mittelständischen Unternehmen konzentriert haben. Da Genossenschaftsbanken angesichts ihrer Rechtsform praktisch nicht übernommen werden können, konzentriert sich das Interesse der Großbanken auf Sparkassen.

Freie Wahl der Rechtsform

Behauptung 6: Sparkassen genießen einen wettbewerbsbeschränkenden Schutz, da ein Verkauf der Institute gesetzlich nicht erlaubt ist.

Tatsache ist: Auch nach europäischem Recht kann jeder Eigentümer oder Träger die Rechtsform seines Unternehmens frei wählen.

Regeln der Marktwirtschaft

Der Vorwurf, Sparkassen nicht übernehmen zu können, sei eine „ungerechtfertigte Wettbewerbsbeschränkung auf dem Markt für Unternehmensübernahmen“ und widerspreche daher dem Europäischen Wettbewerbsrecht, ist falsch. Ein solcher Markt existiert nicht. Die Wahl vielfältiger Unternehmensformen ist mit den Regeln der Marktwirtschaft ver-



Sparkassenmedaille für Werner Netzel

Im Rahmen einer Feierstunde in der Münchner Residenz wurde an Werner Netzel, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Bayerische Sparkassenmedaille in Gold verliehen. Damit werden die Verdienste Netzels in seiner Zeit als Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern (2000 - 2006) gewürdigt. (v. l.) Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern; Landesobmann Alois Hagl; Karin Netzel, Werner Netzel und Hansjörg Christmann, 1. Präsident des Sparkassenverbandes Bayern.

Vorstandswechsel bei der Versicherungskammer Bayern

München. Der Verwaltungsrat und die Aufsichtsräte der Unternehmen der Versicherungskammer Bayern haben Dr. Robert Heene in den Vorstand der Versicherungskammer Bayern berufen. Er wird die Nachfolge von Walter Lechner antreten, der zum 31. Dezember 2006 in Pension geht. Heene hat Betriebswirtschaft studiert. Nach unterschiedlichen Tätigkeiten als Projektleiter und Berater begann er 1994 in der Versicherungsbranche als Controller bei der Allianz Versicherungs-AG. 1996 wechselte er zur Versicherungskammer Bayern und begleitete verschiedene leitende Funktionen. 2005 wurde er in den Vorstand der Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG und der Öffentlichen Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG berufen.

Der Konzern Versicherungskammer Bayern ist der größte öffentliche Versicherer Deutschlands und bundesweit eines der zehn größten Erstversicherungsunternehmen. 2005 erzielte der Konzern Beitragseinnahmen von 5,43 Mrd. Euro und beschäftigte rund 6.400 Mitarbeiter. Mit seinen regional tätigen Gesellschaften ist das Unternehmen in Bayern, der Pfalz, im Saarland sowie in Berlin und Brandenburg aktiv. Darüber hinaus betreibt es gemeinsam mit den anderen öffentlichen Versicherern das Krankenversicherungsgeschäft bundesweit. Als Allspartenversicherer bietet die Versicherungskammer Bayern das gesamte Spektrum an Versicherungsleistungen für Privatkunden und Unternehmen, Institutionen aller Art und Freiberufler an. □

einbar. Denn die Wettbewerbsregeln des EU-Vertrags betreffen ausdrücklich den Markt der Güter und Dienstleistungen, nicht aber einen „Markt für die Käufe und Verkäufe von Unternehmen“. Dass einzelne Unternehmensformen geradezu auf Übernahmefähigkeit ausgerichtet sind, andere dagegen nicht, ist auch keineswegs unfair. Vielmehr ist es die freie Entscheidung eines Eigentümers, sein Unternehmen mit einer Rechtsform seiner Wahl auszustatten. Private Geschäftsbanken haben vielfach die Rechtsform einer Aktiengesellschaft gewählt, um über die Börse Eigenmittel aufzunehmen.

Eigenkapitalausstattung

Behauptung 7: Sparkassen brauchen privates Kapital, sonst können sie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen.

Tatsache ist: Die Eigenkapitalausstattung der Sparkassen ist sehr gut. Sie erlaubt auch in Zukunft ein kräftiges Wachstum.

Die Eigenmittel der Sparkassen ermöglichen es, aus dem Stand zusätzliche Finanzierungsmittel in Höhe von bis zu 300 Milliarden Euro zu vergeben. Eine weitere Berechnung verdeutlicht: Allein in den vergangenen fünf Jahren haben die Sparkassen ihr Eigenkapital insgesamt um mehr als ein Viertel auf 74,6 Milliarden Euro ausgeweitet. Bei Geschäftsergebnissen im Durchschnitt der vergangenen Jahre können die Sparkassen ihre Kreditvergabe jährlich um fünf Prozent steigern. Das übersteigt das zu erwartende nominale Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den nächsten Jahren.

Refinanzierung

Behauptung 8: Die Änderung der Haftungsgrundlagen macht die Refinanzierung der Sparkassen deutlich teurer.

Tatsache ist: Die Refinanzierungsbedingungen für die Sparkassen ändern sich durch die veränderten Haftungsgrundlagen praktisch nicht.

Sparkassen refinanzieren sich in aller Regel nicht über nationale oder internationale Finanzmärkte, wo externe Ratings eine Rolle spielen, sondern fast ausschließlich durch Einlagen aus ihrer Region. Diese Einlagen der Sparkassen übersteigen sogar ihre herausgegebenen Kredite. Darüber hinaus hat die Rating-Agentur Moody's in den Jahren 2004 und 2005 die Gruppe der Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen mit einem Mindestrating in Höhe von A1 bewertet. Nur eine deutsche Großbank wird derzeit besser benotet. Jede Sparkasse, Landesbank und Landesbausparkasse

kann diesen Rating-Floor mit einer individuellen Bonitätseinschätzung noch übertreffen. Eine Reihe von Instituten hat dies bereits erreicht.

Rendite für die Träger

Behauptung 9: Sparkassen erwirtschaften für ihre Träger keine anständigen Rendite.

Tatsache ist: Die Kommunen als Träger der Sparkassen profitieren auf vielfältige Weise von den Leistungen der Sparkassen.

Sparkassen unterstützen mit ihrem gesellschaftlichen Engagement wesentliche Aufgaben für die Gemeinschaft. Im Jahr 2005 förderte die Sparkassen-Finanzgruppe Kunst und Kultur, Sport, Soziales sowie Bildung und Wissenschaft mit insgesamt über 350 Millionen Euro. In allen Städten und Gemeinden des Landes kommt dies sportlichen, kulturellen und karitativen Einrichtungen, Initiativen und Vereinen zugute. Die Institute nehmen damit Aufgaben wahr, die ansonsten die kommunalen Etats erheblich belasten würden oder entfallen müssten. Darüber hinaus zählen Sparkassen zu den wichtigsten Steuerzahlern in Deutschland. Als bedeutende regionale Arbeitgeber, Ausbilder und Auftraggeber bieten sie zudem in allen Regionen qualifizierte Arbeitsplätze und stärken den örtlichen Mittelstand.

Transparenz im Wettbewerb

Behauptung 10: Der Schutz des Begriffs „Sparkasse“ im Kreditwesengesetz (KWG) privilegiert Sparkassen.

Tatsache ist: Die Vorschriften des KWG zum Begriff „Sparkasse“ dienen dem öffentlichen Interesse an Transparenz im Wettbewerb und damit dem Kunden- und Verbraucherschutz.

§ 40 KWG regelt die Bezeichnung „Sparkasse“. Diese Bezeichnung darf grundsätzlich nur von Instituten verwendet werden, die als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute ganz bestimmte Strukturmerkmale aufweisen und eine spezifische Geschäftsphilosophie verfolgen. Im § 39 KWG sind auch die Bezeichnungen „Bank“ und „Volksbank“ gesetzlich geschützt. Auch mit dieser Regelung soll eine missbräuchliche Verwendung ausgeschlossen werden. Die Regelungen sind auch keine deutsche Besonderheit. Das europäische Recht wie die Rechtsordnungen anderer Mitgliedsstaaten erkennen die Existenz von Unternehmen an, die unterschiedlichen Funktionsprinzipien folgen.

Auch in anderen Ländern sind für solche Unternehmen besondere bzw. geschützte Bezeichnungen vorgesehen. Fazit: Nur wo Sparkasse drin ist, darf auch „Sparkasse“ draufstehen. DK

LEW
Lechwerke

Unsere Garantie: stabile Strompreise für Privatkunden bis Ende 2007.

Als Privatkunde profitieren Sie doppelt: günstige Tarife und Nettopreisgarantie für die Grundversorgung und LEW[Avanza] bis zum 31. 12. 2007. Ausgenommen gesetzl. Änderungen bei Steuern und Abgaben. Gültig auch für unsere Partnerunternehmen EWL und ÜWK.



RWE Group

Wirtschaftstag der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken:

GVB-Präsident Götzl fordert nachhaltige Strukturreformen

... und den Abschied von politischen Notoperationen - Innovationspreis für Brehm GmbH

Auf dem Wirtschaftstag der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in Erlangen ging die mit 15.000 Euro dotierte Auszeichnung „Bayerns Mittelstandsbetrieb des Jahres“ an die Firma Brehm GmbH in Weisendorf. Brehm Chirurgie-Mechanik wurde 1981 durch Peter Brehm gegründet. Das Unternehmen war maßgeblich beteiligt an der Markteinführung der zementfreien Hüftprothese 1983. Mittlerweile ist die Brehm GmbH europaweit Marktführer im Bereich der Hüft-Revisionen. Diese bieten vielfältige ökonomische und medizinische Vorteile gegenüber herkömmlichen Prothesen.

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken zeichnen als Partner des Mittelstands alljährlich ein mittelständisches Unternehmen aus, das mit seiner Innovationskraft und Dynamik den technologischen Fortschritt vorantreibt.

Wie wichtig mittelständische Unternehmen und ihre technologische Kreativität für den Standort Deutschland sind, unterstrich Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V. (GVB), in seiner Rede. Vor rund 1.000 mittelständischen Unternehmern und Vorständen der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken betonte er, dass nicht die Großunternehmen, sondern vielmehr der Mittelstand Innovation und Zu-

kunfts-fähigkeit in der deutschen Wirtschaft verkörpern.

Mehr Spielraum geben

Damit Innovationen auch in Zukunft möglich sein können, forderte Götzl: „Wir müssen den Menschen in unserem Land - egal ob Arbeitnehmer oder Unternehmer - wieder mehr Handlungsspielräume geben. Nur durch mehr Bewegungsfreiheit entsteht Dynamik, entstehen Zuversicht und Vertrauen. Genau das sind die Komponenten, die wir für eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung brauchen. Dazu muss der Staat aber bereit sein, sich ein wenig zurückzunehmen.“

Eine gute Gelegenheit dafür sei die geplante Unternehmens-

steuerreform. Wie für die Reform der Sozialversicherungen gelte für sie: „Politische Notoperationen und Taschenspielertricks müssen in Zukunft unterbleiben. Nachhaltige Strukturreformen sind die einzig dauerhafte Alternative.“

Vorbildliche Politik

Als Beispiel dafür, wie gelungene Wirtschaftspolitik aussehen kann, führte Götzl die Politik des Freistaats an. Kennzeichnend für sie sei, dass Politik und Wirtschaft nicht als Gegner verstanden würden. Das Ergebnis: „Ho-

Die Gewerbesteuer bleibt erhalten

Unternehmenssteuerreform soll für Kommunen aufkommensneutral sein

Grundsätzlich positiv bewerten die Städte den Beschluss der Bundesregierung, bei der Reform der Unternehmenssteuern an der Gewerbesteuer festzuhalten. Dies ist auch ein Erfolg der kommunalen Spitzenverbände. Sie hatten sich seit Jahren vehement gegen die immer wieder diskutierte Abschaffung der Gewerbesteuer gewehrt. Skeptisch wird die Aussage von Bundes- und Landespolitikern betrachtet, dass die Reform für die Kommunen insgesamt aufkommensneutral sei.

Das Bundeskabinett hat Anfang November das von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorgelegte und vom Koalitionsausschuss angenommene Konzept zur Reform der Unternehmenssteuern verabschiedet. Der Bundesfinanzminister wurde beauftragt, bis Februar 2007 einen Gesetzentwurf vorzulegen. Der Kompromiss sieht eine Senkung der Gesamtsteuerlast der Unternehmen von rund 38,7 Prozent auf 29,8 Prozent vor.

Einnahmeausfälle

Dies bedeutet nach Darstellung des Bundesfinanzministeriums anfängliche Einnahmeausfälle von rund 5 Mrd. Euro für Bund und Länder. Von diesen Steuer ausfällen sollen die Kommunen nur mittelbar über ihren Anteil an der Einkommensteuer und ihren Verbundanteil an den Landessteuern betroffen sein. Die kommunale Gewerbesteuer soll aufkommensneutral umgestaltet werden.

Die Bundesregierung hat das Ziel einer einheitlichen Bemessungsgrundlage von Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer aufgegeben. Die ertragsunabhängigen Hinzurechnungen bei der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer werden erweitert. Künftig müssen nicht nur ein Teil der Dauerschuldzinsen, sondern auch andere Finanzierungskosten, wie Leasingraten, Mieten und Pachten, versteuert werden. Der Hinzurechnungssatz wird allerdings von 50 Prozent auf 25 Prozent gekürzt. Insgesamt soll die Veränderung der Hinzurechnungen aufkommensneutral sein.

Kompensation

Gleichzeitig wird die Steuermesszahl von 5 Prozent auf 3,5 Prozent reduziert. Dies bringt erhebliche Steuerausfälle für die Kommunen mit sich. Der Deutsche Städtetag schätzt ein Minus von 5,5 bis 6 Milliarden Euro jährlich. Kompensiert werden sollen diese Ausfälle dadurch, dass die Unternehmen künftig die Gewerbesteuer nicht mehr als Betriebsausgabe absetzen können. Ob dies allerdings ausreicht, Steuerausfälle für die Städte zu verhindern, muss mit großer Skepsis untersucht werden. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums soll dadurch ein Zu-

he Wirtschaftskraft, niedrige Verschuldung und günstige Daten auf dem Arbeitsmarkt.“

Lob für Cluster-Politik

Von besonderer Bedeutung sei dabei, dass die bayerische Wirtschaft nicht von wenigen einzelnen großen Unternehmen abhängig ist. Vielmehr bildeten die kleinen und mittleren Unternehmen ein Netz, das sich über ganz Bayern zieht. Mitten unter ihnen befänden sich mehr als tausend genossenschaftliche Unternehmen mit ihren 2,7 Millionen Mitgliedern aus allen bayerischen Bevölkerungsgruppen und Unternehmenszweigen.“

Götzl lobte in seinem Mittelstandsplädoyer insbesondere die Cluster-Politik der Bayerischen Staatsregierung als zielgerichtete Mittelstandspolitik, die sich wohltuend vom Gießkannenprinzip anderer abhebe. □

Stadtkämmerer überwiegend optimistisch

Kämmerertagungen des Bayerischen Städtetags Landkreise zur Umlagensenkung aufgefordert

Positiv beurteilt wurde die Entwicklung der Kommunalfinanzien bei den Kämmerertagungen des Bayerischen Städtetags in den einzelnen Regierungsbezirken. Allerdings gilt dies nicht für alle Städte und Gemeinden in gleichem Maße. Die Kämmerer warnen auch vor den Risiken der Unternehmenssteuerreform für die kommunalen Steuereinnahmen. Kritik wurde an der Umlagepolitik der Landkreise geübt.

Die positive Entwicklung der Einnahmen der bayerischen Kommunen im Jahr 2005 wird sich in diesem Jahr fortsetzen. Unter dem Strich rechnen die bayerischen Kommunen mit einem Anwachsen der ihnen verbleibenden Gewerbesteuer von 4,2 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 5 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Obwohl sich auf der Ausgabe Seite ebenfalls eine Steigerung abzeichnet, kann insgesamt wieder, wie schon im Jahr 2005, mit einem positiven Finanzierungssaldo gerechnet werden.

Nicht alle Städte profitieren

Die Kämmerer verweisen allerdings darauf, dass diese positiven Salden noch lange nicht die aufgrund der Steuereinträge in den Jahren 2001 bis 2003 aufgelaufenen Defizite abdecken. Allein in diesen drei Jahren sind Defizite von 3,1 Milliarden Euro in den städtischen Haushalten in Bayern aufgelaufen. Dagegen betragen die positiven Salden in den Jahren 2004 und 2005 nur 688 Millionen Euro. Daran sieht man, dass die Kommunen noch weitere gute Jahre brauchen, um ihre Haushalte zu stabilisieren.

Aber nicht alle Städte profitieren. Eine Abfrage hat gezeigt, dass nur in zwei Drittel der Mitgliedstädte die Gewerbesteuer ansteigt, bei einem Drittel aber nicht.

Ausgabenpolitik

Kritik haben die Kämmerer an der Praxis der Erhebung der Umlagen durch die Bezirke und Landkreise geübt. Zwar wurde positiv vermerkt, dass die Bezirke auch für das Jahr 2007 wieder Umlagensenkungen angekündigt haben. Diese liegen allerdings am unteren Rande dessen, was nach Ansicht der Stadtkämmerer notwendig ist. Von den Kämmerern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wurde vehement kritisiert, dass die Landkreise nicht bereit scheinen, die Umlagensenkungen der Bezirke an die Gemeinden weiterzugeben. Obwohl 2006 die Bezirksumlagen deutlich gesenkt wurden und auch für 2007 Senkungen angekündigt sind, haben die Landkreise in den letzten Jahren ihre Umlagen immer nur erhöht. Die Kämmerer sehen zu wenig Bemühen der Landkreise, ihre Ausgabenpolitik kritisch zu durchleuchten. **IBdSt**

Sparkassen Straubing-Bogen und Dingolfing-Landau:

Fusion als Akt der Stärke

Die entscheidenden Beschlüsse fallen in dieser Woche, doch ist bereits jetzt klar, dass die Sparkassen Straubing-Bogen und Dingolfing-Landau fusionieren wollen. „Das ist eine ‚Zukunftsentscheidung für die Region‘ und eine ‚einmalige Chance für beide Partner‘, hieß es dazu in Stellungnahmen beider Häuser.

Für die Vorstandschefs Karl Bauer (Straubing-Bogen) und Walter Strohmaier (Dingolfing-Landau) sowie die Landräte Heinrich Trapp (Dingolfing-Landau) und Alfred Reisinger (Straubing-Bogen) stellt die geplante Fusion einen „Akt der Stärke“ dar. Eine Untersuchung habe gezeigt, dass beide Häuser gut dastünden. Der immer schärfere Wettbewerb zwingt auch die Geldinstitute dazu, sich zu schlagkräftigen Einheiten zusammenzuschließen, teilten Bauer und Strohmaier vor der Presse mit. Weil „zur Zeit halt alles passt“, seien die Fusionsgespräche in kurzer Zeit über die Bühne gegangen.

Novum in Niederbayern

Die geplante Fusion wäre der erste große Zusammenschluss zweier Sparkassen in Niederbayern mit einer Bilanzsumme von annähernd drei Milliarden Euro. Bislang weist die Sparkasse Landshut die größte Bilanzsumme auf.

Sitz der Geschäftsleitung soll Straubing sein, Vorstandsvorsitzender der Straubinger Karl

Bauer. Ihn soll im Laufe des Jahres 2009 Walter Strohmaier ablösen. Betriebsbedingte Kündigungen wird es nach Auskunft der beiden Vorstände ebenso wenig geben wie Schließungen von Geschäftsstellen. Das Filialnetz soll in gleichem Maße aufrechterhalten werden wie die Serviceleistungen für die Kunden. Auch die vier Hauptstellen Straubing, Bogen, Dingolfing und Landau sollen wie bisher in vollem Umfang bestehen bleiben.

Richtige Weichenstellung

Wirtschaftsminister Erwin Huber begrüßte unterdessen die Fusion der Sparkassen Straubing-Bogen und Dingolfing-Landau zur Sparkasse ‚Niederbayern-Mitte‘: „Das ist eine gute Entwicklung für die niederbayerische Wirtschaft. Das neue Bankinstitut ist hervorragend für den nationalen und europäischen Wettbewerb aufgestellt.“ Die Vernunft aus einer Position der Stärke heraus sei die richtige Weichenstellung für die Zukunft. Damit seien moderne Finanzdienstleistungen auch für den ländlichen Raum garantiert. **DK**

Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank:

Klares Stabilitätssignal

„Die heutige Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank um 25 Basispunkte auf 3,5 Prozent ist stabilitätspolitisch motiviert“, so Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).

Vor dem Hintergrund der kräftigen konjunkturellen Erholung und mit Blick auf die Entwicklung der Geldmenge und Preisniveaustabilität sei dieser Schritt zu erwarten gewesen. Zudem habe die Europäische Zentralbank die Finanzmärkte gut auf ihre fünfte Zinserhöhung in 2006 eingestellt.

Auch im Jahr 2007 müsse die Europäische Zentralbank weiterhin wachsam bleiben, fuhr Schackmann-Fallis fort. Für 2007 seien zudem preisdämp-

fende Effekte durch den steigenden Euro-US-Dollar-Kurs zu erwarten. Dies zumindest dann, wenn der Euro-US-Dollar-Kurs dauerhaft das gegenwärtig erreichte Niveau beibehalte oder noch weiter überschreite.

Stabilitätspolitische Entlastungswirkungen seien dann vom Euro-US-Dollar Kurs zu erwarten, der vor allem das Ergebnis der guten Konjunkturerwartungen in Europa und der eher verhaltenen Perspektiven in den Vereinigten Staaten sei. □

Verlässliche Berechnungen

Nach der grundsätzlich positiven Bewertung des Reformvorhabens wegen des Erhalts der Gewerbesteuer fordern die Kommunen nun vom Bund verlässliche Berechnungen über die tatsächlichen Auswirkungen der Reform. Diese müssen spätestens mit dem Gesetzentwurf vorliegen. Sollte sich die Skepsis der Städte bestätigen, dass trotz aller Bekundungen mit Gewerbesteuer ausfällen gerechnet werden muss, werden Bund und Länder aufgefordert, für eine Kompensation zu sorgen.

Nach Meinung der Kommunen muss dann die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend gesenkt werden. Als weitere Möglichkeit einer Kompensation müsse die Erweiterung des Kreises der Gewerbesteuerpflichtigen auf die Freiberufler ebenso geprüft werden wie die mögliche Einführung einer erhöhten Grundsteuer C für betrieblich genutzte Grundstücke. **IBdSt**

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE
Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken:	Herr Grauer	Tel. 0911 / 23 20 929
	Herr von Imhoff	Tel. 0911 / 23 20 920
Oberbayern und Schwaben:	Herr Danninger	Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz:	Herr Müllner	Tel. 0941 / 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung:	Herr Streng	Tel. 0921 / 78 42-0



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH



Freiraum für Kreativität

Neue Richard-Rother-Realschule in Kitzingen eingeweiht
Im Beisein von rund 150 Gästen und Ehrengästen, allen voran Kultusminister Siegfried Schneider, wurde der Neubau der Richard-Rother-Realschule in Kitzingen offiziell eingeweiht. Nach rund dreijähriger Planung und knapp zweijähriger Bauzeit entstand nach den Worten von Landrätin Tamara Bischof „ein architektonisch äußerst ansprechendes Gebäude, das städtebaulich hervorragend in die Umgebung integriert wurde“.

Wie die Landkreischefin weiter betonte, sei der Kostenrahmen von angesetzten 15,7 Millionen Euro deutlich unterschritten worden. Auch mit dem zeitlichen Rahmen zeigte sich Bischof zufrieden. Das Geld für den Neubau sei gut angelegt, weil die Realschulen durch die R6 einen großen Zulauf erfahren und die alte Realschule aus allen Nähten geplatzt sei. Ihr Dank galt unter anderem den Kollegen aus dem Kreistag, die die Entscheidung für den Neubau einstimmig mitgetragen hatten. Ohnehin lege der Landkreis Kitzingen im Bewusstsein, dass die Bildung der Kinder eine Investition in die Zukunft darstellt, großes Augenmerk darauf, seine Bildungseinrichtungen auf hohem Niveau zu halten und dafür auch den Einsatz enormer Finanzmittel auf sich zu nehmen.

So habe der Landkreis in den vergangenen 20 Jahren rund 20 Prozent seines Haushaltsvolumens in die Bildung investiert. „Und so wird es auch in den nächsten Jahren sein“, kündigte die Landrätin an. Derzeit werde die Kitzinger Berufsschule zu einem Kompetenzzentrum umgebaut; bereits im März 2006 sei einstimmig beschlossen worden, das Armin-Knab-Gymnasium demnächst einer Generalsanierung zu unterziehen. Als erfreulich bezeichnete es die Kreische-

fin, dass ein großer Teil der Aufträge an heimische Firmen vergeben werden konnte.

„Sehr angesprochen von der mutigen, innovativen Architektur“ fühlte sich Kultusminister Siegfried Schneider. Er zeigte sich überzeugt, „dass sich alle vom Mut und den vielen guten Ideen anstecken lassen, die es in diesem Gebäude zu entdecken gibt“.

Das neue Schulhaus signalisiert Schneider zufolge die Offenheit der Schulfamilie. Es zeige die Bereitschaft, Neues anzunehmen und anzugehen. Bereits Ende der sechziger Jahre sei die Richard-Rother-Realschule im Zuge der steigenden Nachfrage nach der bereits bestens bewährten Schulart im Landkreis Kitzingen gegründet worden. Nunmehr sei eine Generalsanierung des alten Gebäudes unumgänglich gewesen. In diesem Zusammenhang verlieh Schneider seiner Freude Ausdruck, „dass der Freistaat Bayern rund 5 Millionen Euro für den Neubau dieses Schulhauses zur Verfügung gestellt hat“. Der Landkreis Kitzingen habe sich mit rund 10 Millionen Euro beteiligt und auch das Grundstück bereitgestellt.

Das neue Schulgebäude biete den äußeren Rahmen für einen modernen und schüleraktivierenden Unterricht - einen Rahmen, den alle Beteiligten sofort mit Leben füllen werden. **DK**



Von links: Hans Götz und Hans Tomani, Vorstandsmitglieder der Sparkasse, Bürgermeister Karlheinz Stephan, Tamara Wotruba, Thomas Bauer, Thomas Schwarzbauer. Foto: mbs

14. Schrobenshausener Sparkassenforum:

Stichwort Globalisierung

Prof. Thomas Bauer als kompetenter Referent

Das Sparkassenforum 2006 hatte Heimspielcharakter. Nahezu 600 Besucher kamen in die Stadthalle, ließen sich informieren und diskutierten über Chancen und Risiken der Globalisierung.

Zum Einstieg hatte Thomas Schwarzbauer, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse, verschiedene Aspekte der Globalisierung aufgezeigt: Emotionale Empfindungen, wonach häufig Globalisierung mit Jobabbau gleichgesetzt wird. Mögliche Konsequenzen durch Konkurrenz mit Billiglohnländern und Produktpiraterie und nicht zuletzt die Standortbedingungen in Deutschland - reichen für einen immer härter werdenden internationalen Wettbewerb. „Deutschland ist nach wie vor Exportweltmeister, unserer Wohlstand basiert wesentlich auf diesen Erfolgen - aber wie wird es weitergehen?“ Mit dieser Frage führte der Banker in das Thema des Abends.

Prof. Thomas Bauer, Vorstandsvorsitzender der Bauer AG, refe-

rierte über „Unternehmerisches Handeln in einer globalisierten Wirtschaft“. „Die Welt ist unser Markt“ konstatiert die Unternehmensgruppe Bauer aus Schrobenshausener im Geschäftsbericht. Seit drei Jahrzehnten sind die Firmen im Bau und im Verkauf ihrer Baugeräte international tätig - darüber beschrieb der Referent nicht nur die Wege vom lokalen Standort bis hin zum Engagement auf allen Kontinenten; er nutzte auch die Gelegenheit, auf unternehmerische Verantwortung und einige Schwächen der deutschen Strukturen einzugehen.

Erfolgsmodell Bauer

Bauer skizzierte zunächst die Entwicklung der Bauer Gruppe. Den Anstoß zum global tätigen Konzern gab der schlechte Inlandsmarkt Ende der siebziger Jahre, als nur Auslandsaufträge die Chance boten, die Kapazitäten auszulasten. Der Aufbau von Strukturen war dann schwierig, es gab Rückschläge, das Risiko war enorm. Im Rückblick zeigt sich eine Erfolgsgeschichte, die man leicht fehlinterpretiert; nur mit härtestem Einsatz wurden die Risiken minimiert. Aus den erst zentral geführten Niederlassungen wurden selbstständig tätige Einheiten und eine mittlerweile höchst effiziente Netzwerkstruktur. Sie ermöglicht es im Raum Europa, im Nahen Osten oder in Fernost auf Marktschwankungen schnell zu reagieren.

Effiziente Netzwerkstruktur

Das Netzwerk half auch, die Fernostkrise zu überstehen, bei der 1998 allein 25 Prozent des Konzern-Umsatzes fast völlig wegbrachen und man mit Verlagerung der Kapazitäten reagieren konnte. Enttäuschend war damals das Verhalten großer Banken, die ohne Analyse der Zusammenhänge nur die Zahlen betrachteten und Kredite kündigten. Nur wenige - „die Sparkassen-Organisation stand weitgehend zu uns“ - trugen die Krise mit, aus der man schon im darauffolgenden Jahr mit besten Zahlen wieder herausfand.

Potenzial nutzen

Aus dieser Darstellung beantwortete Thomas Bauer auch die oft gestellte Frage: Lässt sich das Erfolgsmodell Bauer kopieren? Und wie kann heute ein mittelständisches Unternehmen ein Auslandsengagement starten? Seine Antwort: Der Start war vor zwanzig, dreißig Jahren leichter als heute; man müsste trotz der Chancen im Ausland vorsichtig sein und soll das Potential, das sich in Deutschland mittlerweile wieder bietet, positiv betrachten und als allererstes nutzen.

Thomas Bauer mahnte, sich nicht eine eingeschränkte europäische Perspektive zu eigen

Jahresbilanzpressekonferenz der LBS:

Für Erhalt der Wohnungsbauprämie

Erwartetes Neugeschäft sieben Milliarden Euro

München. Die Abschaffung der Eigenheimzulage zu Beginn 2006 hat den Haushalten einen wichtigen Baustein weggenommen. Um so mehr setzt sich die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) für einen Erhalt der Wohnungsbauprämie ein. Auf der Jahresabschlusspressekonferenz in München erklärte der Sprecher der Geschäftsleitung, Franz Wirnhier, die von der Bundesregierung zugesagte Integration des Wohneigentums in die staatliche Altersvorsorge-Förderung sei zu einer „Hängepartie“ geworden.

Zwar habe, so Wirnhier, die SPD akzeptiert, dass Wohneigentum als Altersvorsorge nicht genauso behandelt werden könne wie eine private Geldrente und deshalb nicht nachgelagert besteuert werden sollte.

Erfolgsmodell

Darauf hätten die Bausparkassen stets hingewiesen. Er kritisierte aber, dass die SPD eine Neuregelung mit der Abschaffung der Wohnungsbauprämie verbinden will. „Die Wohnungsbauprämie hilft den Menschen, und zwar besonders jungen Leuten, frühzeitig systematisch Eigenkapital für die eigenen vier Wände aufzubauen. Dieses Erfolgsmodell soll den Bürgern erhalten bleiben“, betonte Wirnhier.

Gutes Neugeschäft

Der Wunsch nach eigenen vier Wänden brachte der LBS 2006 ein gutes Neugeschäft. Mit einem Schlusspurt bis Ende Dezember kann die LBS mit hochgerechnet 240.000 Verträgen bei einer Sparsumme von rund sieben Milliarden Euro rechnen. Damit wird annähernd das Niveau des Vorjahres erreicht.

Die Darlehensstatistik zeigt ein differenziertes Bild. 2006 wurden mit 448 Millionen Euro 3,1 Prozent weniger Darlehen aus zugeteilten Bausparverträgen abgerufen. Dagegen befindet sich das außerkollektive Kreditgeschäft im Aufwind. Die Auszahlungen von Vor- und Zwischenfinanzierungen liegen mit voraussichtlich 48 Millionen Euro um 17,5 Prozent im Plus. Vor allem wurde das Volumen der Sofortkredite in den vergangenen Jahren generell ausgebaut. Der Marktanteil der LBS in Bayern stieg 2005 bei

der Zahl der Abschlüsse von 36,3 auf 40,8 Prozent, bei der Bausparsumme von 31,9 auf 37,1 Prozent. Nach den ersten neun Monaten dieses Jahres liegt der Marktanteil in der Stückzahl bei 40,8 Prozent, in der Summe bei 38,4 Prozent. Der Wohnungsmarkt kann nach Ansicht der LBS Impulse gut gebrauchen.

Fehlende Dynamik

Dem Neubau fehle es weiterhin an Dynamik, obwohl die Baugenehmigungen in diesem Jahr wieder zugelegt haben. Bis einschließlich Mai lag der Anstieg der Baugenehmigungen bei über 40 Prozent, im Oktober war man bei 17 Prozent angelangt. Der Zuwachs an Wohnungen in Bayern reicht nach Ansicht der LBS bei weitem nicht aus, um den Bedarf zu decken. Nach einer Untersuchung würden bis 2015 im Freistaat jährlich mindestens 55.000 neue Wohnungen benötigt, im vergangenen Jahr seien es aber 42.000 gewesen. Eine ähnliche Zahl erwartet Wirnhier auch 2006.

Energetische Gebäudesanierung

Als zentrales Thema der Vertriebsarbeit bezeichnete Wirnhier die energetische Gebäudesanierung. Hier sehe man einen bedeutenden Finanzierungsmarkt. So seien in Bayern 2005 knapp 14 Milliarden Euro für Modernisierungsmaßnahmen ausgegeben worden. Etwa 40 Prozent davon entfielen auf energetische Sanierungsmaßnahmen. Immer wichtiger werde die Erhöhung der Energieeffizienz von Wohngebäuden, wobei der größte Handlungsdruck von den Energiepreisen ausgehe. **E. Scholl**

zu machen und nur „Jobverlagerung in Billigländer“ zu sehen. Die stärksten Antriebskräfte der Globalisierung kämen aus den Entwicklungsländern, wo man längst über Satellitenfernsehen den Wohlstand der hoch entwickelten Länder kennt und daraus nur ein Ziel ableitet: Das wollen wir auch! Dafür arbeiten die Menschen hart und derzeit noch zu niedrigsten Löhnen. Doch allein die Entwicklung in den Billiglohnländern Osteuropas zeigt, wie sich die Verhältnisse ändern und Löhne nach oben gehen: Die Angleichung wird kommen.

Problem Stellenabbau

Globalisierung bringt auch Chancen zurück. In Deutschland sei vieles immer noch besser und mittlerweile auch wieder kostengünstig zu produzieren, und auch in einem Weltmarkt habe Bauer es geschafft, am heimischen Standort in den letzten zwei Jahren wieder Mitarbeiter aufzubauen. Der Referent übte dabei auch Kritik am Verhalten großer Unternehmen, die nach kurzfristiger Rentabilität schießen und trotz großen Gewinnen Stellenabbau ankündigen. Der Abbau von Mitarbeitern sei keine unternehmerische Leistung, nur im Krisenfall müsse es gestattet sein, einen Teil der Leute

zu entlassen, um den Betrieb im Kern zu retten.

Anlass für Beifall gab es genau. Ob der im Sommer erfolgte Börsengang auf die Führungsspitze des Unternehmens Druck erzeugt habe, wurde gefragt. Nach seinem Verständnis, so Thomas Bauer, müsse das Management auch weiterhin Handlungsfreiheit haben. Am Ende stand die Frage, wie sich der Kurs der Bauer-Aktie entwickeln würde. Da schwieg der Insider.

Perspektiven für Finanzanlagen

Schirmherrin der Veranstaltung war Tamara Wotruba, Vertriebsdirektorin der Deka, der Investmentgesellschaft der deutschen Sparkassen. In Ihrem Grußwort umriss sie kurz die Perspektiven für Finanzanlagen aus der Globalisierung. Mit den Fonds der Deka könne jeder einzelne - mit guten Partnern wie der Schrobenshausener Sparkasse - an den Entwicklungschancen teilhaben. Diese Chancen belege der klassische Aktien-Deka-Fonds, der in den letzten 50 Jahren nachweislich durch harte Krisen der Weltlage gegangen war und seine Rentabilität vorweisen kann - aus regelmäßig 50 Euro Ansparung pro Monat wäre ein Kapital von 400.000 Euro angewachsen. **□**

Hanns Seidel Stiftung

Weiterbildung – ein Thema für alle!

Wir schulen in Rhetorik, Ethik, politischen Grundlagen, Vereinspraxis, Landes- und Zeitgeschichte, Kommunalpolitik und in fast allen Politikbereichen

72 Seiten,
ca. 1.000 Seminare,
jährlich fast 60.000 Teilnehmer

„Wir wollen Kompetenzen vermitteln, die zum verantwortungsvollen Engagement in Ehrenamt, Politik und Beruf motivieren und befähigen.“

Dr. h.c. mult.
Hans Zehetmair
Staatsminister a.D.
Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung



Jahresprogramm
neu erschienen

Jahresprogramm
bestellen
Fax 089/12 58 - 338
organisation-bw@hss.de

Jahresprogramm
online ansehen
www.hss.de/1319.shtml

Seminardatenbank nutzen
und online Interesse
bekunden
www.hss.de/seminare.shtml

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Bildungswerk
Lazarettstraße 33
80636 München

POLITISCHE BILDUNG JAHRESPROGRAMM 2007



Hanns Seidel Stiftung
Bildungswerk

www.hss.de



25 Bürgermeister aus den Landkreisen Oberallgäu und Lindau informierten sich bei einem Vortrag des Holzforums Allgäu über die Richtlinien der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB). Foto: Jensen media

Zum Schutz des Klimas und zur Entlastung der Haushalte:

Energiesparendes Bauen gewinnt an Bedeutung

„Klimaschutz und steigende Energiekosten sind äußerst aktuelle und brisante Themen. Daher wird auch im Bereich des Bauens das Thema Energieeffizienz immer wichtiger. Energiesparen entlastet die privaten, besonders aber auch unsere angespannten öffentlichen Haushalte. Insgesamt fordert der Klimaschutz einen sparsameren Umgang mit fossilen Energieträgern“, betonte Innenstaatssekretär Georg Schmid anlässlich der LBS-Fachtagung „Energiesparen - so gewinnen alle“ in München.

Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern sieht es als eine ihrer Daueraufgaben an, Möglichkeiten des sparsamen Umgangs mit Energie in allen Bereichen des Bauens aufzuzeigen und umzusetzen. „Unsere staatlichen Gebäude sind ein gutes Vorbild und können Anstoß für entsprechende Maßnahmen bei Kommunen und privaten Eigentümern geben“, so Schmid. Die Bauverwaltung konnte bereits seit Beginn der 90er Jahre den Energieverbrauch ihres gesamten Gebäudebestands um deutlich mehr als 15 Prozent reduzieren. Auch in den letzten Jahren konnte sie trotz weiterer Zunahme des Gebäudebestands den Energieverbrauch stabilisieren. Zusätzlich stellte sie auch auf andere Energieträger um, was zu einer weiteren Reduzierung der CO₂-Emissionen führte. Zudem sichert die Bauverwaltung durch ein flächendeckendes Energiemanagement den effizienten Umgang mit Energie und Energiekosten. Dazu erfasst sie die Verbrauchsdaten, wertet diese aus und optimiert sie.

Energiesparverordnung

„Bei den Neubauten befindet sich die energetische Qualität spätestens seit der Einführung der Energiesparverordnung 2002 auf einem hohen Niveau. Diese Verordnung des Bundes gibt für Neubauten den Niedrigenergiestandard verpflichtend vor. Die viel zitierte neue Energiesparverordnung und die Einführung von Energieausweisen für bestehende Gebäude hingegen wird keine Verschärfung des Standards bringen. Sie soll insbesondere für Mieter und Hauskäufer den Verbrauch der Gebäude transparenter machen“, erläuterte Schmid.

Der Energieausweis aus für bestehende Gebäude soll im Jahr 2007 verbindlich eingeführt werden. Dabei kann der Eigentümer voraussichtlich zwischen Energiebedarfsausweis und Energieverbrauchsausweis wählen. Während beim Bedarfsausweis ein rechnerischer Energiebedarf nach den energetisch relevanten Gebäudedaten ermittelt wird, geht der Verbrauchsausweis vom tatsächlich gemessenen Energieverbrauch aus.

Die Datenerhebung für den Bedarfsausweis ist umfangreich und kostenintensiv, der Verbrauchsausweis ist in der Regel deutlich kostengünstiger. „In der Diskussion steht, ob der Bund

die uneingeschränkte Wahlfreiheit einräumen wird. Ich halte den Energiebedarfsausweis für die professionellere und sozusagen technisch richtigere Variante. Er wird deswegen von vielen

www.der-flexible-raum.de

Container Raummodule Hallensysteme

Eigentümern bevorzugt werden. Allerdings gibt es auch Fallgestaltungen und Bedürfnisse, für die ein Energieverbrauchsausweis die bessere Alternative sein wird. Daher müssen die Eigentümer über die Vor- und Nachteile beider Varianten aufgeklärt und sachgerecht beraten werden“, so Schmid.

Hinsichtlich der energetischen Gebäudesanierung führt die Oberste Baubehörde derzeit ein Modellvorhaben durch. Ein Verwaltungsgebäude aus den 70er Jahren, das so genannte Ämtergebäude in Bayreuth, wird saniert und dabei energetisch optimiert. Die Oberste Baubehörde untersucht unter wissenschaftlicher Begleitung verschiedene Möglichkeiten, um das Gebäude mit einem Niedrigst-Energiestandard auszustatten. Die Ergebnisse des Modellvorhabens werden dann veröffentlicht.

Neue Techniken

Die Bauverwaltung setzt, soweit technisch und aufgrund der Nutzung möglich, auf regenerative Energien und moderne effiziente Energietechniken wie z.B. die Kraft-Wärme-Kopplung. „Manche dieser neuen Techniken sind zwar noch nicht konkurrenzfähig, angesichts steigender Energiepreise schrumpft dieser Nachteil aber immer mehr“, betonte Schmid. Die Oberste Baubehörde untersucht auch alternative Finanzierungsmodelle für die energetische Anpassung staatlicher Gebäude. Derzeit läuft eine Initiative zum Energie-Einspar-Contracting für rund 100 staatliche Gebäude. Dabei führen private Contracting-Unternehmen Maßnahmen zur Betriebsoptimierung bzw. Modernisierung durch. Über eine vereinbarte Laufzeit wird ein Einsparerfolg garantiert. Die Vergütung des Unternehmens erfolgt aus den eingesparten Energiekosten. □

Vergabe öffentlicher Aufträge:

Durchaus Chancen für den Mittelstand

Weitnau (jm). Nicht immer ist der billigste Anbieter langfristig auch der günstigste. Diesen Hinweis nahmen 25 Bürgermeister aus den Landkreisen Oberallgäu und Lindau bei einem Treffen mit nach Hause. Das Holzforum Allgäu hatte die Rathauschefs zum Vortrag nach Weitnau eingeladen. Thema waren die Richtlinien der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) sowie deren Spielraum für eine mittelstandsorientierte Vergabe.

Oft erteilen die öffentlichen Auftraggeber dem billigsten und nicht dem langfristig gesehen wirtschaftlichsten Angebot den Zuschlag - häufig zum Nachteil der regionalen Wirtschaft. Zu diesem Urteil sind der Rechnungshof und das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie gekommen. Insbesondere wollen sich die Kommunen nicht vorwerfen lassen, großzügig mit öffentlichen Mitteln umzugehen. Eine Zuschlagsentscheidung anhand anderer Kriterien als des niedrigsten Preises, so das Ministerium, ist nicht nur schwer vermittelbar, sondern für den Auftraggeber in der Praxis schwer bewertbar.

Preisbildung

Alexander Kirst von den Verbänden des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes empfahl in seinem Vortrag, bei der Vergabe von öffentlichen Projekten ein differenziertes Ausschreibungs- und Wertungsschema anzuwenden. „Art und Umfang von Ausschreibung und Wertung sollten sich an der Komplexität des Bauvorhabens und seinen Lösungsmöglichkeiten orientieren. Dabei sollte sich die Preisbildung nicht nur an den Entstehungskosten orientieren, sondern auch die gesamte Nutzungsdauer in Betracht ziehen“, betonte der Verbandsprecher. „Es hilft doch nichts, einen billigen Bau zu errichten, der eine Kommune im Zuge der laufenden Unterhaltungskosten an den Rande des finanziellen Kollapses treibt.“

Wertschöpfungskette

In die gleiche Kerbe schlug auch Wolfram Kroner, Vorsitzender des Holzforums Allgäu. Seit Jahren macht sich der Zusammenschluss aus Waldbesitzern, Sägewerksbetreibern, Zimmereien, Bauingenieuren, Architekten und Schreineren für die regionale Wertschöpfungskette der Holzwirtschaft stark. „Wir liefern Qualitätsarbeit, schaffen Arbeitsplätze und stärken die regionale Wirtschaft“, gab Kroner den Bürgermeistern mit auf den Weg. Angesichts dessen sei es wichtig, dass sowohl der Baustoff Holz als auch der mittelständische Betrieb im Allgäu eine Chance erhält, sich dem Wettbewerb zu stellen. „Es tut unseren Mitgliedern weh, wenn die Lesart der Vorgespräche, Ausschreibung und Wertung unverkennbar auf eine einsilbige Lösung deutet und später dann die Zeche aus den Steuermitteln beglichen wird“, fügte Kroner hinzu.

Keine „Vetternwirtschaft“

Die Stärkung der heimischen Wirtschaft im Zuge einer mittelstandsorientierten Vergabe habe nichts mit „Vetternwirtschaft“ zu tun, stellte Alexander Habla, stellvertretender Geschäftsführer der Verbände des Bayerischen Zimmerer- und Holzgewerbes klar. „Regional darf nicht mit kommunal gleichgesetzt werden“, so

der Verbandsprecher. „Wenn von der Region die Rede ist, dann ist damit ein Gebiet von etwa zwei bis drei Landkreisen gemeint.“

Standfestigkeit erwünscht

Dem Argument eines Bürgermeisters, man wolle sich eben auf keinen Fall mit der VOB-Stelle anlegen und entscheide sich deshalb in der Regel für den billigsten Anbieter, wollte Habla nicht gelten lassen. „Die VOB-Stelle weiß sehr wohl Argumente wie Qualität, Folge- und Wartungskosten richtig zu bewerten - wenn sie denn angeführt werden“, lautet Hablas Erfahrung. „Man braucht halt auch Standfestigkeit.“ Peter Freytag, Rathauschef in Weitnau, konnte dies nur bestätigen. Als sich die Gemeinde vor einiger Zeit bei einer Ausschreibung nicht für den billigsten, sondern den wirtschaftlich günstigsten Anbieter entschied und der Verlierer daraufhin auf die Barrikaden ging, reagierte Freytag ganz gelassen. „Die VOB-Stelle“, so der Bürgermeister, „folgte unserer Argumentation. Es gab keine Probleme.“ □

68. Bauschädenforum in Rottach-Egern

Rund 200 Experten - Architekten, Sachverständige, Bauingenieure aller Tätigkeitsfelder, Handwerker, Vertreter der Wohnungswirtschaft, Baufachjuristen und Richter - waren in Rottach-Egern zusammengekommen, um anhand von Bauschäden das Erkennen und Verstehen ihrer Ursachen zu trainieren. Wie der Leiter des Forums, Dipl.-Phys. Rainer Bolle betonte, zählt die Beseitigung von Bauschäden letztlich der Steuerzahler.

Das „heiße“ Thema „WU-Beton“ im Grundwasser wurde ebenso anhand eines Schadens behandelt wie der Brandschaden an einer Infrarotsauna. Ein vielschichtiger Thema waren „Versicherungsschäden“ durch (Leitungs-)Wasser an Gebäuden, mit ihren Ursachen, ihrer Sanierung und ihren rechtlichen Hintergründen. Neben den bau- und versicherungstechnischen Aspekten wurden ausführlich auch die Risiken und typischen Fehler bestimmter Rohrverbindungen (z.B. Pressfittinge) behandelt.

Wegen der Bedeutung der Energieeinsparung wurde an diversen Fällen das Risiko der schadenträchtigen Vollsparrendämmungen, nicht perfekt dauerhaft herstellbarer Luftdichtigkeit und schadenträchtiger Veränderungen bauphysikalischer Parameter bei der energetischen Sanierung dargestellt. Baupfusch in den sensiblen Bereichen der Dämmung und inneren Luftdichtigkeit führt ebenso zu Schäden wie die fehlende Dauerhaftigkeit (60 bis 80 Jahre) einer „nach Stand der Technik“ sorgfältigen Ausführung.

Die Teilnehmer erkannten, dass die Physik strömender Gase, mechanischer Kräfte und die Eigenschaften des Wasserdampfes sich nicht durch Wunschenken beeinflussen lassen. Teure Schäden einschließlich Schimmelpilz sind die bedenklichen Folgen aktueller Bauweisen.

Der Mikrobiologe Dr. Urban Palmgren, Labor Urbanus GmbH, referierte über die Problematik von Schimmelpilzbefall in Gebäuden. Insbesondere Holz, Tapeten und andere zellulosehaltige Produkte wie z.B. Gipskarton werden bevorzugt von Schimmelpilzen besiedelt. Wird ein Befall festgestellt, ist es wichtig, zwischen einem getrockneten Altschaden und einem noch aktivem Schimmelpilz zu unterscheiden. Der aktive Befall bildet eine Nährstoffgrundlage für andere Lebewesen, wie z.B. Milben, und der getrocknete Altschaden verliert trotz geminderter Sporenkontamination seine pathogenen Eigenschaften nicht. Durch die steigende Zahl von Allergikern nimmt die Bedeutung von „gesundem Wohn- und Arbeitsraum“ stark zu und wird in Zukunft ein entscheidender Faktor in der Immobilienwirtschaft werden. Daher werden Gutachter mit einem fundierten, mikrobiologischen Wissen benötigt, um eine Immobilie hinsichtlich Gesundheitsrisiken zu untersuchen und ggf. zu sanieren. □

Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“

RA Gerhard Hess,
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaates brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“

Prof. Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Mobilität braucht Infrastruktur



Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

www.bauindustrie-bayern.de

Pilotprojekt Adelsdorf:

Von der Einführung des NKF zur kompletten Verwaltungsreform

Kein anderes Schlagwort im öffentlichen Bereich sorgt gegenwärtig für so viel Gesprächsstoff wie das Neue Kommunale Finanzwesen (NKF). Mit ihrem Beschluss vom 23.11.2003 hat die Innenministerkonferenz (IMK) einen Regelungskorridor festgelegt, der für alle 16 Bundesländer als verbindlich erachtet werden kann. Infolge des Beschlusses der IMK stehen Kommunen zukünftig vor der Entscheidung, ob für die gemeindespezifischen Belange eher das Modell der erweiterten Kameralistik oder das Modell eines rein doppischen Rechnungswesens optimal ist. Mit der Umstellung auf das NKF müssen die Verwaltungen komplexe, aber nicht unlösbare Aufgaben aufgreifen, die weit über die Einführung eines neuen Buchhaltungsstils hinausgehen.

Die Gemeinde Adelsdorf im Landkreis Erlangen-Höchstadt, mit ca. 7.500 Einwohnern, hat sich bereits 2004 für den Umstieg auf das Neue Kommunale Finanzwesen entschieden und

unternimmt damit einen weiteren großen Schritt weg von der klassischen Hoheitsverwaltung hin zum modernen Dienstleister für ihre Bürger.

Mit Investitionen von mehr als 40 Millionen Euro wurde in den vergangenen Jahren die Infrastruktur der Gemeinde auf modernsten Stand gebracht und die Voraussetzung für eine nachhaltige Weiterentwicklung geschaffen.

Qualifiziertes Personal

Nach einem mehrmonatigen Auswahlverfahren hat sich die Gemeinde Adelsdorf im September 2004 entschieden, den Weg hin zum NKF mit der Unterstützung der adKOMM GmbH aus Stammham bei Ingolstadt zu gehen. Ausschlaggebend für die Entscheidung zur adKOMM GmbH war, so Wolfgang Möblein, Geschäftsleiter der Gemeinde: „Die adKOMM GmbH kann qualifiziertes Personal vorweisen, sie hat sowohl ehemalige Kämmerer in ihren Reihen, als auch qualifiziertes EDV-Personal. Gemeinsam mit der KOB EDV-Systeme GmbH ist sie Software-Entwickler, IT-Manager und Kommunalberater in einem. Dies war in unseren Augen ein klarer Vorteil gegenüber anderen Anbietern.“

Projekttablauf

Im Auftakt-Meeting am 25. Oktober 2004 wurde der Projekttablauf festgelegt, der sich in drei Abschnitte über einen Umstellungszeitraum von insgesamt vier Jahren gliedert. Die erste Phase umfasste alle vorbereitenden Arbeiten, in der zweiten Phase wird in einem gleitenden Übergang über einen gewissen Zeitraum kameralistisch und im „Hintergrund“ doppisch

gebucht. Im dritten und letzten Schritt wird dann die Kameralistik vollständig „abgeschaltet“ und nur noch doppisch gebucht. Der Übergang in diese Phase Drei wird für das Jahr 2008 angestrebt. Innerhalb dieser vier Jahre werden die verschiedenen Bausteine, wie z.B. das Auftrags- und Anordnungsverfahren, die dezentrale Mittelbewirtschaftung, die Budgetierung, die Anlagenbuchhaltung, der Produkthaushalt, die Ergebnis-, Bilanz- und Finanzrechnung, die Kosten- und Leistungsrechnung u.v.m. aufgebaut und umgesetzt.

Exakte Analyse

Zu Beginn des Projektes wurde die vorherrschende personelle, materielle und monetäre Situation in Adelsdorf genau recherchiert und analysiert. Das Hauptaugenmerk lag auf den einzelnen kommunalen Einrichtungen. Es ging um die Fragen, welche Bewirtschaftungsformen liegen in der Gemeinde vor, wie ist die Aufgabenverteilung heute gestaltet und wie soll die Organisation in Zukunft aussehen. Dies sind die entscheidenden Schritte zur Umsetzung eines strategischen und operativen Controllings.

Serviceverträge

Ende November 2004 wurden bereits die ersten Budgets gebildet, welche im Laufe der Projektarbeit immer weiter inhaltlich und qualitativ ergänzt wurden. Im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2005 wurden drei Budgets - Budgetbereich Grund- und Hauptschule, Budgetbereich Technischer Bereich und Budgetbereich Liegenschaftsmanagement - mit ihren jeweiligen Unterbudgets und den entsprechenden Budgetverantwortlichen festgesetzt. Es wurden untereinander sogenannte Serviceverträge (Kontrakte) abgeschlossen, in denen die zu erbringenden Leistungen genau definiert wurden. Im Laufe der



Anton Haunsberger (Geschäftsführer adKOMM GmbH), Bürgermeister Armin Goß, Wolfgang Möblein (Geschäftsleiter) und Mitarbeiter der Gemeinde Adelsdorf (v.r.n.l.) während des Kick-Off-Meetings im Oktober 2004.



komuna-Mitarbeiter Marco Vogl, zuständig für das Rathaus Service-Portal, umrahmt von zwei Damen mit Biometrischen Bildern. Das entsprechende Gerät ist im Rathaus Wolfratshausener bereits im Einsatz.

komuna GmbH in Altdorf:

Ideale Lösungen für öffentliche Einrichtungen

...im Rahmen der MUSTERVERWALTUNG auf der Systems 2006 in München

Im Rahmen der MUSTERVERWALTUNG auf der Systems 2006, präsentiert vom Freistaat Bayern und der Bayern Online International GbR, zeigte die komuna GmbH ideale Lösungen für öffentliche Einrichtungen.

Die MUSTERVERWALTUNG ist eine Sonderausstellung im Rahmen der MUSTERFIRMA, ein Projekt von BayME, vbw und der Bayerischen Staatskanzlei auf der SYSTEMS 2006 in München. Im Rahmen der Musterverwaltung stellten auch die Bayerische Staatskanzlei und verschiedene Behörden des Freistaates aus. Zusammen mit innovativen Verwaltungen aus dem Freistaat vertrat die komuna GmbH die kommunalen Einrichtungen. Gezeigt wurden Lösungen sowohl für den Bürger als auch für die internen Verwaltungsstrukturen.

Fotokabine an sich wäre soweit nichts Neues, die Besonderheit versteckt sich aber in der Software, mit der die Fotokabine ausgestattet ist. Es findet bereits während der Aufnahme eine Prüfung auf Biometrietauglichkeit statt, so wie sie vom Gesetzgeber gefordert wird. Klare Anweisungen führen den Bürger Schritt für Schritt zu seinem Foto. Die Kommune profitiert auch hier von einer medienbruchfreien Übernahme der Fotos in die digitale Pass-Antragsverwaltung. Das zeitaufwendige Prüfen sowie das Einscannen entfallen.

Musterverwaltung

Dokumentenmanagement und Sitzungsdienst mit dem Programm ramiris SD waren die Themen, die der Markt Altdorf auf dem Stand der MUSTERVERWALTUNG den Besuchern nahe brachte. Hauptamtsleiterin Birgid Schenk wies hierbei auf die vielen Vorteile der elektronischen Aktenablage hin. Flexible Suchabfragen, plausible Strukturen sowie das verwaltungsinterne Teamwork sind nur einige der Vorteile, die sich hier besonders herauskristallisierten. Im Bereich Sitzungsdienst wurde vor allem die Vorbereitung auf Sitzungen, das Erstellen von Beschlussvorlagen, sowie die flexible Terminplanung in den Vordergrund gestellt. Der Markt Altdorf ist hier wahrlich eine Musterverwaltung, was das Thema Organisationsmanagement im Rathaus anbelangt.

Die Firma komuna war an allen Messtagen stets als kompetenter Ansprechpartner in Sachen Kommunalverwaltung auf dem Stand der MUSTERVERWALTUNG vertreten und bewies im Rahmen von Fachvorträgen ebenfalls ihre Kompetenz auf diesem Gebiet. □

Mehrwert für den Bürger - Mehrwert für die Kommune

Die Verwaltungsgemeinschaft Offingen sowie die Gemeinde Poing präsentierten an den ersten Tagen die bürgerfreundliche Lösung Rathaus Service-Portal. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die einfache Bedienung gelegt. Diese beginnt bereits auf der Homepage der Kommune. Gut und übersichtlich strukturiert findet der Bürger zu den jeweiligen Anträgen. Die Bedienung der Anwendungen wird durch den elektronischen Dialog unterstützt. Doch nicht nur für den Bürger wird die Form der Antragstellung dadurch vereinfacht. Auch die Verwaltung kann durch die medienbruchfreie Verarbeitung einen erheblichen Nutzen aus diesem Verfahren ziehen. Mehrwert für den Bürger - Mehrwert für die Kommune.

Mit einer Fotokabine präsentierte die Gemeinde Wolfratshausen als eine der ersten in Deutschland einen Bürgerservice der den Bürgern eine schnelle und reibungslose Beantragung eines Personalausweises oder Reisepasses ermöglicht. Eine

Geklärte Verhältnisse bei den Wasserbetrieben Ammersee

DATEV-Software für Rechnungswesen und Abgabenerhebung im Einsatz

Nürnberg. Für das Rechnungswesen sowie für die Erhebung seiner Gebühren setzt das Kommunalunternehmen AWA-Ammersee Wasser- und Abwasserbetriebe gKU mit Sitz in Herrsching auf Software der Nürnberger DATEV eG. Der aus einem Abwasserweckverband hervorgegangene gemeinsame Wasserbetrieb von sieben eigenständigen bayerischen Kommunen mit insgesamt 35.000 Einwohnern hat damit seine Abläufe im Rechnungswesen modernisiert.

„In kürzester Zeit bewerkstelligten unsere Mitarbeiterinnen in der Verwaltung mit großem Engagement nicht nur einen Software-Umstieg, sondern auch den Schritt von der Kameralistik auf die Doppik“, erklärt AWA-Ammersee-Vorstand Hermann Dobliger. „Einen maßgeblichen Beitrag zum Gelingen des Projekts leistete auch die Steuerberatungskanzlei Popp aus Furth im Wald mit ihrer tatkräftigen Unterstützung.“ Durch das neue System profitiert das Kommunalunternehmen von einem effizienteren Mahnwesen und einer besseren Liquiditätssteuerung durch mehr Transparenz und Planungssicherheit.

Durchgängiger Datenfluss

Direkt an die Anwendungen des betrieblichen Rechnungswesens angebunden ist das Programm Kommunale Abgaben der DATEV mit dem Modul für Abwasser. Es verbindet die Veranlagung der Bürger mit dem Rechnungswesen-System zu einem durchgängigen Prozess.

Zu den Leistungen der Software zählen:

- die zentrale Pflege der Bürgerdaten inklusive Zahlweise und Synchronisation mit dem Kassensystem;
- die Erfassung und Verwaltung der wasserrelevanten Stamm- und Bewegungsdaten sowie der Durchführung des Änderungsdienstes;
- die Berechnung der Abgabenschuld der Bürger;
- die Übergabe und der Abgleich der Erst- und Änderungsstellung in das Kassensystem.

Umfassender Service

Zusätzlich stehen dem Betrieb durch den Einsatz der Software auch die Leistungen des DATEV-Rechen-, Druck- und Versandzentrums in Nürnberg zur Verfügung. Dort können zum einen die Daten der Finanzbuchführung revisionssicher im Rechenzentrum archiviert werden. Zum anderen bietet DATEV auch an, die Abwasserbescheide rationell zentral zu drucken und auf Wunsch direkt den Bürgern zuzustellen. □

Zeit wurden die drei Budgetbereiche noch um zwei weitere ergänzt: die Budgetbereiche Rathaus und Feuerwehr. Durch regelmäßige Berichte an die Kämmerei behalten die Verwaltungsführung und der Gemeinderat weiter ihre Steuerungsfunktion. Derzeit wird an der flächendeckenden Budgetierung des gesamten Gemeindehaushalts gearbeitet. 2007 wird neben dem Gesamtbudget zusätzlich die innerbetriebliche Leistungsverrechnung eingeführt.

Sanfter Übergang

Um den sanften Übergang aus der kameralen in die NKF-Welt gewährleisten zu können, wurde im kameralen Haushalt eine Vielzahl von Haushaltsstellen und Sachkonten überarbeitet. Etliche wurden neu definiert bzw. zur detaillierten Betrachtung der einzelnen Positionen aufgesplittet. Dies ist insbesondere für die eindeutige Zuordnung zu den künftigen Produkten und FIBU-Konten erforderlich. Nur so lassen sich auch Erfahrungswerte aus dem bisherigen Buchungswesen gewinnen.

Die Basis für den individuellen Kontenrahmen der Gemeinde Adelsdorf bildete der Musterkontenrahmen des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Ebene der Konten und Unterkonten wurde individuell für die Gemeinde entwickelt. Dieser Kontenrahmen ist Grundlage für das Neue Kommunale Rechnungswesen in Adelsdorf.

Bereits vor Einführung des adKOMM NKF wurde in der Gemeinde Adelsdorf damit begonnen, alle mobilen Vermögensgegenstände per Inventur aufzunehmen. In einem ersten Projektschritt wurde zur Optimierung der nächsten vollständigen Inventur eine Inventurrichtlinie erstellt, um eine einheitliche und flächendeckende Erfassung zu sichern. Anlage- und Umlaufvermögen wurde erfasst und bewertet, wobei die Gemeinde schnell feststellte, dass die Bewertung des Umlaufvermögens ca. 80 Prozent der Zeit in Anspruch nimmt, der Wert aber nur ca. 20 Prozent des Gesamtvermögens ausmacht.

Vermögensbewertung

Zur Bewertung des Anlagevermögens im technischen Bereich bedarf es teilweise der Unterstützung eines Ingenieurbüros. Es sollen alle Vermögensgegenstände mit ihrem aktuellen Wert, die bereits abgeschrieben mit einem Erinnerungswert von einem Euro, in die adKOMM Anlagenbuchhaltung eingehen. Für die anstehende Vermögensbewertung kommt insbesondere das Liegenschaftsprogramm der adKOMM zum Einsatz, welches über die ALB-Integration eine schnelle Datenerhebung der gemeindeeigenen Grundstücke ermöglicht.

Für die Aufstellung des Haus-

halts 2005 konnte Wolfgang Möblein bereits die Vorteile des adKOMM Berichtswesens für den Vorbericht des Haushaltsplans 2005 nutzen. Mit Hilfe des adKOMM Finanzinformationssystems (auf der Basis eines DataWarehouse) ist es möglich, der Verwaltungsleitung, dem Gemeinderat und den Bürgern stets aktuelle, sehr informative und transparente Auswertungen aufzuzeigen und damit die „Verwaltungsleistung“ darzustellen.

Praktische Schulungen

Zusätzlich waren verschiedene Dienstleistungen zu überarbeiten bzw. neu zu erstellen, so z.B. die Dienstweisung für das Anordnungsverfahren und die Dienstweisung für das gemeindliche Kassenwesen.

Diese grundlegenden und umfassenden Veränderungen sind natürlich nicht ohne praktische Schulungen und vor allem nicht ohne Mentalitätswechsel der Mitarbeiter realisierbar. Dem entsprechend wurden die Mitarbeiter der Gemeinde in kleinen Teams von bis zu 12 Personen in ihren jeweiligen Bereichen vor Ort geschult und motiviert. „Denn Motivation“, so Wolfgang Möblein, „ist das wichtigste Mittel zum Gelingen des Projektes NKF in Adelsdorf“. Und motiviert zeigen sich auch die Projektbegleiter der adKOMM, die, wie Geschäftsführer Anton Haunsberger versichert, permanent die gewonnenen Erkenntnisse in die nächsten Projektschritte einarbeiten.

Kein Zeitdruck

Ein großer Vorteil für die Gemeinde Adelsdorf als Pilotkommune und deren Projektbegleiter ist der rechtzeitige Beginn - ohne Zeitdruck. So besteht die Möglichkeit, Fehlentwicklungen zu korrigieren und aus den gemachten Erfahrungen Optimierungspotenzial zu gewinnen. Somit können die Mitarbeiter der Gemeinde Adelsdorf zum offiziellen NKF-Start 01.01.2008 von ihren eigenen Erfahrungen profitieren.

Blick nach vorn

Bis zum heutigen Tag hat die Gemeinde Adelsdorf bereits große Schritte zur Modernisierung ihrer Verwaltung getan, sie hat eine ordentliche Menge an Arbeit hinter sich und noch ein beträchtliches Stück Weg bis zum Projektabschluss mit dem alleinigen Einsatz der Doppik vor sich.

„Die Einführung des NKF ist wie ein Scheinwerfer, der viele bisher dunkle Ecken der Verwaltung ausleuchtet“, so Wolfgang Möblein. Für das kommende Jahr stehen die nächsten Aufgaben bereits fest: Neben der Verfeinerung der Budgets und dem Ausbau des Berichtswesens soll erstmals eine vorläufige Bilanz erstellt sowie ein Leitbild und Zielvereinbarungen für die Verwaltung entwickelt werden. □

Moderne öffentliche Verwaltung:

Qualitätsmanagement als Grundvoraussetzung

Von Klaus Jamin und Klaus-P. Wagner, Zertifizierungsinstitut des IQM e.V. München

In den Nachbarländern ist die Zertifizierung des Qualitätsmanagements nach DIN EN ISO 9001:2000 auch in der öffentlichen Verwaltung bereits heute ein Aushängeschild für die moderne und bürgernahe Organisation. Hierzulande erfolgen entsprechende Zertifizierungen sehr zögerlich, obwohl der Nutzen für alle Beteiligten, Bürger, Mitarbeiter und Führungskräfte, doch auf der Hand liegt. Die Berater des Zertifizierungsinstituts des IQM e.V. wissen, dass die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems mit ein wenig Unterstützung sehr viel weniger Aufwand macht, als die meisten denken.

Die Gemeinde Langenrohr in Niederösterreich mit 1.800 Einwohnern war Ende der 90er Jahre die erste Gemeinde in Europa, die ein Qualitätsmanagement nach der ISO-9001-Norm eingeführt und die Bedeutung eines Qualitätszertifikats auch in der öffentlichen Verwaltung erkannt hat.

International Workshop Agreements

Um die Anwendbarkeit in einzelnen Bereichen, die wie die öffentlichen Verwaltungen spezifische Anforderungen haben, weiter zu erhöhen, wurden bei ISO in den vergangenen Jahren so genannte International Workshop Agreements, kurz IWAs, erarbeitet. Sie enthalten spezielle Richtlinien für die Leistungsverbesserung in Einrichtungen des Gesundheitswesens (IWA 1) und für die Umsetzung des Qualitätsmanagements in Bildungseinrichtungen (IWA 2). Für die Erarbeitung des IWA 3, in der Richtlinien für die Anwendung der ISO 9001 in so ge-

nannten „Local Governments“ - beispielsweise für Behörden auf Gemeinde- oder Bezirksebene - enthalten sind, hat das Österreichische Normungsinstitut eine führende Rolle übernommen.

Ausgangspunkt Mexiko

Die Initiative zur Schaffung dieser Workshop Agreements kam aus Mexiko. Dies geschah aber nicht zufällig, denn die Einführung von ISO 9000 wird dort bereits seit 1984 diskutiert und mittlerweile in nicht weniger als 200 Gemeinden praktisch erprobt und auch in anderen Ländern wie Kanada, USA, Spanien, Schweiz, Frankreich, Großbritannien und lateinamerikanischen Ländern, sowie einer Reihe internationaler Organisationen erfolgreich praktiziert.

Welche Vorteile bietet nun IQM in der öffentlichen Verwaltung?

Die Abläufe und Prozesse sind definiert und klar strukturiert.

Die verschiedenen Dienstlei-

stungen werden transparent dargestellt, wobei auch das Optimierungspotential sichtbar wird. Die Dokumentation der Verfahren bildet eine gute Grundlage für Veränderungen; zusätzlich zeigt sie auch die Schnittstellenprobleme auf. Außerdem werden die Zuständigkeiten für die einzelnen Tätigkeiten geregelt.

Handbuch: Gute Grundlagen bei Personalwechseln

Das Qualitätsmanagement-Handbuch ist ein gutes Hilfsmittel bei der Einführung von neuen Mitarbeitern, Amtsinhabern oder Behördemitgliedern. Sie können sich schnell in ihre künftige Funktion einarbeiten - das Handbuch sorgt für das Basis-Know-how.

Kontinuierliche Verbesserung

Dank des systematischen Erfassens und Analysierens von Vorschlägen, Empfehlungen, Abweichungen, Fehlern und Reklamationen werden die verschiedenen Dienstleistungen laufend überprüft und verbessert.

Sensibilisierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die mit der Einführung des Systems verbundene Schulung der Abläufe sensibilisiert die Mitarbeitenden und fördert die Eigenverantwortung.

Verbesserte Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und der

Verwaltung wird verbessert. Dies wird nicht zuletzt dadurch erreicht, dass die Beteiligten dank der Darstellung der Prozesse die Komplexität und den Umfang der Verwaltungsdienstleistungen besser verstehen und schätzen lernen können.

Verbesserte Kundenzufriedenheit

Hinsichtlich der Zufriedenheit der Kunden ist durchwegs eine Verbesserung festzustellen. Allerdings ist mit der Einführung eines Qualitätsmanagementsystems nicht zwingend mit reduzierten Kosten für die Dienstleistungen oder einer Senkung der Gemeindesteuern zu rechnen. Oft kann aber mit den vorhandenen Mitteln mehr erreicht werden.

Gesamtansatz

Die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems nach den Vorgaben der DIN ISO 9001 ist eine wichtige Möglichkeit, die Modernisierung öffentlicher Verwaltungen hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Prozessqualität sowie Bürger- und Mitarbeiterzufriedenheit systematisch anzugehen. Ein derartiger Gesamtansatz ist notwendig, um Zielkonflikte aufzulösen und die Kontinuität in der Zielverfolgung sicherzustellen. Dabei müssen die Normforderungen für die öffentliche Verwaltung interpretiert werden, um sie wirksam und mit vertretbarem Aufwand umsetzen zu können.

Um eine Behörde erfolgreich zu führen, ist grundsätzlich ein Managementsystem erforderlich, das nach ständiger Leistungsverbesserung strebt. Zu einem solchen Managementsystem gehören zwingend die Managementdisziplinen Umwelt-,

Finanz-, Arbeitsschutzmanagement und Qualitätsmanagement.

Das grundlegende Verständnis der ISO 9000 ff kann man in folgenden acht Grundsätzen kurz zusammenfassen.

1. Kundenorientierung
2. Führung
3. Einbeziehung der Menschen
4. Prozessorientierter Ansatz
5. Systemorientierter Managementansatz
6. Ständige Verbesserung
7. Sachlicher Ansatz zur Entscheidungsfindung
8. Lieferantenbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen

Der Weg zur Zertifizierung

Ein Qualitätsmanagementsystem wird nur einen Nutzen bringen, wenn eine Behörde hierin einen Erfolg versprechenden Weg für ihr Ziel der nachhaltigen Leistungsverbesserung sieht. Steht allein die Zertifizierung im Vordergrund, werden die kurzfristigen Vorteile der Zertifizierung in keinem Verhältnis zum Aufwand stehen. Es ist nicht erforderlich, dass sich eine Behörde gleich zu Beginn ihres Qualitätsmanagement-Projektes entscheidet, ob das System später zertifiziert werden soll oder nicht. Im Vordergrund sollte zunächst immer die intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Organisation und den eigenen Abläufen stehen.

Externe Berater

Bei den ersten Schritten können hierbei externe Berater helfen. So wurde beispielsweise Ende 2005 von den Dekanen, Professoren und Lehrbeauftragten der Fakultäten für Betriebs-

wirtschaft, Tourismus und Sozialwesen das Zertifizierungsinstitut des IQM e.V. München gegründet. Es befasst sich mit Organisationsberatung, Prozessberatung und Zertifizierung integrierter Qualitätsmanagementsysteme nach DIN EN ISO 9001:2000. Durch die Einbindung in die Forschung und Lehre kann so zum Beispiel im Rahmen von Diplomarbeiten oder Praktika die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu vergleichsweise sehr attraktiven Konditionen unterstützt werden.

Bei Interesse wenden Sie sich an den ersten Vorstand des Zertifizierungsinstituts des IQM e.V. München, Prof. Dr. Klaus Jamin. Weitere Informationen im Internet unter www.qm-germany.de. □

Europaweiter Gebrauch drahtloser Geräte

Die EU-Kommission hat beschlossen, zwei Frequenzen für drahtlose Geräte europaweit zu harmonisieren. Neben Frequenzbändern für RFID-Nutzungen betrifft dies auch jene, die von drahtlosen Geräten des täglichen Gebrauchs, wie Garagentoröffnern, Alarmanlagen, Baby-Überwachungsmonitoren, Kopfhörern und Mikrofonen genutzt werden. Für Verbraucher und Hersteller bedeutet das eine Erleichterung, da künftig überall in der EU dieselben Geräte mit geringer Reichweite benutzt werden können und nur noch ein Gerät für den gesamten Binnenmarkt hergestellt werden muss. Zudem könnten zukünftig die Preise fallen. □

Infopakete Mobilfunk

Broschürenreihe für Politik und Kommunen mit Informationen rund um die mobile Kommunikation



Das Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF) hat ein umfassendes Nachschlagewerk zur mobilen Kommunikation zusammengestellt. In sieben Heften richtet sich das Infopakete Mobilfunk mit vielen Hintergrundinfos an Verantwortliche in Kommunen und Behörden.

Hiermit bestelle ich kostenlos das gesamte Infopakete Mobilfunk.

Bitte Adresse beifügen und an das IZMF senden. Die Broschüren können auch online als PDF heruntergeladen werden.

Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF) | Hegelplatz 1 | 10117 Berlin
Fon: (+49) 030/209 16 98-0 | Fax: (+49) 030/209 16 98-11 | Hotline: 0800/330 31 33
E-Mail: info@izmf.de | Internet: www.izmf.de

INFORMATIONSZENTRUM
MOBILFUNK

Kultur verbindet:

Privatinitiativen mit Bürgerpreis gewürdigt

Sparkasse Forchheim ehrt „Alltagshelden“ und würdigt Lebenswerk von Franz Och

Forchheim - „Für mich, für uns, für Forchheim“ Unter diesem Motto wurde vor drei Jahren in Anlehnung an eine nationale Initiative der „Bürgerpreis Forchheim“ als lokale Initiative ins Leben gerufen. In diesem Jahr wurden im Rahmen des Bürgerpreises unter dem Schwerpunktthema „Kultur verbindet“ ehrenamtlich engagierte und Projekte gesucht, die einen Zugang zu Kunst und Kultur vermitteln oder den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Generationen und Herkunft fördern.

Vergeben wurde der Bürgerpreis in drei Kategorien (Junior, Alltagshelden und Lebenswerk), wobei die Kategorie eins im Landkreis Forchheim unbesetzt blieb. Dafür landete die Initiative „Kreativ Anger Mammut e.V.“ aus Igensdorf, ins Leben gerufen von Tilman Oehler und Karin Bernhard unter den ersten zwölf bundesweit.

im Raum Igensdorf zu schaffen. „Wir bauten mit den Jugendlichen und ihren Eltern gemeinsam Lehmhütten, organisierten ein ‚Spargel und Blues-Fest‘ und versuchen die Kulturtechniken, der Land-, Wald- und Teichwirtschaft weiter zu geben. Das Ganze neben einem Vollzeitjob“ verdeutlichte Tilman Oehler.

Haus der Wünsche

Vielfältiges kulturelles Engagement mit und für Kinder, vor allem in Krisenregionen wie dem ehemaligen Jugoslawien will die Forchheimerin Christine Frick mit dem Verein „Kind, Kunst und Kultur e.V.“ Forch-



Die Preisträger Franz Och, Christine Frick und Tilman Oehler (v. l.) zusammen mit Landrat Reinhardt Glauber und Sparkassendirektor Dr. Ewald Maier (v. r.) sowie MdB Thomas Silberhorn (4. v. l.).

heim zu realisieren. So hat die Erbin der Landmaschinenfabrik Frick das Betriebsgebäude in ein kulturelles Angebot umgewandelt. Darüber hinaus gelang es ihr, in Sarajewo, der Heimatregion ihrer Mutter, ein „Haus der

Wünsche“ zu etablieren. Diese Arbeit sei multiethnisch angelegt, so dass Kinder von beiden Seiten der ehemaligen Kriegsparteien daran teilnehmen. Beide diese Initiativen sind mit einem Betrag von 500 Euro dotiert.

Altbürgermeister Johann Ziegler ist mit 90 Schriftsteller geworden:

Wissenswertes über Bieberbach

Dokumentation über „untergegangene“ Gemeinde

Bieberbach (fpo) - Die Bewohner von Bieberbach tun sich heuer mit dem Schenken zum Weihnachtsfest leicht. Altbürgermeister Johann Ziegler hat rechtzeitig zum „Fest der Liebe“, unter dem Titel „Wissenswertes über Bieberbach“, ein Buch im Umfang von 90 Seiten fertiggestellt. Die Publikation ist gut aufgemacht und wird sicher manchen Gabentisch in Bieberbach bereichern.

Johann Ziegler diente 18 Jahre der ehemaligen Gemeinde Bieberbach - bis zur Eingemeindung 1978 nach Egloffstein als ehrenamtlicher Bürgermeister, ebenso wie sein Vater, der 1933 von den Nazis abgesetzt und nach Kriegsende von den Amerikanern wieder eingesetzt wurde.

Lokalgeschichtlicher Rückblick

Der 90-Jährige hat als Zeitzeuge und von Erzählungen seines Vaters sowie aus schriftlichen Unterlagen eine lesenswerte Mixtur über die Vergangenheit von Bieberbach zusammengestellt.

„Der etwa 400 Einwohner

zählende Ort Bieberbach liegt mitten in der Fränkischen Schweiz, auf einem Hochplateau zwischen dem reizenden Trubachtal und dem romantischen Hohlberg (582m), auf dem man eine herrliche Fernsicht genießt“, beginnt der lokalgeschichtliche Rückblick.

Die Bandbreite der Informationen reicht von den Gebräuchen und Sagen der Voreltern über die Geschichte der Gemeinde Bieberbach bis zum Schloss und die Ortsbewohner.



Altbürgermeister Johann Ziegler bei der Präsentation seines Buches. Bild:fpo

Der Autor würdigt auch die Bedeutung von Lehrern und Schule für die Dorfgemein-

Regierung der Oberpfalz rauchfrei

Seit dem 1. Dezember 2006 herrscht in allen Räumen und Fluren der Dienstgebäude der Regierung der Oberpfalz Rauchverbot.

Durch zahlreiche Studien ist nachgewiesen, dass Passivrauchen die Gesundheit schädigt. Das Arbeitsschutzgesetz verpflichtet den Arbeitgeber, „die Arbeit so zu gestalten, dass eine Gefährdung für Leben und Gesundheit möglichst vermieden wird“. Danach hat der Arbeitgeber die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die nicht rauchenden Beschäftigten in Arbeitsstätten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch geschützt sind. □

den die Sparkasse Forchheim stiftete.

Nachhaltigkeit und langfristiges Engagement

Mit tausend Euro dotiert ist der Preis für das Lebenswerk des langjährigen ehemaligen Pretzfelder Bürgermeisters Franz Och. Vor allem die Nachhaltigkeit und das langfristige Engagement im kulturellen Bereich über das Mundart-Theater hinaus habe die Jury überzeugt, zitierte der Chef der Sparkasse Forchheim, Dr. Ewald Maier aus der Begründung für die Preisvergabe.

Seit 25 Jahren lebt Och für die Idee, der fränkischen Art und Mundart, den gebührenden Platz im Laientheater zu verschaffen. Gemeinsam mit seinen Getreuen entwickelte er Fränkische Theatertage. Als „Krönung“ seines Erfolges betrachtet Och die ersten Europäischen Mundart-Theatertage im Jahr 2000 in Kleinseebach bei Erlangen.

In Autorenwerkstätten werden fränkische Mundartautoren für die Produktion von Mundarttheaterstücken fit gemacht und die entsprechende fränkische Verlagsarbeit aktiviert. Ein Wanderpreis, das fränkische Theater-Pärla, regt zu besonderen Leistungen an. Die im deutschen Sprachraum einmalige Arbeitsgemeinschaft arbeitet gesamtfränkisch, also nicht nur im bayerischen Unter-, Mittel- und Oberfranken sondern auch in Hohenlohefranken in Baden Württemberg und im fränkischen Sprachraum in Südhüttingen.

Aufgeschlossenheit der Kommunen

In seinen Dankesworten lobte Och vor allem die Aufgeschlossenheit und Kooperationsbereitschaft der Kommunen aller Ebenen, ganz besonders der Bezirke von Unter-, Mittel- und Oberfranken, und der fränkischen Presse. Drei Anliegen sind dem Preisträger besonders wichtig: Die Einrichtung eines fränkischen Theaterarchivs, Autoren dazu bewegen, die gegenwärtige Kulturrevolution in den Dörfern für die Nachwelt aufzuarbeiten und die Jugend für das Mundart-Theater zu gewinnen. jh/ft/gz

Alte Kulturtechniken

Ziel dieser Initiative ist es, Kindern und Jugendlichen alte Kulturtechniken in Erlebnisform näher zu bringen und ein zusätzliches Angebot von Konzerten, Lesungen und Veranstaltungen



Landrat Dr. Karl Vogele (links) gratulierte seinem Stellvertreter Max Strehle, MdL, zum 60. Geburtstag und würdigte die großen Verdienste seines politischen Weggefährten und persönlichen Freundes. □

MdL Max Strehle ein Sechziger:

Glückwünsche für den Vize

Landrat Vogele gratuliert seinem Stellvertreter zum 60. Geburtstag

Max Strehle, MdL und stellvertretender Landrat im Landkreis Augsburg, feierte am 12. Dezember seinen 60. Geburtstag. Landrat Dr. Karl Vogele gratulierte seinem Vize zum runden Geburtstag und würdigte die großen Verdienste seines politischen Weggefährten und persönlichen Freundes.

Er bezeichnete den Jubilar als einen Menschen, der sich mit unglaublichem Kampfgeist und politischer Überzeugungskraft um das Augsburger Land und ganz Bayern größte Verdienste erworben hat. Nicht immer bequem, aber immer geradlinig sei Strehle. Vor allem wenn es um „sein“ Klinikum oder „sein“ Bayerisches Rotes Kreuz gehe, lege er sich durchaus auch mit der Bayerischen Staatsregierung an. „Wenn er etwas als richtig erkannt hat, dann setzt er sich auch mit Nachdruck dafür ein, notfalls auch in den eigenen Reihen“, so Vogele.

Politiker mit Leib und Seele

Strehle ist seit Jahrzehnten mit Leib und Seele Politiker und hat sich auf vielen Ebenen der bayerischen Politik engagiert: Seit 1972 Mitglied des Kreistages des Landkreises Augsburg, von 1978 bis 2002 Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, von 1988 bis 1990 einer der Stellvertreter des Landrats, seit 1996 „Vize“, zudem von 1974 bis 1982 Bezirksrat und seit 1982 Mitglied des Bayerischen Landtags.

Vogele bezeichnete Strehle als einen wahren Brückenbauer

zwischen Gesellschaft und Politik, der schon seit vielen Jahren die Belange der Bürgerinnen und Bürger vertritt, seine Ziele definiert und Verantwortung übernimmt. „Sein langjähriges politisches Wirken“, würdigt der Landrat, „ist geprägt von großer Menschlichkeit. Max Strehle hat mit seinem klaren Kurs das Vertrauen seiner Mitmenschen verdientermaßen erworben.“ Stets nehme er die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger ernst.

Viel zu verdanken

Viele Projekte und Vorhaben habe er angeschoben und dabei geholfen, die Hürden der Bürokratie zu überwinden. Vogele weiß eine Menge von Bereichen, in denen Strehle mit seinen Ideen und seiner Tatkraft die infrastrukturelle Entwicklung des Landkreises Augsburg vorangebracht hat. So nannte er unter anderem die Planung und Entwicklung des Landkreises nach der Gebietsreform, die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, die Neuordnung der Abfallbeseitigung oder die Einführung von Kultur- und Heimmattagen. Sein Engagement

galt auch in hohem Maße der Wirtschaftsförderung. „Wir haben ihm viel zu verdanken“, fasste der Landrat zusammen. Für Strehle selbst bedeuten seine politischen Mandate stets Aufgabe und Verpflichtung zugleich.

Mitmenschliche Fürsorge

„Sein Engagement entspringt der mitmenschlichen Fürsorge“, weiß Vogele. Ein hoher medizinischer Standard ist Strehle deshalb besonders wichtig. Als Aufsichtsrat beim Kommunalunternehmen Klinikum und beim Zweckverband des Klinikums Augsburg sowie als Vorsitzender des Klinikumsfördervereins trägt er dazu bei, dass die Bevölkerung in Krankheitsfällen und Notsituationen stets die bestmögliche Pflege und Behandlung erhält. Die Verbesserung des Notarzt- und Rettungsdienstes liegt Strehle, der auch Kreisvorsitzender des Bayerischen Roten Kreuzes ist, ebenfalls besonders am Herzen. „Er beweist allenthalben unglaublich großes soziales Verständnis“, weiß Vogele.

Strehles erfolgreiche Arbeit hat vielfältige Würdigung erfahren. Davon zeugen unter anderem Auszeichnungen wie das Bundesverdienstkreuz am Bande, der Bayerische Verdienstorden und der Goldenen Ehrenring des Landkreises Augsburg. □

Die Erinnerungen aus alter Zeit werden lebendig aus dem Dienstbotenbüchlein seines Vaters, der im Alter von 14 Jahren als Kleinknecht seinen Berufsweg begann. Wege und Flurnamen sowie Hausnamen werden erläutert sowie der eigene Scheunenneubau 1922.

Kriegs-Tagebuch

Kindheit und Jugend sowie die Kriegsjahre nehmen breiten Raum ein. Interessant ist auch der Auszug aus dem Kriegs-Tagebuch des Funkers Johann Ziegler aus dem Jahr 1942.

Gebührenden Raum nimmt die Zeit nach dem 2. Weltkrieg ein. Sie beginnt mit der Besatzung durch die Amerikaner, reicht über den demokratischen Wiederbeginn bis zur Schul- und Gemeindegebietsreform.

Religiöse Besinnung

Der Bau der Reformationsgedächtniskirche im Jahr 1948 ragt besonders heraus. „Nach all dem Leid, das uns der Krieg und die zwölf Jahre NSDAP gebracht haben, trat in Bieberbach eine religiöse Besinnung ein“, gibt Johann Ziegler zu bedenken.

Der Altbürgermeister schildert auch die Gründung und den Werdegang des Zweckverbandes zur Wasserversorgung Wachsensteingruppe vor 100 Jahren. Drei Persönlichkeiten standen am Anfang: Der katholische Pfarrer Johann Schweizer aus Wachsenstein, der evangelische Lehrer Christian Detzer aus Bieberbach und der Ökonom (Landwirt) Georg Pöhlmann aus Hartenreuth.

Bedeutung der Ortsvereine

Die Bedeutung der fünf Ortsvereine Feuerwehr, Club 22, Sportverein, VdK und Imkerverein für eine lebendige Dorfgemeinschaft stellt der Altbürgermeister besonders heraus. Kriegerische Auseinandersetzungen verschonten auch das Juradorf nicht. Johann Ziegler berichtet: „Auf dem Rückzug (der Franzosen) kamen am 27. August 1796 französische Marodeurs nach Bieberbach und ein französischer Infanterist erschoss den Wirt Georg Distler, im nahe beim Schlossfels gelegenen Gasthauses Nr. 56, jetzt der Familie Dennerlein gehörig.“

Das Buch „Wissenswertes über Bieberbach“ ist zu beziehen bei der Familie Ziegler Haus Nummer 12 in Bieberbach, Telefon 09197/228, zum Preis von 10 Euro. □

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik - Wirtschaft - Recht - Technik - Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherjable (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen

Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

KPV Nürnberger Land:

Kommunen benötigen Handlungsspielraum!

KPV-Bundesvorsitzender Peter Götz zu Gast in Feucht

Der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Peter Götz, MdB, war auf Einladung der KPV Nürnberger Land und der Bundestagsabgeordneten Marlene Mortler zu Gast im Landkreis und referierte zum Thema „Kommunalfinanzierung durch eine Unternehmenssteuerreform - Ein Jahr Große Koalition, was wurde erreicht?“

Neben den beiden Bundestagsabgeordneten und vielen interessierten Gästen aus Kommunalpo-

Erbschaftssteuerreform forderten. Peter Götz unterstrich die Wichtigkeit der kommunalen



V. l.: Bürgermeister Konrad Rupprecht, Peter Götz (MdB), Werner Kundörfer (Vorsitzender KPV), Barbara Tietsch (Bezirksrätin), Marlene Mortler (MdB), Kurt Eckstein (MdL), Norbert Dünkler (Stellvertretender Landrat).

litik und Vertretern von Stadt- und Gemeindegewerkschaften konnte der KPV-Kreisvorsitzende Werner Kundörfer auch MdL Kurt Eckstein, den stellv. Landrat Norbert Dünkler und Feuchts Bürgermeister Konrad Rupprecht begrüßen, die in ihren Grußworten ebenfalls eine Unternehmenssteuer - plus

Ebene. „Die Basis liegt im kommunalen Bereich. Wenn es den Kommunen gut geht, dann geht es auch dem Land und dem Bund gut“, betonte er. Die Große Koalition habe bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit viel erreicht. Inzwischen sind 200.000 sozialversicherungspflichtige Beschäf-

tigungsverhältnisse entstanden. CDU und CSU haben die Senkung der Gewerbesteuerumlage durchgesetzt, was den Kommunen mehr Spielraum gebe. Trotz steigender Gewerbesteuer könnten nach wie vor bundesweit viele Kommunen ihre Haushalte nicht ausgleichen. Die Regierung Merkel habe sich deshalb zum Ziel gesetzt, zu konsolidieren, reformieren und investieren.

Notwendige Novellierung

Weiter sprach Peter Götz an, dass eine Novellierung des Baugesetzbuches unumgänglich sei, u. a. um die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen. Daneben sei auch das Thema Innenentwicklung, das nicht nur für Großstädte, sondern auch für kleine Gemeinden wichtig ist, im Fokus der KPV, so Götz, „denn wir müssen unsere Ortskerne mehr stärken!“

Der Bundesvorsitzende betonte, die Politik sehe das Problem der örtlichen Stadtwerke bei der Versorgung mit Strom und Gas. Viele können dem Druck der großen Anbieter nicht standhalten. Er forderte die Wasserversorgung möglichst in kommunaler Hand zu belassen. „Es gibt viele Bereiche, in denen wir Privatisierungen brauchen, aber nicht überall und nicht um jeden Preis“, so Götz.

„World Major Award 2006“:

Sechster Platz für Augsburgs OB

Stolzes Ergebnis für Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert: Bei der Abstimmung um den „World Mayor Award 2006“, den diesjährigen „Welt-Bürgermeister Preis“ im Internet, belegte der Sozialdemokrat den sechsten Rang. „Ich freue mich über dieses Ergebnis, vor allem für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Tsunami-Hilfe im Bündnis für Asien engagieren“, betonte Wengert in einer ersten Stellungnahme.

Der Augsburger OB wurde wegen des Engagements der Stadt für die Opfer der Tsunami-Katastrophe von einer Jury aus ursprünglich 670 vorgeschlagenen Bürgermeistern aus Asien, Nord- und Südamerika, Afrika, Australien und Europa zur Endausscheidung ausgewählt. Bei dieser standen dann 50 Bürgermeister von Juni bis Ende Oktober im Internet weltweit zur Wahl.

Bei der Abstimmung spielten auch das in Augsburg vorbildliche Bürgerengagement und neue Formen der Bürgerbeteiligung, etwa mit dem das Bündnis für Augsburg, eine wichtige Rolle. „Für den sozialen Frieden ist es entscheidend, dass die Bürger Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, in einer Stadt und weltweit“, erklärte Wengert.

Über 100.000 Menschen hatten an der Internet-Abstimmung teilgenommen. Gewinner des World Mayor Award ist John So (Melbourne, Australien), Zweiter Job Cohen (Amsterdam, Niederlande), Dritter Stephen Reed (Harrisburg, USA). Der World Mayor Award ist ein Projekt der internationalen, unabhängigen und nicht-kommerziellen Organisation „City Mayors“ mit Sitz in London. Hinter der Organisation steht ein internationales Netzwerk aus Journalisten und Ökonomen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, im Internet „über gute Kommunalpolitik in den Städten unserer Welt, aber auch über ihre Probleme zu berichten und das Engagement von Bürgermeistern hervorzuheben, die sich in besonderer Weise um ihre Stadt verdient gemacht haben“.

Ausschlaggebend für Wengerts Nominierung war das herausra-

gende Engagement der Stadt für die Opfer der Tsunami-Katastrophe, die im Jahr 2005 auf Initiative des Rathauschefs aus dem Bündnis für Augsburg heraus organisiert wurde und weiterhin nachhaltige Strukturaufbauhilfe in der indonesischen Stadt Banda-Aceh leistet.

„Ich freue mich für unsere Stadt und ihre Bürger, dass dieses Engagement weltweit Beachtung gefunden hat. Dies ist ein erneutes Beispiel dafür, dass und wie Augsburg in Deutschland und der Welt wahrgenommen wird“, hob Wengert hervor. Vor allem das vorbildliche Bürgerengagement und neue Formen der Bürgerbe-

teilung, etwa mit dem Bündnis für Augsburg, habe bei der Abstimmung eine westliche Rolle gespielt. „Augsburg findet nicht nur in den deutschen Medien immer wieder als Vorzeigestadt für Bürgerengagement und neue Beteiligungsformen Beachtung, mit dem World Mayor Award hat dies nun auch internationale Anerkennung gefunden“, erklärte der OB.

Die weltweite „Konkurrenz“ der 50 nominierten Bürgermeister war groß, immerhin standen auch die Oberbürgermeister so klangvoller Städte wie Johannesburg, New York City, New Orleans, Bogota, Melbourne oder Shanghai zur Wahl. Unter den 16 Nominierungen aus Europa fanden sich drei Kandidaten aus Deutschland zur Wahl: neben Paul Wengert die Bonner Rathauschefin Bärbel Dieckmann sowie Jann Jacobs (Potsdam). **DK**

Horst Krebs ein „60er“

Der erste Bürgermeister der Stadt Töging am Inn, Horst Krebs, vollendete am 18. November sein 60. Lebensjahr. Weit mehr als 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Vereinsleben gratulierten dem SPD-Politiker, der seit Mai 1996 die Geschichte der Stadt lenkt.

„Du bist die Stadt“ fasste Altöttings Landrat Erwin Schneider die Verdienste des Jubilars zusammen. Als herausragendes Beispiel seines Wirkens wurde Krebs' Einsatz für „seine“ Stadt nach dem Zusammenbruch der alten VAW im Jahr 1996 genannt. Für viele Töginger ist Krebs deshalb der Bürgermeister des Wiederaufbaus. Die Laudatoren waren sich darin einig, dass Krebs' politisches Erfolgsrezept wie folgt zu umschreiben ist: Er löst Probleme, sucht Alternativen, schafft Ergebnisse. Krebs habe zudem die Gabe, Menschen zu motivieren. Töging lebe mit und von ihm.

Wie Amtsvorgänger Max Saalfrank stammt der Jubilar aus Benediktbeuern und sammelte dort von 1972 bis 1975 erste politische Erfahrungen als Gemeinderat. Als Bauingenieur kam Krebs 1978 zur Töginger Innwerk AG. Seit 1984 ist er Stadtrat in Töging, zwischen 1988 und 1996 fungierte der Kommunalpolitiker als SPD-Orts- und Kreisvorsitzender. Zwischen 1990 und 1996 übernahm Krebs das Amt des zweiten Bürgermeisters. Für seine Verdienste als Kommunalpolitiker wurde er mit der Bürgermedaille der Stadt Töging ausgezeichnet. **DK**

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Haben Sie schon den Weihnachtsfeier-Knigge in der Zeitung gesehen? Es ist schon amüsant zu lesen, auf was die Leute alles kommen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist ziemlich abgehärtet von all den Weihnachtsfeiern der Vereine, Institutionen und Organisationen, zu denen er gehen muss.

Die Vorweihnachtszeit ist ja für einen Kommunalpolitiker eine Art Triathlon aus Glühwein, Plätzchen und Braten. Von den ersten Nikolausfeiern Ende November zieht sich über diverse Adventsfeiern, Christkindlmarktausflüge bis hin zu großen Weihnachtsfeiern und dem Jahresabschlusstreffen der Freidenker eine endlose Spur von Apfel, Nuss und Mandelkern durch das Leben meines Bürgermeisters. Als ausgesprochener Besinnlichkeits-Profi ist er überall gern gesehen, weil er ohne Bruch den unverzichtbaren Übergang von der obligatori-



hinreißen lassen, man solle Weihnachtsfeiern nicht als Freibrief für schlechtes Benehmen sehen, sondern seine üblichen Manieren an den Tag legen.

Verstehen Sie jetzt, was ich vorhin mit gesundem Menschenverstand meinte? Und tun Ihnen nicht auch die Leute leid, die jetzt vor einem abrupten Karriereende Panik haben, bloß weil sie mal einen unpassenden Witz in der verkauften Gesellschaft gemacht haben? Mein Gott, es gibt so viele Gelegenheiten, sich zum Narren zu machen: Auf dem Betriebsausflug, im Bierzelt, bei der Weihnachtsfeier. Warum soll jemand, der sich mal einen Affen ansäuft und dann neben der Spur läuft, keine Führungskraft sein? Mir ist jemand als Vorgesetzter lieber, der sich schon mal an irgendeinem „nächsten“ Tag verkatert entschuldigen musste, als ein Eiswürfeltyp, der sich in jeder Situation total unter Kontrolle hat. Das hat etwas mit Menschsein zu tun.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist meiner Meinung: Man muss auch mal Fünfe grade sein lassen können, ohne den Leuten gleich aus allem einen Strick zu drehen. Vielleicht kommt da bei uns das gesamt-bayerische „Leben und leben lassen“ raus, das über der kühlen Rationalität steht. Manch einer, der gern den Zeigefinger erhebt, sollte den Satz von Mahatma Gandhi auf dem heutigen Kalenderblatt beherzigen: „Der Schwache kann nicht verzeihen. Verzeihen ist eine Eigenschaft des Starken“.

Allen Leserinnen und Lesern ein friedvolles Weihnachtsfest und viel Erfolg im Neuen Jahr.

Knigge für die Weihnachtsfeier

schen Beschwörung der „staaden Zeit“ hin zur Fröhlichkeit in ausgelassener Runde mitgeht.

So eine Weihnachtsfeier hat ja viele Funktionen: So ist sie ein Dankeschön eines Betriebs, einer Verwaltung oder einer Institution an Mitarbeiter, Mitstreiter oder Gönner. Was man ein Jahr lang miteinander erlebt, erlitten und gepackt hat, wird an einem Abend zusammen geschmissen und runtergespült.

Somit ist es kein Wunder, dass Psychologen, Personalberater und sonstige Leute, die ihr Geld damit verdienen, anderen zu sagen, was diese auch wüssten, wenn sie nur ihren gesunden Menschenverstand gebrauchten, die betriebliche Weihnachtsfeier als Ort für Persönlichkeitsstudien und Kompetenzbeurteilungen entdeckt haben.

Junge aufstiegswillige Führungskräfte können nun in den Wirtschaftsteilen von Zeitungen und in teuren Ratgebern nachlesen, dass es nicht ratsam sei, auf Weihnachtsfeiern als erster am Büffet zu stehen, man keinen gierigen Eindruck machen sollte, die Weihnachtslieder zu

the
Sabrina

Johann-Andreas-Schmeller-Realschule Ismaning:

Erweiterungsbau eingeweiht

Nach nur 15 Monaten Bauzeit wurde der Erweiterungsbau für die Ganztagesklassen der Johann-Andreas-Schmeller-Realschule Ismaning eingeweiht. Den Schülerinnen und Schülern der Ganztagesklassen wird damit ein Schulgebäude mit Klassen-, Gruppen- und Differenzierungsräumen, Cafeteria und Bibliothek zur Verfügung gestellt, das nunmehr optimale Rahmenbedingungen für einen qualitativ hochwertigen Ganztagesunterricht schafft.

Die im September 1978 in Betrieb genommene Staatliche Realschule Ismaning hatte in den vergangenen Jahren aufgrund des Anstiegs der Schülerzahlen nach Einführung der R 6 mit erheblichen räumlichen Engpässen zu kämpfen. Der erforderliche zusätzliche Raumbedarf musste für einige Jahre sogar durch die Errichtung von Schulcontainern abgedeckt werden.

Ganztagesklassen

Seit dem Schuljahr 2004/2005 gibt es an der Ismaninger Realschule Ganztagesklassen in den beiden unteren Stufen. Nachdem durch das vom Bund aufgelegte Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ (IZBB) Maßnahmen in der Ganztagesbetreuung besonders gefördert werden, nahm die Erweiterung der Realschule sehr schnell konkrete Formen an.

Maßnahmenträger und Bauherr ist der Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning, bestehend aus dem Landkreis München, der Stadt Garching und den Gemeinden Unterföhring und Ismaning. In kurzer Zeit wurden die notwendigen Beschlüsse auf den Weg gebracht, der Antrag auf Förderung aus dem Programm gestellt und nach Förderzusage wurde der Planungsauftrag wie-

der an den planenden Architekten der 1978 errichteten Schule gegeben.

Da dem Erweiterungsbau Stellplätze geopfert werden mussten, gingen parallel zum Schulprojekt die Planungen der Gemeinde Ismaning zur Errichtung einer Tiefgarage in der Ortsmitte voran. Mit dieser Tiefgarage, die pünktlich zur Schulhausweihe fertiggestellt wurde, können auch die durch die Erweiterung der Johann-Andreas-Schmeller-Realschule notwendigen Parkplätze nachgewiesen werden.

Zeitgemäße Bauweise

Das Ergebnis kann sich wahrlich sehen lassen. Die helle, freundliche und zeitgemäße Bauweise macht die Räume behaglich, gemütlich und überschaubar und bietet Schülern und Lehrern einen hervorragenden Rahmen für einen umfassenden Ganztagesunterricht. Eine durchdachte Freiflächengestaltung, deren Fertigstellung im Frühjahr 2007 vorgesehen ist, bindet die „Lehranstalt“ in die Umgebung ein.

Darüber hinaus erfuhr auch die „alte Schule“ in den Sommerferien 2006 eine Sanierung, die weitere Renovierung wird 2007 erfolgen. Für den Erweiterungsbau hat der Zweckverband die stolze Summe von 4,3 Mio.

Euro investiert, die mit einem Zuschuss in Höhe von ca. 1,22 Mio. Euro gefördert wird. **DK**

„Familienfreundliches Oberfranken“

Die Stadt Bamberg, der Landkreis Kulmbach, die Spielplatzinitiative Haig, das „Kinder-Kultur-Abo“, die Stadtkirche Selb, die Kulmbacher Brauerei AG und die Wilhelm Schlenck GmbH, Bayreuth, sind die Sieger des Wettbewerbs „Familienfreundliches Oberfranken“. Vorgenommen wurde die Preisverleihung in Bamberg u.a. von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen, dem 1. Vorsitzenden des Forums Zukunft Oberfranken, Staatsminister Dr. Werner Schnappauf, dem Regierungspräsidenten von Oberfranken, Hans Angerer, sowie dem Bundestagspräsidenten von Oberfranken, Dr. Günther Denzler.

Der mit insgesamt 25.000 Euro dotierte Wettbewerb unter dem Motto „Ein Beispiel geben - von Beispielen lernen“ war im Sommer ausgeschrieben worden. Das Preisgeld stellten die Volks- und Raiffeisenbanken in Oberfranken zur Verfügung. Ziel war es, die Familienfreundlichkeit Oberfrankens zu fördern, zu dokumentieren und Anregungen zur Nachahmung zu geben. Aus über 70 Teilnehmern wurden in einer ersten Jurysitzung zunächst 15 Nominierte ausgewählt, die durch Beiträge auf TV Oberfranken porträtiert und durch Pressemitteilungen der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. In einer zweiten Jurysitzung wurden dann die endgültigen Preisträger festgelegt und die Preisgelder verteilt. **DK**

GMA-Mitgliederversammlung und Konferenz in Poing:

Familie und Arbeitswelt

„Familienbewusste Arbeitswelt - Herausforderungen für die Kommunen und Unternehmen in der Greater Munich Area“ lautete das Thema der zweiten diesjährigen Konferenz des Wirtschaftsraums Südbayern im Bauzentrum Poing. Die Tagung wurde erstmals zusammen mit einem Mitglied und Kooperationspartner des Vereins, dem Bund der Selbständigen / Deutscher Gewerbeverband, Landesverband Bayern e.V. durchgeführt.

Bringt die schöne neue Arbeitswelt auch eine schöne Familienwelt? Laut Dr. Andreas Lange vom Deutschen Jugendinstitut wandelt sich die Gesellschaft zunehmend von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Die Formen der Produktion und die Produkte selbst verändern sich. Immer mehr Mitarbeiter kommen direkt mit dem Markt in Berührung und werden mit der Effektivität ihrer Arbeit konfrontiert.

Mehr Koordination nötig

Auch die Arbeitszeiten ändern sich in der sog. postfordistischen Gesellschaft. Während in der fordistischen Gesellschaft Männer geregelte Arbeitszeiten von

neun bis vier Uhr hatten und Frauen ihnen den Rücken freihielten, liegen die tatsächlichen Wochenarbeitszeiten mittlerweile etwa zweieinhalb Stunden über den vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten. Da der Zeit- und Leistungsdruck erheblich zugenommen hat, ist Lange zufolge „ein erhöhter Koordinationsaufwand zur Gestaltung eines gemeinsamen Familienalltags zu leisten“. Es komme zu einer ambivalenten Subjektivierung des Arbeitens.

Das schlechte Gewissen

Wie gehen Menschen nun mit den neuen Bedingungen um? Studien aus dem angelsächsischen Raum und aus Deutsch-

land belegten, dass Familienväter und -mütter über den größten Mangel an Zeit verfügten. Sie hätten ein schlechtes Gewissen, weil sie sich nach eigenem Empfinden zu wenig um ihren Partner und die Kinder kümmern. Um seine Kinder angemessen zu fördern, bleibe zu wenig Zeit. Gerade für Mütter stellten ihre privaten und beruflichen Verpflichtungen eine Zerreißprobe dar.

Wichtige Anerkennung

Lange: „Wenn wir nicht wollen, dass es arme und reiche Menschen, Zeitreiche und Zeitarme gibt, muss ein Mitdenken stattfinden! Familienarbeit muss viel höher bewertet werden, denn die Familienarbeit ist nicht trivial. Die gesellschaftspolitische Anerkennung ist wichtig. In der Praxis kommt der Kinderbetreuungspolitik eine zentrale Rolle zu.“

Wie nun sieht die Betreuungssituation hierzulande aus? Die größte Betreuungsleistung wird immer noch in der Familie (Vater, Mutter, Großeltern) erbracht. Deutsche Betriebe, so Lange, könnten aus der Sicht der Befragten noch weitaus mehr tun. Immerhin betonten 60 Prozent der Befragten, dass es flexible Arbeitszeitenregelungen gibt. Teilzeitbeschäftigung und Tele-

Heimarbeit hätten keinen sehr hohen Stellenwert als familienfreundliches Instrument, da nur sieben Prozent der Betriebe diese Beschäftigungsform anbieten. Der gleiche Prozentansatz gilt für die betriebliche Kinderbetreuung. Die gesamten Maßnahmen sollten nach Ansicht Langes „nicht nur als konsumptive, sondern als investive Ausgaben“ gesehen werden. Die Umbruchsituation komme einer Entgrenzung gleich.

E.ON-Betriebsvereinbarung

In einer anschließenden Podiumsdiskussion, an der Dr. Christian Körber, E.ON Energie AG, Prof. Dr. Claudia Eckstaller, FH München, Prof. Dr. Fritz Wickenhäuser, Präsident des Bundes der Selbständigen / Deutscher Gewerbeverband, Barbara Ametsbichler, Sozialreferat der Landeshauptstadt München und Elfriede Kersch, IHK für München und Oberbayern, teilnahmen, wies Christian Körber darauf hin, dass es bei E.ON seit 2002 eine Betriebsvereinbarung gibt, die die Familienfreundlichkeit unterstützt. Mütter könnten ihre Abwesenheit dadurch verlängern, behielten aber über einen Paten Kontakt zum Unternehmen. Dafür habe der Energiedienstleister eine Zertifizierung erhalten. E.ON Energie versuche, qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen und die Mitarbeiter zu binden. Die Eltern sollen möglichst schnell wieder

zurück in den Betrieb kommen. Es gebe auch eine Vertrauensarbeitszeit, die sehr flexibel ist. Zudem werden Krippenplätze für die Kinder der Mitarbeiter reserviert. Zusätzlich bestehe die Möglichkeit, von zu Hause aus mobil zu arbeiten.

Wie Prof. Dr. Claudia Eckstaller hervorhob, fühlt sich die FH München dem Anliegen und Auftrag der bayerischen Wissenschaftspolitik, Frauen und Familien aktiv zu fördern, besonders verpflichtet. Daher soll die Gleichstellung in Verbindung mit der Förderung des weiblichen akademischen Nachwuchses weiter vorangetrieben werden. Bereits im Sommersemester 2006 hätten an der FH München Genderschulungen für Dozenten und Mentoren bayerischer Hochschulen stattgefunden, die durch den Gewinn des bayerischen Gleichstellungspreises der bayerischen Hochschulen im Jahr 2005 mit einer Anschubfinanzierung unterstützt werden konnten.

Hotelbranche

Prof. Dr. Wickenhäuser, der selbst ein kleines Hotel betreibt, verwies darauf, dass die Arbeitszeiten betrifft, über eigene Gesetzmäßigkeiten verfügt. Regeln könne man nicht vorgeben. Kollegialität sei durch die Unternehmensleitung zu unterstützen. Familienfreundlichkeit könne man nicht rein institutionell regeln. Dass sie durchaus rentabel sei,

zeigten Studien der Hertie-Stiftung. Danach wiesen familienfreundliche Unternehmen niedrigere Ausfallzeiten durch Krankenstand auf.

Notwendiges Netzwerk

Wichtig sei, dass der Kontakt zwischen Mitarbeiter und Unternehmen während des Mutterschutzes gepflegt und gefördert wird. Es gebe Eigeninitiativen „und diese Initiativen benötigen ein branchenübergreifendes Dach, ein Netzwerk“. Kleine Unternehmen könnten als Einzelkämpfer ebenso wenig gewinnen wie letztlich die Familie selbst, erklärte Wickenhäuser abschließend. **DK**

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Der CSU-Politiker Lars Leveringhaus ist zum neuen Bürgermeister von Obergünzburg, Landkreis Ostallgäu, gewählt worden. Der 43-jährige Jurist, einziger Kandidat für die Nachfolge von Herbert Schmidt (Freie Wähler), erhielt bei einer Wahlbeteiligung von 37,7 Prozent 75,35 Prozent der Stimmen. Im oberpfälzischen Neustadt am Kulm siegte der CSU-Politiker Rudolf Lang mit 94 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der 54-jährige Lehrer war bislang Zweiter Bürgermeister. Der bisherige Amtsinhaber Karl Pühl (FDP) war nach 29 Dienstjahren aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. **DK**

Vorschau auf GZ 1/2
 In unserer nächsten Ausgabe Nr. 1/2, die am 18. Januar 2007 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Umweltschutz
- Abfallwirtschaft • Recycling
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Fremdenverkehr in Bayern

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 - Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 - Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de
 WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
 • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.
 Möblierung für Außen
Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
 Telefon 0 71 95 / 69 33 00 • Fax 0 71 95 / 69 33 33
 www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 - Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 - Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de
 WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
 Wartehallen
 Ein Gesellschafter der ELAN-AG

ORION
 • transparente Überdachungssysteme
 • Fahrradparksysteme
 • Stadtmöblierung
 Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 • D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256 + 82224

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH
 • Bestattungsdienstleistungen
 • Bestattungshilfe
 • Bestattungsbetreuung
 • Bestattungsbereitstellung

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
 SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
 D 79832 St. Blasien-Schwarzwald
 Tel. 07821 4121 • Fax 07821 4122

Kindergarteneinrichtungen

élbe
 Produktion • Vertrieb GmbH & Co.
 Industriest. 1 • D-91285 Möttingen
 Tel. (09138) 3950 • Fax (09138) 3959
 E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Masten

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 - Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 - Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de
 WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
 EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
 Düngruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen
 Telefon: +49 (0)44 31/9355 49 • Telefax: +49 (0)44 31/9355 88
 E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
 Schachtabdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 • D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
 Playful Living
 KOMPAN GmbH
 Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg
 Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35
 E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
 www.kompan.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

élbe
 Produktion • Vertrieb GmbH & Co.
 Industriest. 1 • D-91285 Möttingen
 Tel. (09138) 3950 • Fax (09138) 3959
 E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
 Grüninger Straße 1-3 • 71364 Winnenden
 Tel. 07195/69 05-0 • Fax 07195/69 05 77 • info@benz-sport.de
 www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
 W. Gmeiner GmbH & Co. KG
 Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Kümmerbruck/Amberg
 Tel.: +49 (0)9621/7685-0 • Fax +49 (0)9621/7685-49
 E-Mail: info@gmeiner-online.de • www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen
ORION
 siehe Fahrradabstellanlagen
 www.orion-bausysteme.de

Wassermähler

HYDROMETER
 DIE ZUKUNFT ZÄHLT
 HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
 Tel.: 09 81/18 06 - 601 • Fax: 09 81/18 06 - 615
 www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung
 vertragshandel für **Felitto Star**
 weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141 90519 oberasbach
 ruf nürnberg 09 11 / 69 39 65
 telefax 09 11 / 69 59 63
 email: deko-jochum@online.de
 internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

SCHMIDT
 SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
 D 79832 St. Blasien-Schwarzwald
 Tel. 07821 4121 • Fax 07821 4122

Inserieren bringt Erfolg!
 www.bayerische-gemeindezeitung.de